Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 328. Morgen-Ausgabe. Achtundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 13. Mai 1887.

Die Stellung des Ministeriums Goblet.

s. Paris, 10. Mai.

Die vernünftige und klar gehaltene Auseinandersetzung des Ministerpräsidenten Goblet bei der Eröffnung der maritimen Ausstellung in Havre über die auswärtige Politik hat in den weitesten Kreisen des Landes Beifall gefunden und die gefährliche Aufregung, welche durch die Häufung der verschiedenen politischen oder mit der Politik in Zusammenhang gebrachten Ereignisse entstanden war, bedeutend abgeschwächt. Leider will es nun aber scheinen, als ob die Festigkeit des Cabinets bei der Befolgung der auswärtigen Politik nicht hinreicht, um ihm im Parlamente eine hinreichende Majorität zu verschaffen! Man fürchtet, daß die Hartnäckigkeit des Ministeriums, keine verbessernde Hand mehr an den Budgetentwurf Herrn Dauphin's legen zu wollen, zu Conflicten führen wird. Die Aussicht, eine Anleihe von 700 Millionen aufnehmen zu müssen, hat sehr verstimmt.

Man verargt es dem Ministerpräsidenten keineswegs, endlich einmal ein klares Bild von den finanziellen Verhältnissen gegeben und dabei den Muth gehabt zu haben, die Nothwendigkeit der Einführung neuer Steuern zu betonen. Im Gegentheil, man ist in maßgebenden Kreisen vollkommen mit Herrn Goblet darüber einverstanden, daß das Verschleppungs- und Täuschungssystem, durch welches man bis jetzt die finanziellen Mißstände zu verdecken suchte, nicht weiter gehandhabt werden dürfe, und daß man der harten Nothwendigkeit, neue Steuern zu schaffen, sich fügen müsse.

Aber eben darum ist man unangenehm davon berührt, daß Herr Goblet trotzdem eine 700-Millionen-Anleihe zur Equilibrirung des Budgets für geboten erachtet. Wenn man dem Staate — gezwungen durch die prekären Verhältnisse der Finanzen — neue Steuern nicht verweigern will, so thut man dies in der Absicht, die Ausgaben und Einnahmen für eine geraume Zeit endlich einmal in Uebereinstimmung zu bringen, mit einem Worte, um für die Zukunft eine glatte Rechnung zu haben, welche das Schuldconto des Staates nicht noch höher belastet. Und deshalb ist in diesem Punkte die Majorität des Landes mit dem radicalen Programm einverstanden, welches Verminderung der Ausgaben, und zu diesem Zwecke eine vollkommene Reorganisation der Verwaltung fordert. Man will die neuen Steuern nicht bewilligen, um das Budget in seiner jetzigen Höhe zu erhalten; es soll auf allen Gebieten gespart werden.

Aber das Ministerium Goblet sträubt sich, für dieses Finanzjahr wenigstens noch die erforderlichen Reformpläne auszuarbeiten. Es fürchtet vielleicht, in der Kammer nicht die genügende Majorität für sie zu finden, besonders weil die Majorität der äußersten Linken und äußersten Rechten, ebenso wie die ehemaligen Opportunisten eine scrupellose Politik, sagen wir lieber eine Obstructionspolitik befolgen und jede Gelegenheit ergreifen, um dem Cabinet ein Bein zu stellen. Weil es im Interesse des Landes keiner dieser Fractionen weitgehende Concessionen, wie sie dieselben wünschen, machen kann, ist es keiner derselben genehm. Denn wirkliche selbstlose Republikaner, welche das Programm des „Journal des Débats" acceptirt, finden sich leider nur in sehr beschränkter Zahl in der Kammer.

Diese Kammerverhältnisse erschweren die Stellung des Cabinets und die nothwendige Sanirung des französischen Budgets! Das Ministerium kann nur tappend und behutsam vorgehen, während schnelle und energische Entschließungen nothwendig wären. Die finanziellen Schwierigkeiten sind aber nicht allein durch die Hartnäckigkeit des Cabinets, die verlangte Verwaltungsrevision durchzuführen, verursacht. Einer der wichtigsten Factoren, welchen dieselben zuzuschreiben sind, ist der — Patriotismus der Kammer und der Regierung oder wenigstens das Bestreben, vor dem Lande Alles zu vermeiden, was auch nur im Mindesten denselben zweifelhaft erscheinen lassen könnte. Deshalb macht sich nirgends eine wirkliche Opposition gegen die erschreckend hohen Credite geltend, welche der Kriegs- und der Marineminister verlangen. Man wagt es nicht, an denselben zu rühren. Nur die „Débats" haben den Muth zu sagen, wenn man auch nicht um dieselben feilschen dürfe, so müsse es doch immerhin erlaubt sein, auch bei ihnen ein wenig zu rechnen.

Aber diese Ansicht hat nur wenige Anhänger: wo der Patriotismus in Frage tritt, darf man in Frankreich sich nicht zu rechnen unterstehen. Die Credite werden also bewilligt werden, obgleich es notorisch ist, daß beispielsweise die Anforderungen, welche Admiral Aube für die Completirung der seetüchtigen Torpedoboote fordert, übertrieben hoch, wenn nicht ganz überflüssig sind. Denn es hat sich bei der jüngst unternommenen Geschwaderüberfahrt von Toulon nach Algier aufs deutlichste gezeigt, daß die Seetüchtigkeit der Torpedoboote von 31 Meter Länge eine Chimäre ist! Bei dieser so kurzen und wenig gefährlichen Ueberfahrt haben nicht weniger als 30 Procent der Boote so ernsthafte Havarieen erlitten, daß sie monatelang zur Ausbesserung in den Arsenalen werden liegen müssen. —

Es ist traurig! Ueberall lastet das Mißtrauen, welches die Nationen gegen einander hegen und das sich durch die friedlichen Versicherungen nicht verscheuchen läßt, wie ein Alp auf den Finanzen der Länder. In Frankreich, wie bei uns, in Oesterreich, wie in Rußland! Man hat gut im Kleinen, an den Beamtengehältern u. s. w. zu sparen: das geht zehn- und hundertfach in Melinit und Roburit, in Torpedobooten und Küstenbefestigungen wieder weg!

Aber man verlangt nun einmal in Frankreich diese kleinen Ersparnisse: deshalb richten die aufrichtigen Freunde der Regierung die Bitte an dieselbe, sich den Forderungen der Budget-Commission gegenüber etwas gefügiger zu zeigen! Nicht nur Frankreich, nein ganz Europa würde es herzlich bedauern, wenn das Cabinet Goblet, das so große Schwierigkeiten zu allgemeiner Befriedigung überwunden, über diese verhältnißmäßig unbedeutende Frage fallen sollte! Das Ministerium hat ja schon verschiedentlich den in Frankreich nicht hoch genug zu schätzenden Muth gezeigt, Pläne, deren Durchsetzung bei den zeitweiligen Parteiverhältnissen der Kammer ihm unmöglich erschien, fallen zu lassen und andere, die ihm von den Majoritäten octroyirt wurden, auch wenn sie gegen seine Absichten gingen, zu acceptiren. Hoffentlich zeigt es auch bei diesem Male seine Nachgiebigkeit, die man ihm als wirklichen Patriotismus anrechnen muß!

Das Vertrauen Europas in die Friedensliebe Frankreichs würde jedenfalls mit dem Fall des Cabinets einen gefährlichen Stoß erleiden!

Deutschland.

⊙ **Berlin,** 11. Mai. [Der Triumph der Agrarier.] Wenn man sich der Zeiten erinnert, in welchen die agrarischen Bestrebungen in Deutschland zuerst sich in das Parlament wagten, der Zeiten, in welchen Herr Marc Anton Niendorf die große Wandlung vom Fortschrittsmann zum Altconservativen vollzog, der Zeiten, in welchen die reactionären Großgrundbesitzer des Ostens, welche ehedem allesammt dem radicalsten Freihandel huldigten, sich zum alleinseligmachenden Getreidezoll bekehrten, so muß man bekennen, die Agrarier haben die Gesetzgebung früher erobert, als irgend ein Politiker für möglich gehalten. Vielleicht ist es ihr größter Triumph, daß sie vor allen Dingen den Fürsten Bismarck erobert haben. Und welchen harten Strauß hatten sie nicht just mit dem deutschen Kanzler auszufechten! In diesen Tagen hat Herr von Diest-Daber in der Presse angekündigt, er werde die Wiederaufnahme seines Processes mit dem Fürsten Bismarck beantragen. In diesem Processe spielten auch die Agrarier eine große Rolle; insbesondere handelte es sich um eine Aeußerung, welche ihr verstorbener Häuptling, Herr von Wedemeyer-Schönrade, über den Fürsten Bismarck gethan haben sollte. Die „Aera"-Artikel der Kreuzzeitung und das „Declarantenthum" stehen im engsten Zusammenhang mit dem Ursprunge der Agrarierpartei. Man hört noch immer die „Reichsglocke" läuten, wenn man sich der Geschichte dieser Partei erinnert. Wenig mehr aber als ein Jahrzehnt hat ausgereicht, diese Partei, welche früher Niemand ernst zu nehmen geneigt war, zu der herrschenden zu machen. Heute hat der Reichstag die Branntweinsteuervorlage nach zweitägiger Debatte an die Commission verwiesen. Aus der Commission wird das Gesetz im Sinne der Agrarier nicht verschlechtert zurückkommen. Eine solche Begünstigung der Interessen der Kartoffelbrenner und zwar der landwirthschaftlichen, wie sie diese Vorlage enthält, hätte vor einem Jahrzehnt schlechterdings Niemand für möglich gehalten. Aber es paßt vollkommen zu diesem Gesetzentwurfe, daß gleichzeitig eine weitere Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle ernstlich in Aussicht genommen wird. Wer noch vor 12 Jahren von der Möglichkeit gesprochen hätte, daß überhaupt Getreidezölle eingeführt werden könnten, der wäre für politisch unzurechnungsfähig erklärt worden. Nun haben überdies die Agrarier in dem Schulleistungsgesetze durchgesetzt, daß gegen ihren Willen ihre Aufwendungen für die Volksbildung nicht erhöht werden können. Und morgen steht im preußischen Abgeordnetenhause der conservative Antrag zur Debatte, eine Capitalrentensteuer einzuführen, von derselben aber die Rente aus Grund und Boden auszunehmen. Vielleicht giebt es noch immer harmlose Seelen, welche die Verwirklichung dieses Gedankens für unmöglich halten und sich einbilden, bis zu diesem Grade könne der Einfluß der Agrarier auf die Gesetzgebung niemals steigen. Wir aber erinnern uns angesichts der agrarischen Triumphe des treffenden Wortes: Im politischen Leben soll man niemals sagen „Niemals".

[Parlamentarisches.] Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, zugegangen. Derselbe lautet: § 1. Gesundheitsschädliche Farben dürfen zur Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln, welche zum Verkauf bestimmt sind, nicht verwendet werden. Gesundheitsschädliche Farben im Sinne dieser Bestimmung sind diejenigen Farbstoffe und Farbzubereitungen, welche Antimon, Arsen, Baryum, Blei, Kadmium, Chrom, Kupfer, Quecksilber, Uran, Zink, Zinn, Gummigutti, Dinitrokresol, Korallin, Pikrinsäure enthalten. § 2. Zur Aufbewahrung oder Verpackung von Nahrungs- und Genußmitteln, welche zum Verkauf bestimmt sind, dürfen Gefäße, Umhüllungen oder Schutzbedeckungen, zu deren Herstellung Farben der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Art verwendet sind, nicht benutzt werden. — Auf die Verwendungen von schwefelsauerem Baryum (Schwerspath, blanc fixe), Barytfarblacken, welche von kohlensaurem Baryum frei sind, Chromoxyd, Kupfer, Zinn, Zink und deren Legirungen als Metallfarben, Zinnober, Zinnoxyd, Schwefelzinn als Musivgold, sowie auf alle in Glasuren oder Emails eingebrannte Farben findet diese Bestimmung nicht Anwendung. § 3. Zur Herstellung von kosmetischen Mitteln (Mitteln zur Reinigung, Pflege oder Färbung der Haut, des Haares oder der Mundhöhle), welche zum Verkauf bestimmt sind, dürfen die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Stoffe nicht verwendet werden. Auf schwefelsaures Baryum (Schwerspath, blanc fixe), Schwefelkadmium, Chromoxyd, Zinnober, Zinkoxyd, Zinnoxyd, Schwefelzink, sowie auch Kupfer, Zinn und Zink und deren Legirungen in Form von Puder findet diese Bestimmung nicht Anwendung. § 4. Zur Herstellung von zum Verkauf bestimmten Spielwaaren (einschließlich der Bilderbogen, Bilderbücher und Tuschfarben für Kinder), Blumentopfgittern und künstlichen Christbäumen dürfen die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Farben nicht verwendet werden. — Auf die im § 2 Absatz 2 bezeichneten Stoffe, sowie auf Schwefelantimon und Schwefelkadmium als Färbemittel der Gummimasse, Bleioxyd in Firniß, Bleiweiß als Bestandtheil des sogenannten Wachsgusses, jedoch nur, sofern dasselbe nicht ein Gewichtstheil in 100 Gewichtstheilen der Masse übersteigt, chromsaures Blei (für sich oder in Verbindung mit schwefelsaurem Blei) als Oel- oder Lackfarbe oder mit Lack- oder Firnißüberzug, die in Wasser unlöslichen Zinkverbindungen, bei Gummispielwaaren jedoch nur, soweit sie als Färbemittel der Gummimasse, als Oel- oder Lackfarben oder mit Lack- oder Firnißüberzug verwendet werden, alle in Glasuren oder Emails eingebrannten Farben findet diese Bestimmung nicht Anwendung. Die in den §§ 7 und 8 enthaltenen Vorschriften finden auf die daselbst bezeichneten Gegenstände auch dann Anwendung, wenn letztere zur Herstellung von Spielwaaren verwendet werden. § 5. Zur Herstellung von Buch- und Steindruck auf den in den §§ 2, 3 und 4 bezeichneten Gegenständen dürfen nur solche Farben nicht verwendet werden, welche Arsen enthalten. § 6. Tuschfarben jeder Art dürfen als giftfrei nicht verkauft oder feilgehalten werden, wenn sie den Vorschriften im § 4 Absatz 1 und 2 nicht entsprechen. § 7. Zur Herstellung von zum Verkauf bestimmten Tapeten, Möbelstoffen, Teppichen, Stoffen zu Vorhängen oder Bekleidungs-Gegenständen, Masken, Kerzen, sowie künstlichen Blättern, Blumen und Früchten dürfen Farben, welche Arsen enthalten, nicht verwendet werden. Auf die Verwendung arsenhaltiger Beizen oder Fixirungsmittel zum Zweck des Färbens oder Bedruckens von Gespinnsten oder Geweben findet diese Bestimmung nicht Anwendung. Doch dürfen derartig bearbeitete Gespinnste oder Gewebe zur Herstellung der im Absatz 1 bezeichneten Gegenstände nicht verwendet werden, wenn sie das Arsen in wasserlöslicher Form oder in solcher Menge enthalten, daß sich in 100 Quadratcentimeter des fertigen Gegenstandes mehr als zwei Milligramm Arsen vorfinden. Der Reichskanzler ist ermächtigt, nähere Vorschriften über das bei der Feststellung des Arsengehalts anzuwendende Verfahren zu erlassen. § 8. Die Vorschriften des § 7 finden auch auf die Herstellung von zum Verkauf bestimmten Schreibmaterialien, Lampen- und Lichtschirmen sowie Lichtmanschetten Anwendung. Die Herstellung der Oblaten unterliegt den Bestimmungen im § 1, jedoch sofern sie nicht zum Genusse bestimmt sind, mit der Maßgabe, daß die Verwendung von schwefelsaurem Baryum (Schwerspath, blanc fixe), Chromoxyd und Zinnober gestattet ist. § 9. Arsenhaltige Wasser- oder Leimfarben dürfen zur Herstellung des Anstrichs von Fußböden, Decken, Wänden, Thüren, Fenstern der Wohn- oder Geschäftsräume, von Roll-, Zug- oder Klappläden oder Vorhängen, von Möbeln und sonstigen häuslichen Gebrauchsgegenständen nicht verwendet werden. § 10. Auf die Verwendung von Farben, welche nicht mittelst der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Stoffe hergestellt sind, solche vielmehr nur als Verunreinigungen, und zwar höchstens in einer Menge enthalten, welche sich bei dem in der Technik gebräuchlichen Darstellungsverfahren nicht vermeiden läßt, finden die Bestimmungen der §§ 2 bis 9 nicht Anwendung. § 11. Auf die Färbung von Pelzwaaren finden die Vorschriften dieses Gesetzes nicht Anwendung. § 12. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft: 1) wer den Vorschriften der §§ 1 bis 5, 7, 8 und 10 zuwider Nahrungsmittel, Genußmittel oder Gebrauchsgegenstände herstellt, aufbewahrt oder verpackt, oder derartig hergestellte, aufbewahrte oder verpackte Gegenstände gewerbsmäßig verkauft oder feilhält; 2) wer der Vorschrift des § 6 zuwiderhandelt; 3) wer der Vorschrift des § 9 zuwiderhandelt, ingleichen wer Gegenstände, welche dem § 9 zuwider hergestellt sind, gewerbsmäßig verkauft oder feilhält. § 13. Neben der im § 12 vorgesehenen Strafe kann auf Einziehung der verbotswidrig hergestellten, aufbewahrten, verpackten, verkauften oder feilgehaltenen Gegenstände erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht. — Ist die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbstständig erkannt werden. § 14. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879, bleiben unberührt. Die Vorschriften in den §§ 16, 17 desselben finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung. § 15. Dieses Gesetz tritt mit dem 1 . . . . . 188 . . . in Kraft; mit demselben Tage tritt die kaiserliche Verordnung, betreffend die Verwendung giftiger Farben, vom 1. Mai 1882, außer Kraft.

[Zuckersteuer.] Ueber den Inhalt der Zuckersteuervorlage verlautet in theilweiser Uebereinstimmung mit den von uns bereits gebrachten Mittheilungen noch Folgendes: Die Rübensteuer soll bestehen bleiben, aber von 1,80 M. auf 1 M. pro Doppelcentner herabgesetzt, die Exportvergütung nach einem Ausbeuteverhältniß von 9 anstatt bisher $10^{1}/_{6}$ Centner Rüben zu 1 Centner Rohzucker herabgesetzt werden. Neben der Rübensteuer aber soll von dem im Inlande consumirten Zucker eine Verbrauchssteuer von 10 Mark pro Doppelcentner erhoben werden. Der Ertrag der Vorlage, welche erst am 1. August 1888 in Kraft treten soll, wird auf 40 bis 50 Millionen Mark berechnet.

[Die Anklage gegen den Abg. Grad.] Das beim Reichstag eingegangene Gesuch auf Gestattung der strafrechtlichen Verfolgung des Reichstagsabg. Grad stützt sich auf einen Bericht des ersten Staatsanwalts beim Landgerichte von Colmar, Herrn Bernays, vom 12. April. Dieser Bericht beschuldigt Herrn Grad, daß er in einer zu Winzenheim am 20. Februar abgehaltenen Wahlversammlung die Feldwebel des deutschen Heeres dadurch beleidigt habe, daß er behauptete, die Feldwebel nähmen ihren Antheil von dem den Soldaten von deren Familien gesandten „Brodsack". Da das deutsche Militärgesetzbuch in § 196 den Unteroffizieren verbietet, Geschenke anzunehmen, so ist die Behauptung des Herrn Grad als eine Beleidigung für die Armee angesehen worden. Der Staatsanwalt fügt nach dem „Els. Journ." noch Folgendes hinzu: „Nicht minder liegt es im Interesse, die Beurtheilung des Falles bald herbeizuführen. Die hinausgeschobene Verhandlung würde an Wirksamkeit auf den Angeklagten und das Publikum verlieren."

[Der Streitfall Neßler] ist, wie die „Voss. Ztg." hört, jetzt endgiltig beigelegt worden. Das Consistorium der französischen Gemeinde hatte die Weigerung des Predigers Neßler, der ihm zugegangenen Weisung des Mittwoch-Consistoriums bezüglich des Einsegnungs-Unterrichts in französischer Sprache nachzukommen, an das Gesammt-Consistorium der Colonie gebracht, und dasselbe machte sich als Generalversammlung vor drei Tagen über die Angelegenheit schlüssig. Die fünf Geistlichen der Gemeinde bestanden darauf, daß der Kirchenordnung gemäß an der Vorschrift festgehalten werden müßte, dem ersten Geistlichen der Friedrichstadt-Kirche die Ertheilung des Einsegnungs-Unterrichts in französischer Sprache zur Pflicht zu machen, und deshalb entspräche die Forderung des Mittwoch-Consistoriums an Herrn Neßler, dem Gemeinde-Statut gerecht zu werden, dem dringenden Interesse der Colonie, die ein Anrecht darauf hätte, daß ihre Confirmanden französisch unterwiesen würden. Herr Neßler hielt in allen Punkten den bisher von ihm erhobenen Widerspruch fest, und unter Hinweis auf sein Berufungs-Patent, das die ihm angesonnene sprachliche Beschränkung seiner geistlichen Wirksamkeit nicht enthielte, betonte er mit besonderem Nachdruck die Unmöglichkeit der Ausführung der ihm zugegangenen Weisung. Er hätte seinen Amtsbrüdern erklärt, er würde in keinem Falle den Einsegnungs-Unterricht ändern, weil er damit seine Pflicht zu verletzen glaube, und deshalb auch hätte er die Verfügung des Mittwochs-Consistoriums kurzer Hand an die Absender zurückgehen lassen. Nach langer, zum Theil stürmischer Debatte beschloß das Gesammt-Consistorium mit großer Majorität, es dürfte Herrn Neßler nicht zugemuthet werden, den Einsegnungs-Unterricht anders als bisher zu ertheilen und deshalb wäre die Weisung des Consistoriums zurückzunehmen. Die Discussion stellte zugleich die Unmöglichkeit fest, Einzelbestimmungen des Kirchenstatuts aufrecht erhalten zu wollen, die sich überlebt hätten.

[Die Weinsteuer-Vorlage] ist von der zweiten Kammer in Darmstadt mit 29 gegen 27 Stimmen abgelehnt worden. Das „B. T." bringt über diesen Gegenstand folgende Mittheilungen:

Nach dem jetzigen, seit dem Jahre 1875 im Großherzogthum Hessen bestehenden System der Weinbesteuerung hatten nur die Weinhändler für ihre Einlagen eine Abgabe von 50 Pfennigen vom Hectoliter, sowie die Wirthe und Weinkleinverkäufer eine der Regel nach durch Schätzung festzusetzende, sich auf 7 bezw. 5 M. pro Hectoliter belaufende Abgabe für allen Weinkleinverkauf unter 40 Liter zu entrichten. Die früher bestandene Steuer für die Weineinlagen von Privaten war ebenso wie die Transportbezettelung und Kellercontrole seit dem Jahre 1875 in Wegfall gekommen. Unter den Wirthen und Weinkleinverkäufern machte sich nun seit einigen Jahren eine lebhafte Agitation für Aufhebung der noch bestehenden Weinzapfgebühr geltend, und wurden hierauf bezügliche Petitionen den Ständen unterbreitet. Die gesetzgebenden Factoren glaubten aber auf diese immerhin ca. 300 000 M. ergebende Steuer nicht verzichten zu können, indessen richteten bei der Berathung des Budgetpostens „Weinsteuer" beide Kammern an die Regierung das Ersuchen: die Frage der Besteuerung der Weineinlagen von Privaten in Erwägung zu ziehen. Die Regierung kam dem an sie gerichteten Ersuchen in diesem Falle mit Vergnügen nach und legte zu Anfang dieses Jahres der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Wein-Anlage von Privaten einer Steuer von sechs Mark pro Hectoliter unterliegen sollte, wobei die Weinkleinverkäufer in ihrem bisherigen Verhältniß blieben, den inländischen Weinhändlern aber durch Herabsetzung der Grenze des Kleinverkaufs von 40 auf 20 Liter, sowie durch die geplante Besteuerung der Einfuhr aus anderen deutschen Staaten gewisse Vortheile in Aussicht gestellt wurden, um ihnen das neue Gesetz mundgerechter zu machen. Transportbezettelung und Keller-Controle sollten auch ferner in Wegfall bleiben, dagegen die Abgabe durch gesetzlich dem Versender bezw. Einbringer aus dem Ausland und gleichzeitig dem Empfänger auferlegte Declarationspflicht (für die Unterlassung der Declaration waren hohe Strafen vorgesehen) gesichert werden. Einlagen unter 20 Liter in Fässern, bezw. 18 Liter in Flaschen, welche von inländischen Kleinkäufern bezogen würden, also bereits versteuert wären, sollten abgabefrei bleiben.

Als die Vorlage bekannt wurde, erhob sich gegen dieselbe sofort eine gewaltige Agitation in den Kreisen der Weinhändler und Weinproducenten, welche bald immer weitere Kreise erfaßte. In Rheinhessen erhitzten sich die Gemüther immer mehr, dort herrschte nur eine Stimme der Verurtheilung über das neue Gesetz. Daß die Regierung gegenüber dieser Stimmung in der Kammer einen schweren Stand haben werde, war vorauszusehen. Schon bei der Berathung der Vorlage im Finanzausschuß der zweiten Kammer gingen die Meinungen beträchtlich auseinander, und während die Majorität des Ausschusses befürwortete, auf die Berathung und allenfallsige Verbesserungsvorschläge einzugehen, stellte die Minorität den Antrag, die Kammer möge die Berathung der Vorlage kurzer Hand ablehnen. Schließlich wurde denn auch der Entwurf im Plenum abgelehnt.

Straßburg, 10. Mai. [Betheiligung an der Patriotenliga.] Das „Elsässer Journ." veröffentlicht folgendes Namensverzeichniß derjenigen Personen, gegen welche wegen Betheiligung an der Patriotenliga das Strafverfahren eingeleitet worden ist: 1) Emil Köchlin-Claudon, Fabrikant, geb. am 26. Juli 1852 zu Mülhausen, wohnhaft daselbst, französischer Unterthan, Offizier in der Territorialarmee, 2) Karl Blech, Fabrikant, geb. den 18. Mai 1826 in Markirch, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan, 3) Richard Bollecker, Kaufmann, geb. den 4. Juli 1848 zu Gebweiler, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan, 4) Karl Schiffmacher, Buchhalter, geb. den 31. December 1857 zu Mülhausen, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan und Mitglied der Landwehr, 5) Ernst Franz Trapp, Angestellter in der Schäffer-Lalance'schen Fabrik, geb. den 28. December 1858 zu Pfastatt, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan, 6) Eugen Jordan, Fabrikdirector, geb. den 12. Juli 1857 zu Isenheim im Elsaß, wohnhaft zu Maasmünster, schweizerischer Unterthan, 7) Albert Mock, Messerschmied, geb. am 1. September 1845 zu Mülhausen, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan, 8) Eugen Reybel, Buchhalter, geb. den 18. September 1850 zu Straßburg, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan, Mitglied der Reserve, 9) Joseph Freund, Speditionsunternehmer, geb. am 29. December 1837 zu Sulz u. W., wohnhaft zu Hagenau, deutscher Unterthan, 10) Georg Adolf Humbert, Rentner, geb. am 25. April 1815 zu Metz, wohnhaft daselbst, deutscher Unterthan. — Die 7 ersten Angeklagten befinden sich zu Mülhausen, der achte und neunte zu Straßburg, der zehnte zu Metz in Haft. Die in Straßburg sitzenden Angeklagten haben bereits ihre Vertheidiger bestellt. Reybel hat den Rechtsanwalt Ott und Freund den Rechtsanwalt Frhrn. Schott von Schottenstein gewählt. Die Anklage stützt sich auf die §§ 81, Alinea 3, 86 und 128 des Strafgesetzbuches, welche sich auf Hochverrath und Betheiligung an geheimen Verbindungen beziehen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Mai. [Die Maaßen-Demonstrationen an der Wiener Universität.] Trotz der außerordentlichen Maßnahmen, welche vom Rectorate zur Verhütung weiterer Demonstrationen der Studenten getroffen worden waren, verlief auch der heutige Vormittag nicht ohne sehr lärmvolle Scenen. Die Studenten begleiteten nicht nur, wie gestern und vorgestern, das jedesmalige Erscheinen des Hofrathes Maaßen mit Johlen und Pereatrufen, sondern kamen auch mit den die Zugänge absperrenden Dienern oft in erregte Conflicte, welche die Erbitterung noch erhöhten. Der Andrang zur juridischen Facultät war heute größer als sonst. Sowohl vor dem Eingange bei der Grillparzergasse als auch vor dem in der Aula befindlichen standen Diener, welche von den eintretenden Rechtshörern die Legitimationen abforderten. Trotzdem gelangten, da die Säulen- und Dienerstiege nicht bewacht waren, auch Studirende der anderen Facultäten in die Räume, wo sich die juristischen Hörsäle befinden. Der Corridor, an dem Maaßen's Hörsaal liegt, bot einen eigenthümlichen Anblick. Nächst der Dienerstiege sperrte eine aus Bänken gebildete Barricade, welche von 15 Dienern bewacht wurde, den Zugang zum Hörsaale des Professors Maaßen ab. Eine gleiche, von 9 Dienern bewachte Barricade war auf dem zweiten Gange nächst der Aulastiege errichtet. Die Barricaden konnten nur gegen Vorweisung der Indices passirt werden, so daß also ausschließlich inscribirte Hörer der Vorlesung des Professors Maaßen beiwohnen konnten. Dieser war in früher Morgenstunde unbemerkt in das Dekanatszimmer gegangen, von wo er sich gegen $^1/_4$10 Uhr nach seinem Hörsaal XXIII begab. Die hinter den Barricaden stehenden Studenten — ungefähr 150 an der Zahl — brachen bei seinem Anblicke in laute Pereat-Rufe aus, die von jenen nach Hunderten zählenden Studenten wiederholt wurden, welche, vom großen Corridor abgesperrt, in den Quergängen weilen mußten und Maaßen nicht erblicken konnten. Die „Pereats" dauerten so lange, bis Professor Maaßen, der, vor der Thür XXIII angelangt, stehen blieb und mit den ihn begleitenden Professoren Hanausek und Ullmann ein Gespräch begann, hinter der Thür des Hörsaales verschwunden war. Ein Slovene, der „Profit Maaßen!" gerufen und eine Ansprache begonnen hatte, wäre von seinen deutschen Nachbarn fast mißhandelt worden, wenn sich nicht andere deutsche Studenten ins Mittel gelegt hätten, die es für eine Schande erklärten, wenn so Viele einen Einzelnen prügeln wollten. Der Slovene wurde hierauf an die Luft gesetzt. Nachdem Maaßen seine Vorlesung begonnen hatte, lichtete sich der außerhalb der Barricaden gelegene Raum einigermaßen; diesen Umstand benützte der Diener, um im Auftrage des Rectors Zimmermann, der mit dem Dekan Grünhut die geschilderten Scenen angesehen hatte, die Barricade bis an das Ende des Corridors hinauszuschieben, so daß die Studenten in die Quergänge zurückgedrängt wurden. Diese Action wurde von den Hochschülern mit lautem Zischen aufgenommen, und als gegen 10 Uhr, zum Schlusse von Maaßen's Vorlesung, wieder Hunderte Studenten zum großen Corridor drängten, kam es zu einer erregten Keilerei zwischen den jungen Leuten und den als Wache ausgestellten Dienern. Dieser Kampf dauerte fast zehn Minuten. Der Pedell, der unablässig auf und ab lief, konnte die Ruhe nicht herstellen. Schließlich wichen die Studenten zurück, nachdem ein deutscher Rechtshörer von den Dienern festgenommen und nach Constatirung seines Namens auf einer Seitentreppe entlassen worden war. Als nun Hofrath Maaßen nach beendetem Vortrage dem Dekanate zuschritt, wurde er von den an einer Ecke des Corridors stehenden Studenten bemerkt und mit donnernden Pereats empfangen. — Hofrath Maaßen verließ in Gesellschaft seines Sohnes gegen halb 11 Uhr unbemerkt durch den Festsaal und den an der Universitätsstraße gelegenen Ausgang das Gebäude.

Frankreich.

Paris, 10. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses] gelangte der Brief zur Verlesung, in welchem der Conseilspräsident erklärt, die Regierung hätte nicht über 13 700 000 Franken Ersparnisse vorschlagen können, wollte aber gern diejenigen prüfen, welche ihr von dem Budgetausschusse oder von den Berichterstattern der verschiedenen Ressorts empfohlen würden. Der Abgeordnete Pelletan, von dem der Antrag, von der Regierung einen neuen Finanzplan zu verlangen, ausgegangen war, äußerte sich unwillig über diesen Bescheid und meinte, jetzt bliebe dem Ausschuß nichts Anderes übrig, als die Kammer zum Schiedsrichter anzurufen, und Jules Roche war seiner Meinung. Méline rieth hingegen zu einem Ausgleiche mit dem Cabinet, das sich ja willig zeige, auf die Reformen einzugehen, deren Durchführbarkeit ihm von dem Ausschusse nachgewiesen würde. Ribot warnte ebenfalls vor Uebertreibungen. Eine solche wäre es aber, wenn der Ausschuß sich weigerte, seiner Pflicht gemäß das Budget durchzuberathen, das ihm von der Regierung zur Prüfung vorgelegt worden ist. Nur in fast revolutionären Zeiten wäre es bisher vorgekommen, daß ein Budget verworfen wurde, ohne daß das Parlament darüber verhandelt hätte, und einen Präcedenzfall schaffen, wäre gefährlich. Diese Auffassung war nicht nach dem Sinne Pelletan's, welcher trotzig seine Meinung verfocht, die Kammer müsse entscheiden, wer Recht habe, die Regierung, die keine Reformen wolle, oder der Ausschuß, der sie anstrebe, aber nicht dazu da sei, zu sagen, welche Reformen die größten Ersparnisse im Gefolge haben würden. Millerouch, ebenfalls ein Mitarbeiter der Clémenceau'schen „Justice", gab gleich seinem Collegen Pichou und Sigismund Lacroix Pelletan Recht. Diese Radicalen verhehlten nicht, daß der Conflict, d. i. der Sturz des Ministeriums, ihnen unvermeidlich schiene, und drängten zur Eile, wollten auch von einer Vernehmung des Conseilspräsidenten nichts hören. Man beschloß aber mit 12 gegen 9 Stimmen, Herrn Goblet zu bitten, daß er sich in den Schoß des Ausschusses verfüge. Nach der Sitzung begab Präsident Rouvier sich zu Herrn Goblet und erhielt von diesem das Versprechen, am Mittwoch in der Budgetcommission zu erscheinen.

Serbien.

* **Belgrad,** 8. Mai. [Die Abreise der Königin.] Trotz mancherlei Concessionen, welche König Milan den politischen Führern seines Landes zugestanden, ist es ihm bis heute noch nicht gelungen, die geeigneten Männer für ein neues Cabinet ausfindig zu machen. Wenn man die Thatsache in Erwägung zieht, daß die Sympathien des Königs für Oesterreich-Ungarn die Hauptursache an dem Nichtzustandekommen einer neuen Regierung bilden, so muß man sich zugestehen, daß es Rußland neuerdings gelungen ist, sich unter den serbischen Politikern große Geltung zu verschaffen und zwar eine so große Geltung, daß der König nicht im Stande ist, ein vollständig österreichfreundliches Ministerium zu finden. Dazu hat der König noch in seinem eigenen Heim eine Niederlage erlitten. Dem Führer der Russophilen in Serbien, Stanko Kristic, und dem russischen Geschäftsträger, Herrn Persiani, ist es gelungen, die Königin ihrem Gatten zu entfremden, sodaß sie, seine Bitten und Ermahnungen unbeachtet lassend, sich morgen mit dem Kronprinzen nach Yalta in der Krim, anstatt wie es früher beschlossen war in ein ungarisches Bad, begiebt. Die Königin ist eine geborene Russin, sie hat ihre Sympathien für ihr Heimathland niemals verhehlt, daß sie aber den Ansichten ihres Gatten jemals entgegenhandeln werde, das hatte man dennoch nicht erwartet. Den Herren Kristic und Persiani ist auch dieses Kunststück gelungen. Inwieweit die weibliche Eitelkeit der Königin dabei in Mitleidenschaft gezogen wurde, darüber ist man nicht im Klaren. So viel darf jedenfalls angenommen werden, daß die beiden genannten Herren die Galanterie des Königs für eine fremde Dame als Waffe bei der Königin gebrauchten. Bei der leicht erregbaren Natur der Königin genügten selbst diese kleinlichen Mittel, um sie den Wünschen der Russophilen gefügig zu machen, und so erleidet die Partei des Königs eine empfindliche Schlappe. Ob die Reise der Königin und der Sieg Kristic's und Persiani's weitere Consequenzen nach sich ziehen werden, läßt sich im Augenblick schwer ermessen. Die Herren haben jedenfalls die Königin auf ihrer Seite und dadurch einen großen Vorsprung gewonnen. Sie sind zu praktisch, um diesen Vortheil so schnell wieder fallen zu lassen; sie werden den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und da das serbische Volk sich ziemlich willenlos der herrschenden Strömung anpaßt, kann die Regierung in Wien eines Tages von der Nachricht überrascht werden, König Milan habe sich, um in der russenfreundlichen Strömung nicht allein dazustehen, ebenfalls Rußland zugewendet und die Freundschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie über Bord geworfen.

Afrika.

[Stanley] langte am 29. März in Banza-Mundeka am Congoflusse an. Er hat beschlossen, vorbehaltlich einiger Abänderungen, welche die Ereignisse am obern Congo nothwendig machen dürften, die Route via Stanley-Falls endgiltig zu adoptiren und sich zu bemühen, Wadelai und Emin-Pascha mittelst dieser Route zu erreichen. Er wird von Leopoldsville nach Stanley-Falls und von da so weit als möglich den Fluß Mbouru hinauf vorstoßen. Alsdann wird er mit einer Carawane die Reise nach dem Albert-Nyanzasee antreten. Dort angelangt, beabsichtigt er, ein befestigtes Lager zu bilden und eine Vorhut in Booten zu entsenden, welche Emin-Pascha von der Ankunft der Expedition verständigen und ihn bitten soll, Stanley die zu seiner Verfügung stehenden 2 Dampfer zu überlassen, um die Expedition nach Wadelai zu befördern. Tippoo Tib wird in Stanley-Falls zurückgelassen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 12. Mai.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung der am 11. d. M. im Café restaurant abgehaltenen Versammlung des Bezirksvereins der innern Stadt (früher des nordwestlichen Theils der innern Stadt) bildete der Vortrag des Syndicus der Breslauer Handelskammer und Stadtverordneten Dr. Eras über „die Anlage neuer Wehre und Schiffsschleusen in Breslau". Entsprechend dem hohen Interesse, welches die Bürgerschaft Breslaus der von der Regierung zum Theil bereits durchgeführten, zum Theil in Aussicht gestellten Oderregulirung und den damit zusammenhängenden Fragen entgegenbringt, war die Versammlung von Mitgliedern und Gästen zahlreich besucht, welche die sich bietende günstige Gelegenheit, über die wesentlichen hierbei in Betracht kommenden Momente aus durchaus berufenem Munde sich Belehrung und Aufklärung zu verschaffen, nicht unbenutzt vorübergehen ließen. Der Vortragende führte etwa Folgendes aus:

In einer vor Jahren von dem damaligen Oberpräsidenten von Schlesien, Freiherrn v. Nordenflycht, im Auftrage des Ministers einberufenen Conferenz, zu welcher auch die Eisenbahndirectionen in Breslau Einladungen erhalten hatten, äußerte Geheimrath Grapow von der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn gelegentlich der Frage der Herstellung einer geeigneten Hafeneinrichtung für Breslau, ein Hafenbau in Breslau komme ihm so vor, wie die Anlage eines Bahnhofs an einer Stelle, wo gar keine Eisenbahn sei. Damals, vor 13 oder 14 Jahren, sei dieses Bild, wenn auch stark übertrieben, so doch nicht ganz unzutreffend gewesen. Heute, nach Ausführung der Buhnenregulirung im Oderstrom, sei dies anders geworden. Man dürfe annehmen, daß der Güterverkehr im Breslauer Unterwasser heute ungefähr jährlich 10 Millionen Ctr. betrage. Dieser Verkehr werde in Folge der von der Regierung ernsthaft ins Auge gefaßten Verbesserung der Wasserstraße oberhalb Breslaus und der Herstellung einer geeigneten Schifffahrtsverbindung zwischen der oberen und mittleren Oder einen erhöhten Aufschwung erfahren. Die durch Gesetz vom 9. Juni a. p. beschlossene Herstellung eines Oder-Spreecanals ist nur ein Glied in der Reihe dieser Verbesserungen. Die Regulirung der Oder durch Buhnen, deren Kosten

---

Seherinnen und Gottesmütter.

Einer der merkwürdigsten Auswüchse moderner Uebercultur ist das Ueberhandnehmen krankhafter religiöser Schwärmerei. Sie hat nichts von der mehr oder weniger edlen Begeisterung an sich, mit welcher vor vielen Jahrhunderten die großen Religionsstifter und Propheten die Menge mit sich rissen. Auffällig ist ferner, daß der Boden, in welchem derlei Blumen sprießen, zugleich den Gegensatz zweier Civilisationsstadien repräsentirt. Die hochentwickelte englische, beziehungsweise anglo-amerikanische Race, und die Russen stellen das größte Contingent an religiösen Proselytenmachern und Propheten-Candidaten. Wer hat nicht mit heimlichen Lächeln die „militärischen Operationen" der „Heilsarmee", mit deren wunderlichen „Marschallin" Booth an der Spitze, verfolgt; wer nicht seiner guten Laune Zwang angethan, wenn er von den „Seherinnen" der neuen Welt, von den „Gottesmüttern" Rußlands und ähnlichen Tollhäuslerinnen wunderliche Geschichten las?

In der That, es ist ein merkwürdiger Spuk, der da im hellsten Sonnenschein vor sich geht. Man sieht sich das Treiben aus der Vogelperspective an, wie etwa von einem erhöhten Theatersitze, und hat dann Mühe, das Geschaute nicht für ein Schaustück zu öffentlicher Belustigung, sondern für nackte Thatsächlichkeit zu halten. Solche Schaustücke sind in erster Linie die sogenannten religiösen „Revivals" (Feste zur Wiederbelebung des Glaubens), welche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von Fall zu Fall stattfinden, um Neophyten für gewisse Secten zu gewinnen. Die Revivals sind Vorgänge, welche an Ungeheuerlichkeit und Verirrung unter civilisirten Völkern kaum ihresgleichen haben möchten. Die religiöse Leidenschaft bricht hier wie ein Fieber aus, an den heißesten Stellen und in den wildesten Theilen, gewöhnlich an den Grenzen der civilisirten und cultivirten Gebiete, und zwar immer im Schoße irgend einer extremen Secte. Berüchtigt sind die „Camp-Meetings", bei welchen Revivalisten-Prediger mit wüthenden Geberden der verlotterten Menschheit ihre Schlechtigkeiten vorhalten. Und diese — Farmer mit ihren Frauen, Neger und Rothhäute — sind der Ueberzeugung voll. Blaß und sich krümmend, sitzen sie, mit zusammengepreßten Lippen, verschlungenen Händen, in panischem Schrecken und in Verzweiflung über ihre Sünden. Die Frauen rennen wild im Lager umher, schlagen mit den Armen um sich, werden ohnmächtig und bekommen hysterische Anfälle. Die Gläubigen versichern, daß jede große geistige Erweckung, welche Amerika bewegte, dazu beigetragen hat, neue Gemeinden von Bekehrten zu gründen.

Wo das Uebel sitzt, ist unschwer zu ergründen. Es ist bekannt, daß kein Volk der Erde so sehr dem — Spiritismus ergeben ist, wie das amerikanische angelsächsischer Race. Nach meiner Berechnung giebt es dermalen in der Union mindestens vier Millionen Anhänger der Lehre von der „vierdimensionalen Welt". John Pierpont aus Washington hatte zuerst decretirt, daß die bisherigen religiösen Darstellungen nicht mehr hinreichen, um die unsterbliche Seele zu befriedigen. Besonders seien die Mittel unzulänglich, die natürlichen Beziehungen zwischen den Seelen im Dies- und Jenseits zu erhalten. Natürlich bot man sofort den bekannten Apparat der Geisterseherei und Geisterriecherei auf, und die unbekannten „Medien" waren von da ab das allein herrschende seelische Element in der Natur. Der Spiritismus ward die Seele einer neuen gesellschaftlichen Ordnung.

Unter dem ungeheuren Zulauf gaben besonders die Frauen einen bedeutenden Procentsatz ab. Es erschien eine Spiritisten-Zeitung, die neben den höheren Lehrsätzen des neuen Glaubens auch das Feld praktischer Bedürfnisse cultivirte, und die weiblichen Medien verschmähten es nicht, in pomphaften Reclamen ihre Zauberkünste anzupreisen. Eine Frau, Eliza Williams, bot ihren Beistand auf medicinischem Gebiete an; eine andere Dame, S. J. Young, kündet ihr Geschäft als ärztliche Hellseherin an; eine Dritte, Frau H. S. Seymour, stellte sich Jedem, dem es beliebte, als „Versuchs-Medium" zur Verfügung und dergleichen Hokuspokus mehr . . . Aus den Spiritisten-Gemeinden constituirte sich alsdann eine Art weiblicher Priesterschaft, die der Seherinnen. In Boston, der Heimath Agassiz' und Longfellow's, entstand sie und ihre Gründerin war Elisabeth Denton.

Die amerikanischen Seherinnen vertreten die Ansicht, daß ihr Organismus ein viel zarterer, viel umfassenderer, kurz: ein weitaus höherer, als der des Mannes sei. Nur Frauen vermögen im Fluge ihrer himmelanstrebenden Phantasie die geistige Welt ganz und voll zu begreifen, nicht aber der gröbere, härtere Mann, der stumpfen Geistes ist. Der Mann sei nur ein Urbild der Thiere, während die Frau vermöge ihrer seelischen Gaben zu der himmlischen Rangordnung gehöre. Er ist der Herr der Erde und sie ist die Botin des Himmels. Ein galanter Europäer wird darauf antworten: Ja wohl, denn sie ist ein — Engel! In diesem Dogma liegt übrigens ein Widerspruch, und zwar der, daß der Mann ausdrücklich als „Herr der Erde" anerkannt wird, was ja die Vorkämpferinnen der Frauenrechte — als welche sich die Seherinnen geriren — gerade bestreiten.

Leider sind die Amerikanerinnen hinsichtlich ihrer leiblichen Vollkommenheit einer bösen Täuschung ergeben. Da die amerikanischen Frauen angelsächsischer Race selten arbeiten, erschlaffen die Muskeln, die Figuren werden schmächtig, schwach und bleich. Ein ungalanter Yankee sagte einmal von seinen Landsmänninen: Sie haben keine Knochen, keine Muskeln, keinen Saft — sie haben nur Nerven. Und wie sollte man es anders erwarten? Statt des Brotes essen sie Kreide, statt des Weines trinken sie Eiswasser; sie tragen enge Corsets und dünne Schuhe. Und zum Schlusse meint der ungezogene Bär: Solche Dinger sind nicht lebensfähig, und Gott sei Dank, in hundert Jahren wird keines ihrer Abkömmlinge mehr am Leben sein. . . . Eine Amerikanerin — Katharina E. Becher — hat eingestanden, daß sie in dem großen Kreise ihrer Bekannten in der ganzen Union nur — zehn (!) Frauen kennen gelernt habe, welche gesund und kräftig waren.

Das kann also unmöglich den Stoff abgeben, aus welchem man „Prophetinnen" und „Gottesmütter" formt. Auch die „Marschallin" Booth ist eine steifleinene Erscheinung nach Fallstaff'schem Recepte. — Da sind die russischen Himmelsköniginnen aus ganz anderem Holze. Blutarme und Wassertrinker kommen hier nicht auf. Dem altrussischen Grundsatze gemäß: „Ich liebe Dich wie meine Seele und schlage Dich wie meinen Pelz", spielt das Weib des Niedergeborenen ein hartes, geplagtes Dasein. So unabhängig die vornehme Russin — nach der Amerikanerin wohl die unabhängigste Frau auf Erden — so sclavisch-unterwürfig ist das Bauernweib. Was aber die vornehme Russin von der vornehmen Amerikanerin wesentlich unterscheidet, ist, daß Erstere ihre bevorzugte gesellschaftliche Stellung keineswegs dazu benutzt, in den Himmel aufzusteigen. Eine gesunde Sinnlichkeit hält sie an die Erde gefesselt. Sie will leben und genießen; den Phantomen des Jenseits opfert sie keine Viertelstunde des Nachdenkens. Nur ausnahmsweise haben hochgestellte Frauen von religiöser Schwärmerei sich hinreißen lassen und sind jene Jakobsleitern emporgeklettert, die für alle Welt unsichtbar sind und auf deren Sprossen eben nur ein Halt für übersinnliche Naturen ist.

Die Prophetinnen, welche das Russenthum hervorgebracht hat, gehören daher durchwegs dem Volke an. Viele Secten — und es sind gerade die widerlichsten — führen ihre Gründung auf solche „Gottesmütter" zurück. Zu dem Apparate des Gottesdienstes, wie ihn beispielsweise die „Chlysty" ausüben, gehört in erster Linie die „Mutter Gottes". Sie hat ungeheueren Einfluß. Es heißt, daß

sich auf 26 Millionen Mark belaufen haben, muß als ziemlich abgeschlossen betrachtet werden. Auf diesem Wege ist unterhalb der Einmündung der Glatzer Neisse im ganzen Flußlaufe eine Minimaltiefe von 1 Meter erreicht worden. Oberhalb von Brieg dagegen hat man durch Buhnenbauten die für größere Schiffe unzureichende Wassertiefe von nur 60 Centimetern zu erzielen vermocht. Die Idee, einen Canal nach Oberschlesien zu bauen, hat man aufgegeben. Die Oberschlesier selbst verlangen auch nur eine Wasserumschlagsstelle in Cosel und eine schiffbare Wasserstraße von dort thalwärts. Als das beste Mittel zur Erreichung des letzteren Zweckes betrachtet man die künstliche Stauung des Stromes vermittelst Anlage sogenannter Nadelwehre nach dem Vorbilde der im November vorigen Jahres eröffneten Maincanalisation, deren Erfolge als glänzend zu bezeichnen sind. Soll nach dem Inhalte des Canalgesetzes die Wasserstraße „von Oberschlesien nach Berlin“ geschaffen werden, so stellt sich als eine Hauptschwierigkeit die Ausführung einer geeigneten Ueberleitung des Verkehrs aus dem Ober- in das Unterwasser bei Breslau entgegen. Es fragt sich namentlich: Soll der Wasserweg **durch Breslau** oder mittelst Anlage eines schiffbaren Seitencanals **um Breslau herum** ausgeführt werden? Bezüglich der ersteren Alternative ist seitens der Strombauverwaltung ein Project ausgearbeitet worden, wonach der Verkehr durch die auf 45 Meter zu verbreiternde jetzige Schifffahrtsoder, unter der höher zu legenden Sandbrücke und unter der Universitätsbrücke hinweg, durch die schiffbar zu machende nördliche Oder zu führen sein würde. Das Project setzt den Neubau der Wehre und die Anlage neuer großer Schleusen von 8,6 Meter Thorbreite und 55 Meter nutzbare Länge voraus. Die alten vorhandenen Schleusen bleiben conservirt. Nach dem vorläufigen Kostenanschlage würde die Ausführung dieses Projectes einen Aufwand von ca. 2 700 000 Mark erfordern, vorausgesetzt, daß die Stadt das zur Verbreiterung des Stromes erforderliche Promenaden-Terrain an der Sandbrücke, die Matthiasinsel mit der Matthiaskunst und diejenigen kleinen Mühlengrundstücke, welche der Fiscus bedarf, nach erfolgtem Ankauf unentgeltlich hergiebt. Beschränkt aber Magistrat seine Zugeständnisse in der Weise, wie in seiner vorläufigen Aeußerung an die Strombauverwaltung vom 8. December v. J. angedeutet, so kommt die Bauausführung den Fiscus auf ca. 3 Millionen zu stehen. Was die zweite Möglichkeit, nämlich die Ueberführung des Schiffsverkehrs mittelst einer Canalanlage betrifft, so kommen drei Projecte in Betracht. Erstens ein Canal durch Weidethal, abzweigend aus dem Oberwasser bei Wilhelmshafen und einmündend ins Unterwasser gegenüber der Weistritzmündung; zweitens eine Canalanlage, welche ihren Ausgangspunkt bei Barteln nimmt, über Zimpel am Scheitniger Park vorüber nach der oberen Oder geht, diese vis-à-vis von Leerbeutel überschreitet und dann im **eingeschriebenen** Bogen an der Alten Oder entlang laufend, die Schifffahrts oder Roßschlächterei auf Kletschkauer Terrain erreicht. Endlich drittens eine Modification dieses von den Herren Bauinspectoren Hamel und v. Münstermann ausgearbeiteten Projectes, darin bestehend, daß der Canal nicht schon bei Barteln, sondern erst unterhalb des Strauchwehrs abgezweigt werde, also von Anfang an sich innerhalb des bogenförmigen Laufes der Alten Oder halte. Die Kosten eines jeden dieser Projecte würden auch mindestens 3 Millionen betragen. Vergleiche man die Vorschläge zur Lösung der Aufgabe — Durchführung der Wasserstraße durch die Stadt und Canalanlage — mit einander, so hätte eine Canalanlage, wie die zu dritt genannte, namentlich was die ungehinderte Fahrt, die Anlage vorzüglicher Liegeplätze, die Herstellung einer nutzbaren Verbindung mit der Eisenbahn anlangt, allerdings gewisse Vortheile für sich. Ein Decernent im Ministerium habe sogar geäußert, er begreife gar nicht, wie man für die Fahrt **durch** Breslau sein könne; eine Canalanlage wäre eine directe Wohlthat für Breslau; ganze Stadttheile und viele gewerbliche Anlagen würden im Anschluß an dieselbe neu entstehen können. Erwäge man aber andererseits, daß jedes Schiff, welches mit Theilladungen für Breslau und Oberschlesien den Strom heraufkomme, dann einen Umweg zu machen habe, wenn es an einem der vorhandenen Speicher löschen wolle, — daß Breslau gewissermaßen bei Seite liegen bliebe und ungezählte geschäftliche Verbindungen, welche bei dem Weg **durch** Breslau sich ganz von selbst ergeben müßten, unangeknüpft blieben, — sowie daß bei einer Canalanlage die Verbesserungen der Wasserstraße in Breslau wahrscheinlich ganz unterbleiben oder in weite Ferne gerückt würden, so dürfte wohl der Wunsch gerechtfertigt sein, den Schifffahrtsverkehr **durch** die Stadt geleitet zu sehen. Freilich erfordert die Erfüllung dieses Wunsches Opfer seitens der Stadt. Breslau aber wird sie gern bringen, wenn damit den Interessen der Stadt nachhaltig gedient ist.

Der Vortrag fand seitens der Anwesenden lebhaften Beifall.

---

* **Schlesisches Museum der bildenden Künste.** Neu ausgestellt ist im Kupferstichsaal eine Auswahl von Lichtdrucken nach Zeichnungen des Sandro Botticelli zu Dante's Göttlicher Comödie aus dem Codex der Berliner Museen sowie aus der Reihe der 8 nachträglich in der vaticanischen Bibliothek aufgefundenen Blätter. Die Tafeln sind der im Auftrag der Generalverwaltung der königlichen Museen ausgeführten Publication und dem dazu erschienenen Supplement entnommen.

B. **Verein für Geschichte der bildenden Künste.** Die neunte diesjährige Vereinssitzung fand am 5. d. Mts. im Museum statt. Zur Besichtigung war eine reiche Auswahl werthvoller Bücher und Publicationen von Kunstblättern ausgestellt, welche im Etatsjahr 1886 in den Besitz der Bibliothek des Schlesischen Museums der bildenden Künste übergegangen sind. Im Anschluß hieran sprach Director Dr. Janitsch über die Grundsätze und Gesichtspunkte, nach denen der Ausbau und die stetige Vermehrung der Museumsbibliothek erfolgt. Durch die Erwerbungen des Jahres 1886 ist dieselbe ihrem Ziele, eine möglichst vollständige kunstwissenschaftliche Fachbibliothek zu sein, um ein Bedeutendes näher gekommen. Unter dem Zuwachs d. J. 1886 befinden sich neben Büchern geringeren Umfangs zahlreiche größere Werke von hervorragender Bedeutung, deren hoher Preis dem einzelnen Kunstfreund und Gelehrten ihren Ankauf gar oft unmöglich macht. Gleichmäßig vertheilen sich die Erwerbungen — unter besonderer Berücksichtigung der Kunst der modernen Culturvölker und in knapperer Auswahl für die antike Kunst — auf das Gebiet der Architektur, Skulptur, Malerei, graphischen Künste. Hilfswissenschaften, wie Anatomie, Heraldik u. s. w., haben gleichfalls Berücksichtigung gefunden. Der Vortragende legte für die genannten Gebiete einzelne Werke vor und knüpfte eine kurze Besprechung daran. Für das Gebiet der Handzeichnungen wurde ausführlicher eingegangen auf die Lippmann'sche Publication der Zeichnungen von Botticelli zu Dante's göttlicher Komödie. Für das Gebiet der Kupferstichkunde wurde hingewiesen auf die Publication der internationalen chalkographischen Gesellschaft, die vier Holzschnittfolgen von Dürer, publicirt von der Kunst-Anstalt Helios, sowie die „Stiche und Radirungen von Schongauer, Dürer, Rembrandt in heliographischer Nachbildung mit begleitendem Text von Janitsch und Lichtwark.“ Eine besondere Gruppe unter den vorgelegten Werken bildeten die „Inventare der Bau- und Kunstdenkmäler“ der Rheinprovinz, Provinz Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen u. s. w. Die Zahl der vom Museum gehaltenen Zeitschriften, von denen der Vortragende einzelne Nummern vorlegte, beträgt schon jetzt vierzig. Darunter befindet sich, um nur eine zu nennen, das „Jahrbuch der Kunsthistorischen Sammlungen des Oesterreichischen Kaiserhauses“ mit seinen werthvollen Beilagen (Triumph- und Ehrenpforte des Kaisers Maximilian I.). — Auch das Gebiet der Kleinkunst und des Kunstgewerbes ist durch manche werthvolle Publication vertreten. Speciell für Ornamentstudien wurde hingewiesen auf die II. Serie des polychromen Ornaments von Racinet, auf die von His herausgegebenen Ornamentzeichnungen Hans Holbeins u. a. m. — **Alle vorstehend genannten Publicationen können ebenso wie die aus früheren Jahren stammenden Erwerbungen der Museumsbibliothek während der öffentlichen Besuchsstunden des Instituts im Saal der Kunstdrucke zur Besichtigung erbeten werden.**

□ **Bezirksverein der Innern Stadt** (früher des nordwestl. Theils der i. St.). In der Plenarversammlung vom 11. d. M. wurde nach dem Vortrage des Herrn Dr. Eras über die „Anlage neuer Wehre und Schiffschleusen in Breslau“ von dem Vorsitzenden, Herrn Buchhändler und Stadtverordneten Morgenstern, u. a. die Mittheilung gemacht, daß die Absicht vieler Mitglieder, anläßlich der Aenderung des Vereinsnamens auszutreten, sich erfreulicherweise bis jetzt nicht bewahrheitet habe, daß dagegen bereits zahlreiche Neuanmeldungen erfolgt seien. Der Vorsitzende verlas ferner ein Schreiben, welches von dem Bezirksverein für den östlichen Theil der inneren Stadt an den Vorstand des diesseitigen Vereins gerichtet war, enthaltend die in der letzten Generalversammlung jenes Vereins gefaßte, von uns bereits mitgetheilte Resolution. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß die Annahme einer gewissen politischen Färbung seitens jenes Vereins wohl nicht zu bestreiten sei, und sprach die Hoffnung aus, daß der Wetteifer zwischen beiden Vereinen der Stadt zum Segen gereichen möge.

Z. **Urnenfunde.** In einer zu **Striese**, Kreis Trebnitz, gehörenden Sandgrube waren schon im letztverflossenen Jahre prähistorische Thongefäße und Scherben von solchen, darunter bemalte, gefunden worden, von denen die bemerkenswerthesten Stücke in die Sammlung des hiesigen Museums schlesischer Alterthümer übergingen. Als auch in diesem Jahre neue Funde zu Tage kamen, erbat sich der Vorstand des Museumsvereins von den Eigenthümern der Grube, den Herren Bauergutsbesitzern Gebr. **Viertel**, die Erlaubniß, eine systematische Ausgrabung vornehmen zu dürfen. Am 2. d. Mts. begab sich darum Museums-Assistent **Zimmer** mit einem Breslauer Vereinsmitgliede nach Striese; der Vorsitzende Sanitätsrath Dr. **Grempler** und Dr. **Kunisch**, welch Letzterer zuerst die Aufmerksamkeit auf die in Rede stehende Fundstelle gelenkt hatte, fuhren am Nachmittage nach. Die Sandgrube, welche das Material zum Bau eines Wirthschaftsgebäudes geliefert hatte, liegt etwa 400 Schritt vom Viertel'schen Gehöft entfernt, westlich vom Dorfe. In einer Tiefe von 2—2½ Fuß zeigte sich der Sand innig mit schwarzer Erde gemischt, und in dieser Schicht fanden sich, wo auch immer der Spaten eingesetzt wurde, zahlreiche Scherben feinerer und roherer Thongefäße, sowie Reste verbrannter Knochen, regellos zwischen und unter Geschiebesteinen liegend. Der Pflug oder Menschenhand hatten hier offenbar in früheren Jahren zerstörend eingegriffen, den Inhalt der Gräber durcheinander geworfen und verschleppt. Doch gelang es immerhin noch mehrere schwarze Gefäße, sowie einige Klappern und ein zierliches rothes Töpfchen, gelb bemalt, ein sehr interessantes Stück, zu retten. Erst als die Arbeiter bis zur Tiefe von 1 m und darüber in den gelben Sand, der unberührt schien, hinuntergingen, wurden mehrere noch völlig intacte Begräbnisse aufgedeckt. Es hat also den Anschein, als ob auch hier zwei Beerdigungsplätze übereinander liegen. Unregelmäßige Steinpackung als Deckung der Gefäße wurde nur in zwei Fällen constatirt, Steinkisten waren nirgends zu bemerken. Gemeinsame Orientirung wurde nicht beobachtet. Besonderes Interesse boten zwei Gräber. Das eine barg zwei Knochenurnen und zwei schwarze fein ornamentirte Beingefäße. Das größere Ossuarium, welches durch auflastende und hereingesunkene Steine zerdrückt war, zeigte nicht gewöhnliche Größenverhältnisse, einen Bauchungsdurchmesser von 43 cm und eine Höhe von 40 cm. An anderer Stelle standen dicht nebeneinander ein roher gelber Topf in einem anderen schwarzen, ein dunkles zweihenkeliges Gefäß, sowie sechs umgestürzte Schalen. Zu allerunterst war ein großer „Urnendeckel“ mit seiner Oberseite auf eine dünne Schicht kleiner ausgewählter Granitfindlinge gelegt, ein merkwürdiges Vorkommniß! Es gelang, den ganzen Inhalt des Grabes fast unversehrt zu bergen. Im Ganzen wurden etwa 30 wohl erhaltene Gefäße gehoben, welche die Grundbesitzer so freundlich waren, dem Museum als willkommenes Geschenk zu überlassen. Stein- oder Metallbeigaben waren nicht gefunden worden.

* **Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 1. bis 7. Mai cr. fanden nach dem Wochenbericht des statistischen Amts der Stadt Breslau 61 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 206 Kinder geboren, davon waren 184 ehelich, 31 unehelich, 200 lebendgeboren (102 männlich, 98 weiblich), 15 todtgeboren (6 männlich, 9 weiblich). — Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 177 (mit Einschluß von 11 nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 53 (darunter 16 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 17, über 80 Jahre 7. — Es starben an Masern und Rötheln 1, an Diphtheritis 9, an Keuchhusten 2, an Brechdurchfall 2, an anderen acuten Darmkrankheiten 11, an Gehirnschlag 7, an Krämpfen 13, an anderen Krankheiten des Gehirns 14, an Lungenschwindsucht 20, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 13, an anderen acuten Krankheiten der Athmungsorgane 3, an anderen Krankheiten der Athmungsorgane 23, an allen übrigen Krankheiten 58, in Folge von Verunglückung und nicht bestimmt festgestellter, gewaltsamer Einwirkung 1, in Folge von Selbstmord —. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 30,36, in der betreffenden Woche des Vorjahres 30,07, in der Vorwoche 34,65.

* **Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge.** In der Woche vom 1. bis 7. Mai cr. betrug die mittlere Temperatur + 13,4° C., der mittlere Luftdruck 745,0 mm, die Höhe der Niederschläge 15,31 mm.

* **Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 1. bis 7. Mai cr. wurden 160 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an Variolois 1, an Diphtheritis 23, an Typhus abdom. —, an Scharlach 6, an Masern 129, an Kindbettfieber 1.

A. **Sonntags-Extrazüge nach Freiburg, Salzbrunn, Weckelsdorf 2c.** Vom 19. d. M., sodann jeden folgenden Sonn- und Feiertag werden bis auf Weiteres Vergnügungs-Extrazüge vom Freiburger Bahnhof in Breslau nach Halbstadt bezw. nach Weckelsdorf und Braunau in Böhmen zur Erleichterung des Besuchs des Waldenburger Gebirges, der Weckelsdorfer Felsen und des Stern bei Braunau abgelassen, zu welchen Billets II. und III. Klasse nach Canth, Mettkau, Freiburg, Sorgau, Salzbrunn, Fellhammer, Friedland, Halbstadt, Braunau und Weckelsdorf verausgabt werden. Der Preis der Billets ist derselbe wie im Vorjahre und beträgt beispielsweise für Breslau nach Freiburg 2,2 resp. 1,6 M., nach Salzbrunn 2,9 resp. 2,1 M., nach Friedland (Ausgangspunkt für den Besuch der Adersbacher Felsen) 3,5 resp. 2,5 M., nach Weckelsdorf oder Braunau 4,3 resp. 3,2 M. Für Kinder im Alter von 4—10 Jahren werden Billets zum halben Preise der für Erwachsene verausgabt bezw. werden 2 Kinder in diesem Alter auf ein ganzes Billet befördert. Die Extrazüge verlassen Breslau um 5 Uhr 10 Min. fr. und erreichen Weckelsdorf um 9 Uhr 22 Min. Vorm., Braunau um 9 Uhr 27 Min. Die Abfahrt von Weckelsdorf und Braunau erfolgt um 7 Uhr Abds., die Ankunft in Breslau fahrplanmäßig um 11 Uhr 25 Min. Zwischen Ankunft und Abfahrt der Züge auf den Stationen liegt somit genügend Zeit, die Sehenswürdigkeiten der Umgegend zu besuchen. Gepäckbeförderung ist beim Extrazug ausgeschlossen. Der Billet-Verkauf findet zur Bequemlichkeit für die Reisenden des Extrazuges **schon an den Vorabenden zwischen 7 bis 8 Uhr im Rundbau des Freiburger Bahnhofs** statt. Auch auf den Zwischenstationen werden Billets zur Benutzung des Extrazuges verausgabt.

—d. **Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, Section VIII für den Regierungsbezirk Breslau.** In der heute Vormittag 11 Uhr im Friedrich'schen Saale auf dem Mauritiusplatze abgehaltenen Sectionsversammlung, welche vom Vorsitzenden Herrn C. **Heymann** eröffnet und geleitet wurde, genehmigten die Anwesenden zunächst die erfolgte Neuwahl eines Vertrauensmannes für den 5. Bezirk in der Person des Herrn **Kabus**-Trachenberg. Für den 6. Bezirk (Reichenbach, Nimptsch, Frankenstein) wird Herr **Fiedel**-Frankenstein zum Vertrauensmann, Posthalter **Fritsch**-Reichenbach zum zweiten Vertrauensmann-Stellvertreter, für den 9. Bezirk (Waldenburg, Schweidnitz, Striegau) Herr **Rudolph**-Altwasser zum dritten und Herr **Klinner**-Zobten zum vierten Vertrauensmann-Stellvertreter gewählt. Nach dem hierauf vom Vorsitzenden erstatteten Rechenschaftsbericht pro 1886 gehören der Section 726 Betriebe mit 1702 Arbeitern an. Die Gesammtzahl der Unfälle betrug 10, darunter 2 mit tödtlichem Ausgange und 4 mit einer Kurdauer von mehr als 13 Wochen. Die meisten Unfälle (8) ereigneten sich beim schweren Lastfuhrwerk. Jahresrenten wurden angewiesen: 126,40 M. für Wittwen, 284,40 M. für Kinder, 227,03 M. für Invaliden. Außerdem wurden 127 M. an vorübergehenden Renten bewilligt und 40 M. Beerdigungskosten gezahlt. Für die sodann vom Vorsitzenden erstattete Jahresrechnung pro 1885 wird demselben Decharge ertheilt. Der Etat pro 1887 wird auf die Pauschalsumme von 3000 M. festgesetzt. Zum Schluß beauftragte die Versammlung den Vorsitzenden, bei der am 24. Juni c. in Berlin stattfindenden Delegirten-Versammlung der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft darauf hinzuwirken, daß unter die Unfallverhütungs-Vorschriften eine Bestimmung aufgenommen werde, welche den Kutschern das Auf- und Absteigen vom Wagen während des Fahrens untersage und sie event. unter Strafe stelle.

r. **Uebernahme von Kassen-Rendanturen Seitens der Lehrer.** Wie uns mitgetheilt wird, hat der Minister der geistl. 2c. Angelegenheiten neuerdings bestimmt, daß einem Lehrer die Genehmigung zur Uebernahme des Postens eines Kassen-Rendanten nur ausnahmsweise widerruflich in Fällen zu ertheilen ist, in denen die Genehmigung durch das öffentliche Interesse geboten erscheint und zugleich ausreichende Garantien dafür vorliegen, daß Nachtheile für die berufsmäßige Wirksamkeit des Lehrers nicht zu besorgen sind.

Ausgenommen sind jedoch solche Rendanturen, die ohne jede Vergütigung nur ehrenamtlich verwaltet werden. Zur Uebernahme derartiger soll die Genehmigung wie früher ohne Weiteres ertheilt werden.

---

jedes Mitglied der Secte ohne Zögern sich ins Wasser oder Feuer stürzen oder irgend eine Schändlichkeit begehen würde, sobald die „Heilige“ es verlangt. . . Was übrigens im Schooße dieser Verrückten vor sich geht, weiß man nicht, die Andachtsübungen werden hinter verschlossenen Thüren abgehalten und kein Chlysty darf das Geringste über die Vorgänge im „Schiff“ weitererzählen. Indeß muß gleichwohl der Eine oder Andere nicht reinen Mund bewahrt haben, denn man weiß, daß die Chlysty sich kasteien und gegenseitig geißeln und im Zustande der höchsten Nervenüberreizung sehr wüste Dinge vollführen. Die „Gottesmutter“ scheint bei diesen letzteren durchaus keine passive Rolle zu spielen. Unter den Frauen, welche letztere Stellen einnahmen, gab es — freilich, so viel man weiß, nur in früherer Zeit — auch hochgestellte Personen, ja, sogar Großfürstinnen und Prinzessinnen.

Die berühmteste Gottesmutter war die Akulina Iwanowna der Skopcen-Secte. Der Gründer der Secte war der Bauer Seliwanow, der um 1770 in den Gouvernements Tula, Orel und Tambow sein Wesen trieb. Später erregte er die Aufmerksamkeit der Matrone Akulina Iwanowna, welche der Secte der Chlysty als „Himmelskönigin“ vorstand. Gelegentlich einer Andachtsübung hatte sie hysterische Anfälle und erklärte nun den anwesenden Seliwanow für die „wahre Incarnation Gottes“. Hierauf fiel diese russische Pythia. Seliwanow begann nun allerlei Unfug, wurde schließlich verhaftet, geknutet und nach Sibirien verschickt.

Der neue Messias fand indeß bald einen Stellvertreter, den Bauer Schilow, der weiter wüthete. Auch er wurde gefänglich eingezogen und nach Schlüsselburg gebracht, wo er starb. Dort hat er auch sein Grab gefunden, eine Art Mausoleum, und seine heutigen Anhänger lassen durch eine Oeffnung die Hostie derart herab, daß sie den Körper des Verewigten berührt und dadurch geheiligt wird. — Trotzdem verblieb Seliwanow in größerem Ansehen, als sein Rivale Schilow. An der Stelle, wo er seinerzeit geknutet wurde, errichtete man eine Capelle. Seliwanow war und blieb der Skopcen-Heiland. Zur Zeit des Pugatschew'schen Aufstandes that er noch ein Uebriges, indem er sich für den verstorbenen Czaren Peter Feodorowitsch ausgab, während sich die Akulina, welche ursprünglich als „Mutter“ des Skopcengottes aufgetreten war, nunmehr in die Rolle der verstorbenen Czarewna Elisabeth Petrowna sich schickte. Dabei blieb sie wie vorher die Himmelskönigin. Paul I. faßte die Sache von der heiteren Seite auf, ließ Seliwanow aus Sibirien kommen und nach kurzer Unterredung mit dem Schwärmer denselben in ein Irrenhaus sperren. Er war achtzig Jahre alt, als ihn Kaiser Alexander I. begnadigte und in St. Petersburg frei herumgehen ließ.

Nun war Seliwanow ein Modeheld, an den sich der größte Theil der Petersburger, zumal Damen, herandrängte. Das erregte bald Anstoß, so daß der Skopcengott abermals verbannt wurde, diesmal in das Kloster Spasso-Jewsimjew zu Sustal im Gouvernement Wladimir. Dort starb er, 112 Jahre alt, am 20. Februar 1832, nachdem er zwölf Jahre in diesem zweiten Exil zugebracht hatte.

Als ich während meines Aufenthaltes in Südrußland vor elf Jahren bei zufälligem Anlasse nach der Skopcen-Muttergottes Erkundigungen einzog, sagte man mir, man wisse nicht, wie und wo sie geendet. Wahrscheinlich ist sie „in den Himmel aufgefahren“ und waltet dort über ihre gläubige Heerde auf Erden. Das stimmt zu der Versicherung der Skopcen, daß auch Seliwanow nicht gestorben sei, sondern in Irkutsk sich verborgen halte, um gelegentlich wieder zu erscheinen . . . Uebrigens hat es noch eine zweite berühmte skopcische Himmelskönigin — Anna Jasonowna — gegeben. Ueber sie konnte ich nichts Näheres erfahren.

Dagegen erhielt ich gelegentlich aus der Lectüre des merkwürdigen Buches „Raskolniki i Ostroshniki“ (Sektirer und Sträflinge) von Siwanow die Kunde von einer wunderlichen Heiligen, welche kaum jemals von dieser Erhöhung Kenntniß erhalten haben mochte. Bei der russischen Secte der „Lebend zur Ruhe Gegangenen“ ward das Buch „Consueler“ einer „frommen, fremden Frau“ der Ausgangspunkt einer neuen Bibel. Jenes Buch ist aber nichts Anderes, als — „Consuelo“ von George Sand! Dort ist von den Taboriten die Rede und Abrassim, das Haupt der genannten Secte, scheint das Buch der französischen Romanschriftstellerin als eine Art von Offenbarung angesehen zu haben.

Zu guter Letzt — es sind wenige Jahre her — hat uns ein genialer russischer Schriftsteller tiefer in diese abstracte Welt eingeführt. Es ist Dostojewskij, dessen Roman „Raskolnikow“ eines der in psychologischer Hinsicht merkwürdigsten Bücher ist, die es giebt. Das Seelenleben eines durch falsche Theorien irregeleiteten Menschen, der das Gute will und doch das Böse thut, ist mit einer Wahrheit geschildert, die alles Aehnliche, was über derartige Conflicte geschrieben wurde, weit hinter sich läßt. Es ist ein erschütterndes, athembeklemmendes Seelengemälde.

A. von Schweiger-Lerchenfeld.

Ludwig Uhland. Lichtstrahlen aus seinen Werken neben einer biographischen Charakteristik und dem Portrait des Dichters. Ein Gedenkblatt zum 100jähr. Geburtstage Ludwig Uhlands am 26. April 1887 von Dr. Adolph **Kohut**. Dresden und Leipzig. E. Pierson's Verlag. — Wir möchten wünschen, daß diese „Lichtstrahlen“ recht vielen in die Augen fallen möchten, damit der Leser durch die „in systematischer Ordnung zusammengelesenen Goldkörner“ aufmerksam werden auf die ungewöhnliche Bedeutung des großen Dichters und Denkers, der in seinen Schriften unserem Volke einen außerordentlich werthvollen Schatz hinterlegt hat, den zu heben aber noch viel zu wenige versucht haben.

In demselben Verlage erschien von demselben Verfasser **„Gegen den Strom“.** Gesellschaftliche Kreuzzüge. — Wie viele haben nicht schon mit rühmenswerthem Eifer der in Voreingenommenheit dahin lebenden Menschheit ein Spiegelbild ihres verkehrten Treibens vorgehalten und doch, wie gering ist der Erfolg! Mundus vult decipi ist ein nur zu wahres Wort, und wenn wir auch keinen allseitigen Erfolg von den „Kreuzzügen“ Dr. Kohuts voraussehen können, wir werden — und wohl auch der Herr Verfasser — zufrieden sein, wenn ein auch nur theilweiser Erfolg zu verzeichnen sein würde. Der aber steht zu erwarten, wenn recht viele mit ihm „Gegen den Strom“ schwimmen, das heißt ankämpfen gegen „Ordens- und Titelsucht“, „Musik- und Gesangsrummel“ und gegen das Treiben so mancher „Denkmals- und Jubiläumsvereine“ und beachten, was er über „die Gesellschaft und die Literatur“, „die Vorliebe für alles Fremde“, „Theaterdirectoren, wie sie sein sollen“ und über „Das Reisefieber“ sagt. Die Schrift verdient allseitige Beachtung.

Dunst. Roman von Karl Frenzel. Stuttgart und Leipzig. Deutsche Verlags-Anstalt. Gelegentlich einer „Versammlung der Arbeiterinnen im Eiskeller“ macht uns Karl Frenzel mit den Hauptpersonen seines neuesten Romans bekannt. Der Illustrator Herbert Blum vermittelt unsere Bekanntschaft mit Hermann Gierig, dem Socialdemokraten und Reichstagsabgeordneten, mit Sibylle Brand, der Wittwe eines reichen Fabrikherrn und deren „Dienerin“ Leonore, und reichlich wird uns Gelegenheit geboten, durch den die moderne Gesellschaft einhüllenden Dunst hindurch die eigentlichen Triebfedern ihrer Handlungsweise klar zu erkennen. Der Verfasser zeigt uns, daß „trotz des Dampfes und Dunstes der socialistischen Träume und Hoffnungen, der die Welt einhüllt und berückt, die derbe und entschlossene Ichsucht noch immer den einzig richtigen Weg zum Hafen des Reichthums, der Behaglichkeit und des Genusses geht.“ Es klingt hart, was Frenzel in seinem durch psychologische Tiefe anziehenden Romane nachweist, aber kaum wird Jemand sagen, daß er mit Unrecht behauptet: „In der Enge der Welt ist eben nur Raum für die, welche ihre Ellenbogen zu gebrauchen wissen, die übrigen sind da, um zertreten zu werden, denn auch dies Zertretenwerden gehört, vom Wurm aufwärts zu den Gestirnen, zur Harmonie des Alls.“ Das geschmackvoll ausgestattete Werk des durch seine scharfe und feine Lebensbeobachtung ausgezeichneten Verfassers sei allgemeinster Beachtung bestens empfohlen. L.

§ **Von der Schneekoppe.** Die Restauration auf der Schneekoppe wird bereits einige Tage früher, als ursprünglich beabsichtigt, nämlich schon Donnerstag, den 19. c., eröffnet werden. Für die Pfingstfeiertage hat sich bereits zahlreicher Besuch daselbst angekündigt. Von der Section Breslau des Alpenclubs und noch 11 anderen Sectionen, ferner von zwei höheren Lehranstalten aus Berlin sind Anmeldungen eingegangen, in welchen gleichzeitig auch Nachtlogis gewünscht wird. In den Wochen nach Pfingsten sollen auf der Schneekoppe einige Baulichkeiten ausgeführt werden. In dem österreichischen Koppenhause wird ein neues Zimmer ausgebaut und auf dem diesseitigen Gebäude eine größere Dachreparatur ausgeführt. Das Matratzenlager wird von dem Corridor der zweiten Etage entfernt und zum Theil in einer Kammer derselben Etage, zum Theil in dem südlichen Anbau der preußischen Baude untergebracht. Durch diese Aenderung sollen getrennte Schlafräume für Herren und Damen geschaffen, andererseits aber auch die Zimmergäste vor dem Spectakel geschützt werden, der stets auf dem Matratzenlager Platz greift. Der große Speisesaal der preußischen Baude wird ebenfalls renovirt. Die Koppenhäuser enthalten gegenwärtig 40 Fremdenzimmer und 110 Betten. Die Zahl der Matratzen beträgt 40.

ββ **Verein Breslauer Kunst-Studirender.** In der am Sonnabend, 14. cr., im Vereinslocale stattfindenden Versammlung des Vereins Breslauer Kunst-Studirender wird Herr Zeichenlehrer Peltz einen Vortrag über das Thema: „Vereinsleben und Vereinsstreben" mit besonderer Berücksichtigung des Vereins Breslauer Kunst-Studirender halten. Der Vortrag, zu welchem Gäste willkommen sind, beginnt an dem bezeichneten Tage um 9 Uhr Abends. — Von dem Verein wird die Veranstaltung eines Sommerausflugs beabsichtigt.

ββ **Erweiterungsbau des fürstbischöflichen Alumnats-Gebäudes.** Der Aufbau des neuen, sich an das Ufer der Oder anlehnenden Flügels zur erforderlichen Erweiterung des alten Alumnatsgebäudes ist, was die Mauerungsarbeiten anbetrifft, nahezu beendet, so daß man dieser Tage mit der Aufstellung des Dachstuhles beginnen konnte. Das projectirte neue Dach entspricht in seiner Form dem des alten Gebäudes, wie denn überhaupt der Neubau, allerdings mit einzelnen im Stile gothisirenden Modificationen, in der Grundidee mit den einfachen Architecturformen des älteren Bauwerks möglichst harmonirt. Trotz seiner architektonischen Einfachheit wirkt der Neubau durch die Masse und er wird, wie schon jetzt ersichtlich, einen neuen nicht unebenbürtigen Factor für die gewinnende Perspective bieten, welche die Oderpartie der Holteihöhe gegenüber, von der letzteren aus genossen, gewährt, zumal die die Façade flankirenden Vorbauten belebend wirken.

* **Revision.** Im Laufe dieses Monats findet eine Revision der sämmtlichen öffentlichen Fuhrwerke (Droschken, Omnibus, Fiaker, Straßen-Eisenbahnwagen) statt.

* **Von der Elisabethkirche.** Heute Nachmittag hat die Feuerwehr die Untersuchungs- und Renovationsarbeiten an dem Blitzableiter des Kirchthurms beendigt. Die Arbeit hat mehrere Tage in Anspruch genommen, weil die Feuerwehrleute, nach Entfernung schwerer Granitplatten, mehrere Meter tief in den Erdboden eindringen mußten. Die Grube ist wieder zugeschüttet und der Schutzzaun entfernt worden.

=ββ= **Schiffsunfall.** Der Schiffer Meisner aus Neuendorf, welcher Cement in Oppeln eingeladen, hatte das Unglück unterhalb Goldschwitz auf eine Sandbank festzufahren. Hierdurch bekam der Kahn eine andere Wendung und wurde durch den Strom auf eine Steinbuhne geworfen, so daß er leck wurde und auf den Grund ging.

+ **Recognoscirt.** Am 7. d. Mts. erschoß sich, wie wir s. Z. mitgetheilt, im Eichenparke zu Pöpelwitz ein 20—25 Jahre alter junger Mann. Es ist jetzt festgestellt worden, daß der jugendliche Selbstmörder ein Kellner aus Ratibor ist, der sich aus Furcht vor Strafe das Leben genommen hat. (s. unter Ratibor.)

+ **Aufgefundener Leichnam.** An der Kahnbaustelle von Silbernagel wurde am 11. c. der Leichnam eines circa 20—25 Jahre alten, unbekannten Mannes aus der Oder gezogen. Der Entseelte, welcher schon längere Zeit im Wasser gelegen hat, ist von mittelgroßer Statur, hat blondes Haar, volles Gesicht und ist mit grau carrirtem Anzug, schwarzen Hosen und Halbstiefeln bekleidet. Die Leiche wurde nach dem kgl. Anatomiegebäude geschafft.

+ **Verhaftung.** Drei jugendliche Burschen, welche ihren Meistern aus der Lehre entlaufen sind, wurden in der vorigen Nacht bei einem Kellereinbruch auf der Museumsstraße abgefaßt. Bei ihrer Vernehmung stellte es sich heraus, daß sie in den letzten Wochen auch eine Selterhalle am Schweidnitzer Stadtgraben und außerdem noch mehrere Keller auf der Berliner- und Schwertstraße erbrochen hatten.

Z. **Hirschberg,** 12. Mai. [Uebertretung des Preßgesetzes. — Betrug.] Wegen Uebertretung des § 6 des Preßgesetzes, wonach auf jeder Druckschrift der Name des Druckers oder des Verlegers bezw. des Verfassers angegeben sein muß, hatten sich gestern sechs hiesige Anhänger der Socialdemokratie vor dem Schöffengerichte zu verantworten. Sie waren sämmtlich geständig, vor der letzten Reichstagswahl ein Wahlflugblatt der socialdemokratischen Partei, welches den obigen Bestimmungen des Preßgesetzes nicht entsprach, in Hirschberg, Lomnitz, Reibnitz und Stonsdorf ausgetragen, an bestimmte Personen vertheilt und in den Hausfluren niedergelegt zu haben. Der Staatsanwalt hielt nicht blos den mitangeklagten Herausgeber des Flugblattes, sondern auch die Verbreiter für schuldig und beantragte, da die Empfänger desselben belästigt worden seien, von einer Geldstrafe abzusehen und auf eine Haftstrafe zu erkennen. Da der Herausgeber des Flugblattes, der Cigarrenmacher Hanschke, offenbar einer geheimen Verbindung angehöre, die socialdemokratische Tendenzen verfolge, stellte er gegen ihn den Antrag auf eine 14tägige und gegen die anderen Angeklagten auf eine achttägige Haftstrafe. Rechtsanwalt Heilborn, als Vertheidiger aller Angeklagten, bestritt jede Schuld der Verbreiter des Flugblattes, da dieselben kein Interesse daran haben konnten, nachzusehen, ob die ihnen von Hanschke zur Vertheilung übergebenen Blätter den Namen des Druckers führten oder nicht. Hanschke habe sich einer Uebertretung des Preßgesetzes schuldig gemacht, doch seien die Ausführungen des Staatsanwalts, nach denen auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen sei, nicht gerechtfertigt. Der Gerichtshof verurtheilte H. zu 50 Mark Geldstrafe, und die übrigen Angeklagten sprach er frei. — Eine Frauensperson aus Herischdorf hatte kürzlich hier einen Termin und hatte den Her- und Rückweg nach Hirschberg zu Fuß zurückgelegt. Bei Erhebung der ihr zukommenden Zeugengebühr gab sie jedoch an, sie habe wegen eines kranken Fußes den Weg hierher in einem Wagen zurückgelegt, und zurück werde sie den Omnibus benutzen. Auf Grund dieser falschen Aussagen erhob sie höhere als die ihr zukommenden Gebühren. Sie gestand vor dem Schöffengericht ihre Schuld ein und wurde wegen Betrugs zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

— oe. **Bunzlau,** 11. Mai. [Tages-Chronik.] In der nach Schluß der gestrigen öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung stattgehabten geheimen Sitzung kam, im Auftrage des Magistrats, ob gegen die definitive Anstellung des Technikers Förster als Gasanstalts-Inspector mit dem Gehalt von 2000 Mark, von 5 zu 5 Jahren bis 2700 Mark steigend, und gegen eine sechsmonatliche Kündigung Einwendungen erhoben werden, zur Verhandlung. Die Versammlung hatte gegen die Anstellung Försters nichts einzuwenden, welche somit perfect ist. — Die Schützengilde hielt gestern Abend eine Generalversammlung, in welcher für das am 5., 6. und 7. Juli stattfindende Königsschießen ein Etat mit 1069 Mark festgesetzt wurde.

K. **Ohlau,** 10. Mai. [Communales.] In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde u. a. mitgetheilt, daß der Herr Regierungs-Präsident, um einen regelmäßigen Turnus im Wechsel der Magistratsmitglieder zu erzielen, die Wiederwahl des Rathsherrn Wolff statt auf 6 Jahre nur auf 5 Jahre 4 Monate bestätigt hat. Der Magistrat hat hiergegen remonstrirt. Genehmigt wurde ein Statut über die Amtsbesoldung der Lehrer an der hiesigen Volksschule, durch welches die Gehaltsscala, wonach das Maximalgehalt von 1800 Mark in 25 Jahren erreicht wurde, dahin abgeändert wird, daß nunmehr die Lehrer schon nach 20 Jahren in das Höchstgehalt eintreten. Bewilligt wurden 2300 M. für eine Umwährung eines Theils des zur Erweiterung des Communal-Friedhofes angekauften Terrains. Beschlossen wurde die Erbauung eines zweiten Gasbehälters auf der Gasanstalt. Wegen Ankaufs des erforderlichen Terrains sollen noch weitere Verhandlungen gepflogen werden. Die Vorlage, zur Regulirung des kleinen Reitplatzes und der anliegenden Straßen eine Anleihe von 54 000 Mark aufzunehmen, wurde vertagt.

=ch. **Oppeln,** 11. Mai. [Theater.] Seit dem 1. d. M. erfreut uns Theaterdirector Dittrich mit seinem aus tüchtigen Kräften bestehenden Ensemble durch sehr gediegene Vorstellungen, denen an den ersten Abenden noch ein besonderer Reiz durch das Auftreten der Soubrette Fr. Anna Schramm verliehen war. Des Weiteren hat Herr Dittrich jetzt einen Operetten-Cyclus, zu welchem noch Kräfte vom Stadttheater in Görlitz engagirt sind, begonnen und bereits durch die zweimalige Aufführung der Operette „Don Cesar" den Beweis geliefert, daß er mit diesen Kräften auch innerhalb des bescheidenen Rahmens der hiesigen Theaterverhältnisse allen gerechten Anforderungen in vollstem Maße zu genügen weiß. Wie wir hören, verläßt uns Herr Dittrich leider Ende dieser Woche, um am künftigen Sonntag in Kattowitz einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen.

---

r. **Tarnowitz,** 11. Mai. [Vom Realgymnasium.] Die hiesigen städtischen Behörden hatten sich schon wiederholt an das Cultusministerium mit dem Antrage auf Erhöhung des zur Unterhaltung des städtischen Realgymnasiums bereits gewährten Staatszuschusses bezw. Verstaatlichung dieser Schulanstalt gewandt. Auf eine erneute Vorstellung ist Ende des vergangenen Monats ein Bescheid des Cultusministers an den hiesigen Magistrat gelangt, nach welchem die Verstaatlichung des Realgymnasiums mit einer Steigerung des bereits den Betrag von rund 8300 M. jährlich erreichenden Staatszuschusses zu den Kosten der Anstalt um mehr als 15 000 M. jährlich von der Staatsregierung nicht in Aussicht genommen werden kann. Die Regierung lehnt ein näheres Eingehen auf die Verstaatlichungsanträge der Stadt zur Zeit überhaupt ab, da unter Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes das Fortbestehen des Realgymnasiums bis zum Jahre 1890 als gesichert anzusehen ist. Die Stände der Kreise Beuthen OS., Kattowitz, Zabrze und Tarnowitz, die Oberschlesische Bergbau-Hilfskasse hierselbst und der Graf Henckel von Donnersmarck auf Naklo sind nämlich bis Ende des Jahres 1889 zur Zahlung eines jährlichen Zuschusses zur Unterhaltung des Realgymnasiums von 6000 M. bezw. 6000 M. und bezw. 3000 M., zusammen 15 000 M., verpflichtet. Wenn nun auch nach Einziehung dieser Beträge, des bezeichneten Staatszuschusses von rund 8300 M. und der auf ca. 15 500 M. etatisirten jährlichen eigenen Einnahmen der Anstalt (Schulgeld ꝛc.) die Kämmereikasse zu deren Unterhaltung nur noch einen verhältnißmäßig geringen Zuschuß von jährlich rund 4300 M. zu zahlen hat, so ist dies für die Commune Tarnowitz noch immer sehr viel, denn der jährliche aus Kämmereimitteln für Schulzwecke aufzuwendende Betrag hat bereits die Höhe von 38 825 M. erreicht. Die Communalabgaben hierselbst betragen 182 pCt. der gesammten Staatssteuern und 319 pCt. der Staats-Einkommen- und Klassensteuer. Unter Mitanrechnung der Provinzial-Kreis- und Cultus-Abgaben erreichen die gesammten Communalabgaben schon jetzt die Höhe von 256 pCt. der gesammten Staatssteuern und 450 pCt. der Staats-Einkommen- und Klassensteuer.

---

a. **Ratibor,** 11. Mai. [Auswanderer. — Selbstmord.] Seit dem vergangenen Sonntag passirten täglich durchschnittlich 60 Auswanderer den hiesigen Bahnhof. Die Agenten begleiteten die Auswanderer bis hierher und scheinen ihre Maßregeln auf das Beste getroffen zu haben, da nur wenige Personen wegen ungenügender Baarmittel von der Weiterreise ausgeschlossen wurden. — Ein Kellner des Bruck'schen Hotels „zum Prinzen von Preußen" traf, als er kürzlich im Hofe nach Vögeln schoß, eine gerade vorbeigehende Dame, welche durch die ihr in das Gesicht gedrungenen Schrotkörner erheblich verletzt wurde. Der junge Mann entfloh aus Furcht vor der ihm drohenden Strafe und hat sich laut einer hierselbst eingelaufenen amtlichen Meldung zu Pöpelwitz bei Breslau erschossen.

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 12. Mai.

Der Vorsitzende, Stadtv. Freund, eröffnet die Sitzung gegen $4^1/_2$ Uhr mit einigen geschäftlichen Mittheilungen ohne allgemeines Interesse. In die Erledigung der Tagesordnung eintretend, erklärt sich die Versammlung zunächst mit der vom Magistrat vorgeschlagenen Art und Weise der

Verwendung der im Rechnungsjahre 1886/87 ohne besondere Bestimmung eingegangenen Geschenke einverstanden. Im Weiteren genehmigt sie die Entnahme von 8650 M. aus dem Haupt-Extraordinarium der Kämmerei pro 1886/87 zur Verstärkung mehrerer Titel bei der Verwaltung der Canal-Bauwerke, sie erklärt sich ferner mit der Verpachtung der Schorerde auf dem Platze hinter dem Garnison-Kirchhofe an den Rittergutsbesitzer Jul. Schottländer, sowie mit der Verpachtung der Jagd auf den Gutspachtländereien und den Dominialforstländereien zu Riemberg, Hauffen ꝛc. an den Rittergutsbesitzer v. Salisch auf Perruschen bei Stroppen einverstanden.

Fluchtlinienplan. In Erledigung eines Ersuchens der Versammlung hat Magistrat einen Fluchtlinienplan zur Verlängerung der Graupenstraße bis zum Roßmarkte aufgestellt, den er der Versammlung gemäß § 1 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 behufs Zustimmung übersendet. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Ehrlich, wird die Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß V beschlossen. Von dem

Berichte des Magistrats, betreffend die Benutzung der Volksbibliotheken (s. Nr. 319 d. Ztg.), nimmt die Versammlung Kenntniß. Mit den

Bedingungen zur Neuverpachtung zweier, zu den sogenannten Stephan'schen Vermächtnißäckern gehörigen Parzellen erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Verstärkung verschiedener Titel einzelner Verwaltung, darunter auch die von uns in Nr. 319 d. Ztg. erwähnte in Höhe von 139,15 M. für Zwecke des Feuerlöschwesens, wird bewilligt. Bezüglich des Antrages des Magistrats, betreffend die

Vereinigung der Functionen eines Brandmeisters und der des Marstall-Inspectors empfiehlt Stadtv. Kärger die Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß V. Die Versammlung beschließt demgemäß. Die

Lieferung von fünf neuen Karren für die Straßenbereinigung wird nach kurzer Discussion auf Antrag des Referenten Stadtv. Vogt dem Stellmachermeister Brücke übertragen. Ein weiterer Antrag des Magistrats betrifft die

Lieferung von Petroleum für die Straßenbeleuchtung. Magistrat hatte, wie erinnerlich, beantragt, daß für die Lieferung des zur öffentlichen Straßenbeleuchtung erforderlichen Petroleums der Firma Gebrüder Kolker der Zuschlag ertheilt werde. Der bezügliche Antrag wurde seiner Zeit mit einem Schreiben der Firma Fanty u. Joachimssohn dem Magistrat zur nochmaligen Erwägung zurückgesandt. Dieser erwidert nunmehr, daß er seinen Antrag aufrecht erhalte. Stadtv. Geier empfiehlt, die Versammlung wolle sich nunmehr mit dem Antrage des Magistrats einverstanden erklären, nachdem nachgewiesen worden sei, daß die Offerte der Firma Fanty u. Joachimssohn nicht den gestellten Bedingungen entsprechend abgegeben und eigentlich nur ein Nachgebot sei.

Demnächst referirt Stadtv. Milch über die Vorschläge des Magistrats bezüglich der Abänderungen des Reglements, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Beamten der Stadt Breslau. Der Ausschuß II, an welchen die Vorlage zur Vorberathung überwiesen worden war, empfiehlt, die Magistratsvorlage mit der Maßgabe zu genehmigen, daß statt 100 000 Mark, wie Magistrat vorschlägt, nur 50 000 Mark als Gründungsfonds der Kasse überwiesen werden. — Der Referent empfiehlt die Anträge des Ausschusses. Obgleich Magistrat einen Gründungsfonds nicht für erforderlich erachte, schlage er dennoch einen solchen Fonds vor, da sonst die königliche Regierung ihre Genehmigung nicht ertheilen würde. Im Ausschusse habe man zunächst festzustellen sich bemüht, ob die Einstellung einer Summe von 100 000 M. auf einer ziffermäßigen Ermittelung desjenigen Betrages beruhe, der zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kasse nöthig sein würde; da dies nicht der Fall sei, glaubt der Ausschuß, daß eine Summe von 50 000 M. zu besagtem Zwecke genügend sei, und er schlug daher die Bewilligung dieser Summe vor, um endlich einmal die Sache unter Dach und Fach zu bringen. Zweitens habe die Königl. Regierung die Streichung des Punktes verlangt, nach welchem durch Gemeindebeschluß die Verbindlichkeiten zum Eintritt in die Kasse sämmtlichen städtischen Beamten auferlegt werden kann. Der Ausschuß empfiehlt auch hier die Zustimmung, weil zu erwarten sei, daß in Zukunft kein Beamter angestellt werden würde, der nicht vorher zum Beitritt verpflichtet worden wäre. Ferner verlange die Regierung, daß bezüglich der Elementarlehrer, welche auf Grund § 6 der städtischen Wittwen- und Waisenkasse beitreten, die Bestimmungen des Gesetzes und Reglements, betreffend die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Elementarlehrer, in keiner Weise berührt werden. Endlich sei der Ausschuß auch damit einverstanden, daß die künftigen Wittwen und Waisen derjenigen zur Zeit der Eröffnung der Kasse im Dienst befindlichen beitrittsberechtigten Beamten und Lehrer, welche es ablehnen, der Kasse beizutreten, irgend welche Unterstützungen aus Gemeindemitteln nicht zu erwarten haben, insoweit ihnen eine solche gesetzlich nicht anderweit zustehen sollte. — Die Versammlung genehmigt ohne Discussion die Anträge des Ausschusses.

Verwaltungsstreitsache. Magistrat überreicht der Versammlung Abschrift der Klageschrift des Kaufmann Ziegler hierselbst wider die Stadtverordneten-Versammlung wegen zurückgewiesener Ungiltigkeits-Erklärung der am 22. bis 25. Novbr. 1886 stattgehabten Stadtverordneten-Ergänzungs- und Ersatzwahlen. An Stelle des verhinderten Referenten, Stadtv. Kirschner, referirt Stadtv. Milch und beantragt, die beiden Herren Vorsteher der Versammlung, Justizrath Freund und Rechtsanwalt Kirschner, mit der Vertretung der Versammlung zu beauftragen, und zwar mit dem Rechte, sich gegenseitig zu substituiren. Stadtv. Markfeldt wünscht Auskunft, ob Magistrat mit der Einlassung auf die Klage einverstanden sei und aus welchem Fonds die etwa entstehenden Kosten zu decken sein würden.

Stadtv. Milch erwidert, daß eine Zustimmung des Magistrats nicht erforderlich sei. Sollten Kosten erwachsen, so würde seinerzeit ein diesbezüglicher Antrag zu stellen sein. Im Uebrigen verfüge die Versammlung über einen Fonds, aus dem die Kosten event. zu bestreiten sein würden.

Die Versammlung tritt dem Antrage des Referenten bei.

Im Anschluß an den Gegenstand kommt Stadtv. Markfeldt wiederum auf die von einer Seite angestrebte Theilung der I. Abtheilung in einzelne Bezirke zurück, die er für möglich hält, wenn man diejenigen Bezirke auslese, welche im zweiten resp. vierten Jahre nicht mitwählen sollen. Dadurch werde eine Theilung der Abtheilung ohne eine Auflösung der Versammlung möglich.

Stadtv. Milch weist dem gegenüber nach, daß der vom Vorredner empfohlene Ausweg gesetzlich unzulässig und undurchführbar ist.

Der Vorsitzende bemerkt, daß, da er selbst und sein Stellvertreter mit der Vertretung der Versammlung betraut seien, voraussichtlich keine allzugroßen Kosten aus dem Processe erwachsen würden.

Ankauf von Terrain zu Schulzwecken (s. Nr. 304 d. Ztg.). Magistrat beantragt: 1) daß zu dem der Stadtgemeinde gehörigen Grundstück Fürstenstraße 23/29 das an dasselbe grenzende Grundstück Kleine Fürstenstraße 16 mit einem Flächenraum von 11,6 a für den Preis von 45 000 Mark von den Besitzern, Particulier Zimmer'schen Erben, erworben; 2) das auf ersterem Terrain zu erbauende, durch Beschluß der geehrten Versammlung vom 25. Februar 1886 im Project genehmigte 24klassige Schulhaus unter Zuhilfenahme des neu zu erwerbenden Terrains zu einem 30klassigen Schulhause erweitert und nach dem beifolgenden Project vom 20. März umgeändert und veranschlagt; 3) daß der oben bezeichnete Kaufpreis von 45 000 Mark zunächst vorschußweise gedeckt werde.

Die Versammlung überweist die Vorlage den Ausschüssen III und V.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen $5^1/_2$ Uhr.

Handels-Zeitung.

Breslau, 12. Mai.

⊙ **Vom oberschlesischen Eisenmarkte.** Früher als man erwartet hatte, nämlich schon vorigen Sonntag, langte in Sosnowice die telegraphische Mittheilung der neuen Zollaufschläge auf die diversen Eisenwaaren, darunter Roheisen, ein mit dem Ukas, dass dieselben sofort in Kraft zu treten hätten, so dass die Seitens der hiesigen Hochofenwerke noch Montags vorgenommenen Roheisen-Verladungen für die russischen Grenzwerke nicht mehr zu dem bisherigen Zollsatze die Grenze passiren durften und zurückdirigirt werden mussten. Für die oberschlesische Hochofen-Industrie ist diese neueste Massregel der russischen Regierung ein harter Schlag, wenn man bedenkt, wie lebhaft sich das Exportgeschäft von Roheisen nach Russland in diesem Jahre entwickelt hatte, und dass im vorigen Jahre ein Quantum von 1 300 000 Ctr. Roheisen vom hiesigen Revier über die Grenze gegangen war. Für eine geraume Zeit ist durch diese russischen Massnahmen der Export oberschlesischen Roheisens nach den jenseitigen Filialwerken Katharinahütte, Milowicer- und Puschkinwerk allerdings völlig abgeschnitten, indessen prophezeit man der prohibitiven Höhe der jetzigen Zollsätze für Roheisen unter den Interessenten keinen allzu langen Bestand, indem man dieselben für die Dauer als unhaltbar bezeichnet und der Vermuthung Raum giebt, dass eine Ermässigung derselben nicht als ausgeschlossen zu betrachten sein dürfte. Vorläufig sind dieselben durch die reichen, aufgestapelten Vorräthe auf eine Reihe von Monaten vollständig gedeckt, sodass eine ungünstige Rückwirkung der Zollerhöhung auf die Abschlüsse der mit russischen Filialwerken engagirten hiesigen Unternehmungen für die nächste Zeit nicht zu befürchten steht. Wenn auch die lediglich auf den Verkauf von Roheisen arbeitenden und angewiesenen Hochofenwerke die Einbusse dieses Absatzes von Roheisen schwer empfinden werden, und der gesammte Hochofenbetrieb im Reviere an sich darunter zu leiden haben wird, so ist doch die pessimistische Auffassung des Einflusses der russischen Zollmassnahmen auf diejenigen Werke, welche zwar in Russland Filialwerke haben, hier aber nicht Hochofenbetrieb, sondern Walzwerks-Industrie zum Hauptgegenstande ihres Betriebes haben, wie die Königslaurahütte, Friedenshütte und Bethlen-Falvahütte, übertrieben, denn für die Schwierigkeit der russischen Zollpolitik bietet ihnen der neue Verband oberschlesischer Walzwerke mit seinem ausserordentlich segensreichen Einflusse auf die Rentabilität der hiesigen Unternehmungen eine werthvolle Entschädigung. Das Walzeisen-Geschäft nimmt erfreulichen Fortgang; die Ordres gehen in ungeschwächter Menge ein und geben den Werken ein befriedigendes Maass von Arbeit, wobei die von der Centralstelle des Verkaufs festgesetzten Notirungen schlank acceptirt werden.

* **Magdeburger Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft.** Magdeburg, den 11. Mai 1887. In der gestern abgehaltenen Verwaltungsraths-Sitzung ist der Rechnungsabschluss pro 1886 festgestellt worden. Die Prämien- und Schaden-Reserve für sämmtliche von der Gesellschaft betriebenen Versicherungs-Zweige stellt sich ult. 1886 auf 7 434 959 M. 77 Pf., der Capital-Reservefonds und der Sparfonds zusammen auf 879 084 M. 20 Pf. und der Dividenden-Ergänzungsfonds für die Versicherten auf 20 896 M. 17 Pf. Für die Actionäre wird der Verwaltungsrath in der am 26. d. Mts. abzuhaltenden General-Versammlung die Vertheilung einer Dividende in derselben Höhe, wie im vorigen Jahre, nämlich von $8^1/_3$ pCt. der Einzahlung = 25 Mark pro Actie beantragen. Der Gesammtbetrag der zu vertheilenden Dividende würde sich hiernach auf 250 000 Mark belaufen. — Die Veröffentlichung des vollständigen Rechnungs-Abschlusses wird nach abgehaltener General-Versammlung erfolgen.

• **„Equitable" Lebensversicherungs-Gesellschaft in Newyork.** Der 27. Jahresbericht der „Equitable" ergiebt, dass der Versicherungs-Bestand auf 1750 Millionen Mark, das Vermögen der Anstalt auf 320 Millionen, die Gewinn-Reserve bei 4procentiger Berechnung auf 69,5 Millionen angewachsen ist, so dass also der Vermögens-Zuwachs gegen das Vorjahr 38 Millionen beträgt und die Gewinn-Reserve gegen das Vorjahr sich um 11 Millionen erhöht hat also ein zufriedenstellendes Resultat. Für Todesfälle sind im vergangenen Jahre 20 Millionen Mark gezahlt worden, während seit Bestehen der „Equitable" für Todesfälle und Aussteuerversicherungen über 408 Millionen ausgezahlt worden sind. Was die Geldanlage betrifft, so besteht das Vermögen Ende 1886 aus 69 819 958 M. in Grundstücken, 84 496 251 M. in Hypotheken, 109 722 347 Mark in Staatspapieren, Prioritäts-Obligationen etc., 5 918 575 M. in Beleihung gegen Unterpfand, 24 885 408 M. in Cassa im Bureau, in Banken und anderen Depots. Die Specification der Papiere steht Jedermann bei den Vertretern der Gesellschaft zur Verfügung.

W. T. B. **Frankfurt a. M.,** 12. Mai. Die Generalversammlung der Deutschen Handels-Gesellschaft genehmigte mit 3482 gegen 97 Stimmen die Anträge der Vertrauensmänner, womit sich der Aufsichtsrath einverstanden erklärte. Danach übernimmt der Aufsichtsrath die Masse zu 75 pCt. in verzinslichen Raten vom 1. Juli 1887 bis 1. Juli 1889, zahlbar incl. der bereits geleisteten Abschlagszahlung, und wird etwaigen Mehrerlös zur Vertheilung bringen.

* **Fallimente.** In Kassel hat, wie man der „V. Z." schreibt, die Teppichfirma Karl Strauss fallirt. Das Geschäft, früher Joh. Friedr. Scherb firmirend, ist wohl eines der ältesten am Platze. Der Zusammenbruch hat vielseitig überrascht. Die Passiven sollen erheblich sein, doch wird ein Arrangement versucht. — Wie aus Rom geschrieben wird, sind die Nachrichten von den ausserordentlich grossen Passiven der Banca di Credito in Giarre übertrieben. Die Liquidation der Bank nimmt einen regelmässigen Verlauf. — In Conegliano fallirte die Firma Brüder Decarli mit 500 000 Lire Passiven.

Mit zwei Beilagen.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* **Berlin**, 12. Mai. Die Capitalrentensteuer, deren Einführung der Antrag Althaus empfiehlt, gab heut wiederum den verschiedenen Parteien im Abgeordnetenhaus Gelegenheit, ihre Stellungnahme zum directen oder indirecten Steuersystem, zum Schutzzoll oder Freihandel zu kennzeichnen. Der Antrag Althaus geht dahin, die Regierung aufzufordern, die Ungerechtigkeiten in der bestehenden Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer zu beseitigen. Der Abg. Rauchhaupt unternahm es zunächst, diesen Antrag zu begründen. Er leugnete irgend eine agitatorische Tendenz des Antrags. Das große Capital aber müßte stärker besteuert werden, um auch auf diesem Wege die Mittel des Staates zu vermehren. Auch die Gewerbesteuer bedürfe einer Reform, und es sei zu bedauern, daß die Regierung nach dieser Richtung hin keine Schritte zu unternehmen scheine. Redner bittet, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, dagegen die motivirte Tagesordnung, die von den Herren v. Huene, Hobrecht und Zedlitz beantragt war, abzulehnen. Der Finanzminister v. Scholz verhehlte nicht seine Sympathien für den Antrag Althaus, und in Bezug auf den Grundgedanken einer Steuer-Reform erklärte er sich ganz einverstanden mit den Ausführungen des Vorredners. Aber über diese Erklärung ging der Minister nicht hinaus. Abgeordneter Rickert hielt den Antrag nur für ein Gegengewicht gegen die von deutschfreisinniger Seite verlangte Reichseinkommensteuer. Es lasse sich auch gar nicht erkennen, ob der Antrag die Steuern vermindern oder vermehren wolle. Gerade da der Gedanke der Quotisirung nicht aufgenommen und auch in der motivirten Tagesordnung nicht erwähnt sei, würden seine Freunde beiden Anträgen gegenüber sich ablehnend verhalten. Nachdem der conservative Abg. Wolff insbesondere die von Rickert erwähnte Reichseinkommensteuer als ungeeignet bezeichnet hatte, nahm der Abg. Huene das Wort. Der Capitalrentensteuer an sich stehe er, wie Redner erklärte, sympathisch gegenüber, aber bei der allgemeinen und unklaren Fassung des Antrages Althaus bitte er die motivirte Tagesordnung anzunehmen. In diesem Sinne sprachen sich auch die Abgg. Hobrecht und von Zedlitz aus, wogegen der Abg. Graf Kanitz eine Schutzzollrede in die Debatte einflocht. Zum Schluß faßte der Abg. Meyer-Breslau noch einmal die Gesichtspunkte zusammen, von denen aus die Freisinnigen zur Ablehnung des Antrages gelangen. Dabei leugnete aber der Redner nicht, daß ein guter Kern darin enthalten ist. Nach einer langen Reihe von persönlichen Bemerkungen wird die motivirte Tagesordnung angenommen, und der Antrag Althaus ist somit abgelehnt. Morgen kommen die Petition der Ober-Realschul-Directoren um Zulassung der Ober-Realschul-Abiturienten zur Staatsprüfung im Baufache und die Petitionen des rheinischen und ukermärkischen Bauernvereins zur Berathung.

Das **Herrenhaus** beeilt sich, mit der noch vorliegenden Arbeit aufzuräumen. Sämmtliche Vorlagen, die heut zur Berathung standen und kein weiteres Interesse beanspruchen, wurden ohne Debatte bez. durch en-bloc-Annahme erledigt.

Abgeordnetenhaus. 53. Sitzung vom 12. Mai.
12 Uhr.

Am Ministertische: v. Scholz.

Zur Berathung steht der von dem Abg. Althaus (cons.) gestellte Antrag, betreffend die Reform der directen Steuern. Derselbe lautet:

1) In Erwägung, daß die bestehende Klassen- und klassificirte Einkommensteuer den Grundsätzen einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung nicht entspricht;

2) in Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Capital die Einführung einer Capitalrentensteuer nothwendig erscheinen läßt;

3) in fernerer Erwägung, daß im Hinblick auf den Rückgang des Kleingewerbes die Bestimmungen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe einer der wirthschaftlichen Entwickelung entsprechenden Reform dringend bedürfen,

die Regierung zu ersuchen, im Anschluß an die bereits in der Session pro 1883/84 gemachten Vorarbeiten einen Entwurf in der nächsten Session vorzulegen, welcher den oben bezeichneten Anforderungen Rechnung zu tragen geeignet ist.

Von den Abgg. Frhrn. v. Huene, Hobrecht und Frhrn. v. Zedlitz ist dazu folgender Antrag eingegangen:

In Erwägung, daß von allen Parteien des Hauses die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Reform des directen Steuersystems bereits ausgesprochen ist;

in Erwägung ferner, daß die weitere Ausbildung der indirecten Steuern im Reiche die Reform des directen Steuersystems in Preußen im Sinne einer gerechten Vertheilung der Steuerlast einerseits zur unabweisbaren Nothwendigkeit macht, andererseits dieselbe erleichtert,

und in der Erwartung, daß die königliche Staatsregierung mit entsprechenden Vorlagen vorgehen wird,

über den Antrag der Abgeordneten Althaus und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Unser Antrag hat keinen agitatorischen Zweck, wir wollen durch denselben nur den einzelnen Parteien Gelegenheit geben, die Grundsätze darzulegen, die sie bei einer Reform der directen Steuern gewahrt zu sehen wünschen. Wir haben in dem obigen Antrage, wenn auch in aller Allgemeinheit, einige Grundzüge angegeben, deren Beachtung bei dem für die nächste Session zu erwartenden Entwurf seitens des Finanzministeriums wir erwünschen. Wir lehnen uns bei diesem Antrage an die 1883/84 gemachten Vorarbeiten an, wollen jedoch vermeiden, was damals einer Lösung der Frage im Wege stand. Wir halten die Reform der directen Steuern unmöglich ohne Reform der Gewerbesteuer. Gegenüber unserer Finanzlage erscheinen wir fast verpflichtet, der Regierung unsere Ansichten über die Reform der directen Steuern mitzutheilen, damit die Regierung nicht zu einer Vorlage kommt, bei der sie keine Fühlung mit dem Hause hat. Mit bloßen Redensarten, daß man zur Steuerreform bereit sei, kommt man nicht weiter, man muß genau den Weg bezeichnen, den man beschritten zu sehen wünscht. — Preußen bringt an indirecten Steuern ca. 275 Millionen, an directen etwa 150 Mill. ein. — Man muß zugestehen, daß ein großer Theil der 275 Millionen getragen wird von jenen Leuten, die von der directen Steuer ganz frei sind. Ist aber deshalb die Lage unserer Arbeiter ungünstig geworden? Die Löhne sind dieselben geblieben, zum Theil sogar gestiegen, die Preise der Lebensmittel sind erheblich zurückgegangen, auch die übrigen Preise sind gesunken. Mit Rücksicht auf den Einfluß der indirecten Steuern auf die Arbeiter ist also die Nothwendigkeit einer Reform der directen Steuern nicht zu begründen. Die Reform ist nur deshalb nothwendig, weil eine stärkere Heranziehung des großen Capitals im Interesse der Staatseinnahmen erforderlich ist — und dies ist der Punkt, an dem eingesetzt werden muß. Eine gerechte Heranziehung des Capitals ist aber nur möglich bei einer strengen Durchführung der Steuerdeclarationspflicht. Auf unwahre Steuerangaben wird man Haftstrafen setzen müssen. Wirksam und wirklich gerecht kann die directe Steuer nur sein, wenn man diese Cautelen schafft, und wenn man der Steuer die Art einer Capitalrentensteuer giebt. Mit der Reichseinkommensteuer, die man vorgeschlagen hat, kann nichts erreicht werden. Die Erträgnisse einer solchen Steuer würden viel zu gering sein. Eine progressive Einkommensteuer mit beständiger Steigerung ins Unendliche könnnen auch wir nicht wünschen, das würde ja schließlich nach socialdemokratischem Muster die Umwandlung des Privatcapitals in Staatscapital sein. Wir müssen eine Capitalrentensteuer um so mehr fordern, als jetzt die Grundsteuer die Landwirthschaft in ungemein hohem Maße belastet, weit mehr doch als früher (Zustimmung rechts), als ja in der letzten Zeit unser ganzes Wirthschaftssystem ein capitalistisches geworden ist. Auch mit Rücksicht darauf, daß ganz unberechtigter Weise von dem Handwerk eine doppelte Steuer erhoben wird, und im Hinblick auf den Rückgang des Kleingewerbes muß eine Reform der Steuer angestrebt werden. Nicht die armen Handwerker, sondern das große Capital muß man fassen, die großen, hohe Zinsen abwerfenden gewerblichen Etablissements! Ich wiederhole, unser Antrag hat nur den Zweck, auf die Vorarbeiten des Finanzministeriums einzuwirken und ihm auch die Reform der Gewerbesteuer nahezulegen. Unser Antrag ist ganz allgemein gehalten, und ich bedauere deshalb, daß man Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag beantragt hat. Lehnen Sie die motivirte Tagesordnung ab! (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. v. Scholz: Wenn ich schon in diesem Stadium der Berathung das Wort ergreife, so geschieht dies, weil ich zu meinem Bedauern genöthigt bin alsbald das Haus zu verlassen, um den Verhandlungen des anderen Hauses beizuwohnen, und wenn auch mein verehrter Freund, der General-Director der Finanzen Burghart, den Verhandlungen weiter beiwohnen wird, so möchte ich doch gern selbst ein paar Worte wenigstens zu diesem wichtigen Gegenstand sprechen. Ich möchte damit beginnen, denjenigen Herren, welche den Antrag gestellt haben, meinen Dank auszusprechen. (Beifall rechts.) Ich müßte nicht Finanzminister sein, wenn ich nicht erfreut sein sollte über jedes Zeichen eines Interesses einer lebhaften Theilnahme für die Entwickelung und Förderung dieses wichtigen Zweiges, der in mein Ressort eingreift. Aber ich kann mir es doch auch nicht versagen, wenn ich den Werth, die Wahrscheinlichkeit des Erfolges ins Auge fasse, welcher mit diesem Antrage verknüpft sein mag, einen Blick rückwärts zu werfen, und da muß ich sagen, meines Erinnerns haben wir schon einmal hier im Hause einen Antrag annehmen sehen von, ich glaube, zwei Dritteln oder drei Vierteln sämmtlicher anwesenden Mitglieder, der weit specialisirter bereits ein Einverständniß der Parteien des Hauses über die Reform der directen Steuern zu enthalten schien, und auf welche die Regierung alsbald unmittelbar einzugehen sich für verpflichtet erachtete und im nächsten Jahre dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorlegte, von dem sie optima forma glaubte sagen zu können: „Hier haben Sie die in Gesetzesform ausgeführten Beschlüsse, welche Sie in einer Resolution formulirt im großen Einverständniß mit der Regierung eingebracht haben. Der Erfolg ist für uns damals leider ausgeblieben, und ich fürchte, daß wir von einem wesentlich bessern Erfolge auch nicht zu berichten haben werden, wenn nicht einige Aenderungen in der Bestimmung und in der darauf beruhenden Behandlung dieser Materie eintreten. Zuerst, und das möchte ich bitten, vielleicht auch bei weiterer Besprechung über diesen Antrag geneigtest mit in Erwägung ziehen zu wollen: „Keine Verhandlung über die Reform der directen Steuern hat Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nicht den festen Entschluß fassen, diese wichtige, schwierige und complizirte Sache nur um ihrer selbst willen und in dem Rahmen, den Sie selbst bezeichnet haben, zu berathen und zum Ausdruck zu bringen". So lange noch Nebenpunkte, wie wichtig und groß sie auch sein mögen, mit dieser Frage verquickt werden, so lange werden sie nun und nimmermehr zu einem praktischen Erfolge kommen. (Sehr wahr!) Ich nenne es einen Nebenpunkt, wenn an die Frage der Reform der directen Steuern angeknüpft werden Versuche, die parlamentarische Macht zu erweitern. (Sehr richtig rechts!) Scheiden Sie dieses aus, so sind damit eine Menge Schwierigkeiten schon beseitigt. (Sehr richtig!) Ein zweiter solcher Nebenpunkt, der Gefahr droht, wenn er mit einer Reform der directen Steuern verbunden sein soll, ist irgend eine Reform oder eine Abänderung der Grundlage unseres Wahlrechtes. Für Politiker von Fach ist das ja gerade vielleicht ein Hauptpunkt, der weit an Werth steht über dieser oder jener Art der Reform der directen Steuern. Ich nehme das den Herren auch gar nicht übel. Aber ich wiederhole: „Wollen Sie die directen Steuern reformiren, dann geben Sie es auf, in demselben Augenblick an eine Reform des Wahlrechts heranzutreten." (Sehr richtig.) Ebenso ist es eine verhängnißvolle, jede praktische Behandlung dieser Sache ausschließende Angelegenheit, wenn Sie denken, die Situation der vormals reichsständischen Unmittelbaren zu einem wichtigen Punkt an dieser Frage machen zu wollen, und wollen Sie in der Weise, wie es damals durch Einsetzung einer Subcommission und durch die juristische Untersuchung der Lage einer Anzahl früher mediatisirter Häuser geschehen ist, die Verhandlungen fördern, da kommen wir ebenfalls nicht weit. Ein preußischer Finanzminister kann ja keinen Augenblick in Abrede stellen wollen, daß das, was wir heute als directe Steuern in Preußen besitzen, ein Torso ist, ein unfertiges Ding, bei dem wir unmöglich für immer bleiben können. Aber ich möchte die Herren, die Parteien bitten, die es aufrichtig und ehrlich mit dem Wunsch nach einer Reform der directen Steuern meinen, den festen Entschluß zu fassen und sich ihrerseits darüber klar zu machen, daß Nebenpunkte mit dieser an sich überaus schwierigen Sache nicht verbunden werden dürfen. (Sehr richtig.) Ich vermag also außer meiner pflichtmäßigen und über die pflichtmäßige hinausgehenden Sympathie für die Frage, um die es sich handelt, eine bestimmte Aussicht Namens der Staatsregierung, zumal innerhalb derselben der Antrag noch nicht berathen ist, nicht zu eröffnen. Ich möchte Sie aber dringend bitten, diese erneute Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, um sich über die Schwierigkeiten recht klar zu werden und schon jetzt möglichst zur Beseitigung derselben beizutragen. (Beifall rechts.)

Die Rednerliste hat sich inzwischen wie folgt gestaltet: Für ist gemeldet der Abg. Wolf, gegen die Abgg. Rickert, von Huene, Hobrecht, v. Zedlitz, Dr. Sattler, Dr. Meyer-Breslau und von Eynern.

Abg. Rickert (dtschfr.): Wenn Herr v. Rauchhaupt vorausschickte, der Antrag verfolge keinerlei agitatorische Zwecke, so bin ich nicht so unhöflich, dies nicht zu glauben, aber es drängt sich die Frage auf, warum die Herren sich dieser Sache gegenüber im Reichstage so ablehnend verhalten haben. Jetzt soll das Land mit Steuervorlagen absorbirt werden. Nulla dies sine linea. Heute kommen Sie mit diesem Antrage, nachdem Sie erst vor einigen Tagen das Land durch Ihre Getreidezoll-Erhöhung so fieberhaft aufgeregt haben, daß große Summen verloren gegangen sind, namentlich nachdem das Organ des Herrn Finanzministers ein Sperrgesetz angekündigt hatte. Wohin soll es führen, wenn an einem Tage officiös etwas angekündigt und dasselbe am andern Tage von dem oberofficiösen Telegraphenbureau für unrichtig erklärt wird. Sie (rechts) sind sich ihrer Verantwortlichkeit gar nicht voll bewußt. (Oho! rechts.) Dieser Antrag ist allerdings nicht so gefährlich. Derselbe wird vielfach ad acta gelegt werden, das ist wenigstens nach der feinironisch-entgegenkommenden Ablehnung des Ministers zu erwarten. Der Antrag hat es doch auch nicht anders verdient, denn mit den „allgemeinen Wendungen", wie Herr von Rauchhaupt selbst es nannte, kann er doch nichts anfangen. Auch heute hat Herr v. Rauchhaupt Gelegenheit gefunden, der neuen nationalen Wirthschaftspolitik ein Loblied zu blasen. Aber die Töne sind doch heute erheblich blässer als früher. Früher sollten die Löhne in die Höhe gehen, jetzt freut man sich schon, daß sie nicht wesentlich zurückgegangen, also doch zurückgegangen sind. Die Lohnstatistik wird dies noch deutlicher zeigen. Jedenfalls sind die großen Versprechungen, welche den Arbeitern aus der neuen Wirthschaftsaera gemacht wurden, nicht in Erfüllung gegangen. Sie haben keinen Grund, diejenigen von oben herab zu behandeln, welche die alte Wirthschaftspolitik festhalten, weil sie Preußen groß gemacht hat. Es kommt die Zeit, da Sie anders reden werden. Sie werden mit ihrer Politik doch Fiasco machen, das ahnen Sie ja selbst schon. (Oho! rechts, Zustimmung links.) Was unsere Reichstagsresolution über die Einkommensteuer betrifft, so ist die Ansicht ganz falsch, sie habe an die Einzelstaaten und deren Steuern anschließen wollen. Nein, sie sollte ganz selbstständig erhoben werden. Die Reichseinkommensteuer hat mehr von nationalen Rücksichten in sich, als die neue Branntweinsteuer, deren nationaleinigendes Band gestern so sehr gerühmt wurde. Aber die Süddeutschen bringen gar kein so großes Opfer, sie erhalten ja klingende Münze dafür. Wie viel? Das werden wir ja sehen. Unsere Einkommensteuer hatte lediglich den Zweck, die aus der höheren Heerespräsenz entstehende Mehrbelastung zu decken. Die frühere Arbeit an der Capitalrentensteuer aus dem Jahre 1883/84 kam einfach wegen des inneren Widerspruchs nicht zu Stande, daß Sie das fundirte Einkommen anders behandeln wollten, als das nicht fundirte. Die Ausführungen des Herrn v. Rauchhaupt über den nöthigen Declarationszwang sollten den Schein erwecken, als würde nicht scharf genug herangezogen. Ich habe mich schon bereit erklärt, einmal die Listen durchzugehen. Es würde sich ja zeigen, daß in den Städten viel schärfer herangezogen wird, als in gewissen ländlichen Bezirken. Dieser Antrag wird von jedem anders aufgefaßt werden wegen seiner Allgemeinheit. Es steht kein Wort davon darin, was die Herren eigentlich wollen mit der Klassen- und mit der Einkommensteuer. Beantworten Sie blos das eine: „Wollen Sie einen finanziellen Mehreffect?" (Ruf: nein!) Herr Abgeordneter Hobrecht hat seiner Zeit einem Antrage von uns gegenüber ausgesprochen, daß die Nationalliberalen dem Princip der Quotisirung zustimmen. Der Herr Minister nannte dies einen Nebenpunkt. Ich bin sehr erfreut, daß man ihn doch bei den Nationalliberalen nicht als einen solchen wird bezeichnen können. In den kleinen Staaten hat man die Sachen längst geregelt. Hier handelt es sich nicht um Machtbefugnißerweiterungen, sondern um das Grundprincip der constitutionellen Regierung. Für uns ist jede Tagesordnung, jeder Antrag annehmbar, der nicht die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Quotisirung anerkannt. Die Steuerfreiheit der sogenannten Reichsunmittelbaren ist ein directer Verstoß gegen die preußische Verfassung, welche sagt: „Es sollen keine Steuerbefreiungen stattfinden." Es wäre Zeit, diese Sache endlich einmal aus der Welt zu schaffen. Also wir werden gegen die Resolution stimmen, ebenso aber auch gegen die motivirte Tagesordnung, namentlich nach den Erklärungen des Herrn Finanzministers, durch welche wesentlich Hauptpunkte zu Nebenpunkte gestempelt werden sollten. Ich erwarte von der gegenwärtigen Staatsregierung eine Reform der directen Staatssteuern, wie wir sie wünschen, nicht. Vestigia terrent. Deshalb stimmen wir gegen jeden Antrag. (Beifall links.)

Abg. Wolff (cons.) plaidirt unter Hinweis auf den warmen Appell des Finanzministers für Annahme des conservativen Antrages und tritt sodann den Ausführungen des Vorredners entgegen. Der Wunsch nach Quotisirung sei nichts als das Gelüste nach parlamentarischen Machterweiterungen und deshalb nothwendig abzulehnen. Die Steuerfreiheit der reichsunmittelbaren Standesherren sei völkerrechtlich garantirt, und so mißachtend dürfe man doch derartigen Garantien gegenüber nicht auftreten, wie der Abg. Rickert verlangt habe. Wenn Rickert für progressive Steuersätze sich erklärte, so stimme er ihm vollkommen bei, selbst auf die Gefahr hin, als Socialist verschrieen zu werden. Wie die Fortschrittspartei sich progressive Steuersätze denkt, könne man an der Berliner Miethssteuer sehen. Diese sei progressiv, nämlich nach unten hin, denn der Effect sei doch lediglich der, daß die ärmeren immer schärfer belastet werden. (Sehr wahr! rechts.) Zum Schluß bittet Redner nochmals unter Hinweis auf die Mahnungen des Finanzministers, die Nebenpunkte fallen zu lassen und den Antrag anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Huene wendet sich gegen die vom Vorredner sich zu eigen gemachte Ausführung bezüglich des Weglassens gewisser Nebenpunkte bei der Steuerreform, z. B. des Wahlrechts. Ich halte es nicht für conservativ, derartige wichtige Fragen, z. B. in wie weit durch eine Regulirung der directen Steuer das Wahlrecht der bisher Wahlberechtigten tangirt werde, als Nebenfragen zu behandeln. (Sehr gut im Centrum.) Was dem Antrage gegenüber zu sagen sei, fasse er in die Worte zusammen: „Zu viel und zu wenig, ist immer e' Ding." Der Antrag will zu wenig, wenn er nur Anregung geben will; er will zu viel, wenn er bestimmte Directiven geben will. (Sehr gut!) Herr v. Rauchhaupt hat gesagt, die Lage der Arbeiter sei nicht unvortheilhaft und garnicht dazu angethan, von einer zu hohen Belastung durch indirecte Steuern zu reden, sie könnten selbst sich noch steigern. Er sage dagegen, die indirecte Steuer sei so hoch, daß man nicht mehr auflegen dürfe. (Widerspruch rechts!) Redner geht im Einzelnen die aus der Unbestimmtheit des Antrages hervorgehenden Mängel durch und fordert nach kurzer Motivirung der Tagesordnung zu deren Annahme auf.

Abg. Graf Kanitz (cons.) tritt den Vorwürfen des Abg. Rickert entgegen, daß die Conservativen durch ihren Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle eine maßlose verlustbringende Speculation hervorgerufen hätten. Die jetzige Jahreszeit sei nicht derartig, um eine Heranziehung großer Mengen Getreide von auswärts zu ermöglichen. Die Landwirthschaft habe dadurch weder Vortheile noch Nachtheile erfahren, sie habe sich einfach an der Hausse gar nicht betheiligen können. Verluste hätten nur die Speculanten erlitten, das schade aber gar nichts. Die Speculanten würden sich noch oft die Finger verbrennen. Auch auf dem Gebiete des Spiritus drohe keine Gefahr. Die Warnung des Abg. Rickert: „Wir sollten die Schutzpolitik nicht zu weit treiben, sie breche doch nächstens zusammen", sei vollkommen deplacirt, denn die Ueberzeugung sei doch überall jetzt durchgedrungen, daß ohne ein entschiedenes Schutzzollsystem die Wohlfahrt unseres Landes nicht mehr zu sichern sei. (Oho! links.) Ueberall, das habe er immer mehr und mehr gesehen, verliere die Partei des Freihandels an Boden. Nur noch auf ein europäisches Land wiesen die Gegner der Schutzzölle mit einigem Stolz hin, auf Schweden. Aber wie stehe da eigentlich die Sache? Als dort der Getreidezoll in der zweiten Kammer gegen den Wunsch der Regierung durchgegangen sei, habe dieselbe die Kammer aufgelöst. Nun hätten Neuwahlen stattgefunden und hätten unter allerdings auch starkem gouvernementalen Druck eine Majorität für die Ansichten der Regierung ergeben. (Abg. Meyer-Breslau: „So? Kommt das vor?" Große Heiterkeit.) Ja in Schweden kommt das vor. (Große Heiterkeit.) Die Ansichten hätten sich bei uns doch soweit geklärt, daß die Angst vor den Schutzzöllnern nicht mehr bestehe, denn die Befürchtungen hätten sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Abg. Hobrecht (natl.): Ich wende mich nunmehr wieder zu dem Gegenstande, der uns beschäftigt. (Große Heiterkeit.) Entschuldigen Sie, wenn ich mich darauf beschränke. Ich habe mit den Herren von Huene und von Zedlitz gemeinsam den Antrag gestellt, dem auch meine politischen Freunde zustimmen. Nach den Ausführungen des Herrn von Huene erübrigt es mir, noch einige wenige Worte hinzuzufügen. Ich bin mit seiner Motivirung vollständig einverstanden. Wir können dem Antrag Althaus und Genossen nicht zustimmen sowohl hinsichtlich seiner Erwägungen und Motive, als auch in Bezug auf seinen Tenor. Wenn er sich darauf beschränkt, auszusprechen, daß eine Reform unserer directen Steuern nothwendig sei, eine Reform, bei der die höheren Einkommen herangezogen werden, die dahin gerichtet ist, die Grundsteuer, soweit es möglich ist, den Communalverbänden zu überweisen, eine Reform, welche dahin gerichtet ist, eine bessere Einschätzung durch Einführung der Declaration herbeizuführen — solch' einem Antrage beizustimmen, würden wir alle kein Bedenken getragen haben, und insofern wollen wir ja gerne die Absicht, die dem Antrage zu Grunde lag, anerkennen. Aber in seiner Fassung giebt er zu den allergrößten Bedenken Veranlassung. Der Abg. v. Rauchhaupt führte aus, es sei nothwendig, einen solchen Antrag zu stellen; wenn wir uns immer, sagte er, in „Allgemeinheiten" bewegen, wie kann die Regierung wissen, in welcher Richtung sie ihre reformatorischen Arbeiten beginnen soll. Ja, m. H.! Ich und meine Freunde haben den Eindruck gehabt, man kann sich kaum mehr in Allgemeinheiten bewegen, als das bei dem Antrage selbst der Fall ist und ich glaube kaum, daß es dem Herrn Finanzminister und seinen Commissarien gelingen wird, aus der heutigen Debatte eine bestimmte Directive zu gewinnen für diejenigen Punkte, zu denen er sicher sein kann, die Zustimmung des ganzen Hauses zu erhalten. Die einzelnen Erwägungsgründe des Antrages Althaus will ich nicht speciell kritisiren. Ich muß aber sagen, daß, soweit sie nicht Selbstverständliches enthalten, sie mir nach jeder Richtung hin Bedenkliches aussprechen. Gleich der erste Satz sagt: „In Erwägung, daß die bestehende Klassen- und klassificirte Einkommensteuer den Grundsätzen einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung nicht entspricht u. s. w." Nun, wir sind vollständig damit einverstanden, daß die Einkommensteuer der Reform bedarf, wir haben das wiederholt ausgesprochen und unsere Bereitwilligkeit zu einer besseren Ausbildung derselben dargethan. Aber einen solchen Satz sollte das preußische Abgeordnetenhaus nicht aussprechen. (Sehr richtig!) Denn das ist ein hartes und ungerechtes Urtheil gegen eine Steuer, die immerhin relativ noch besser ist, wie irgend eine Personalsteuer in einem anderen europäischen Staate. (Sehr richtig!) Die zweite Erwägung des Antrages lautet: „2) in Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Capital die Einführung einer Capitalrentensteuer nothwendig erscheinen läßt u. s. w." Auch dieser Satz ist mir nicht unbedenklich, denn in ihm ist wieder die alte Zweideutigkeit enthalten, die daraus entsteht, wenn man sich nicht scharf gegenwärtig hält, daß Gegenstand der Besteuerung der Mensch ist, der Staatsbürger, der Steuern zu zahlen hat, sei es als Grundbesitzer, sei es als Capitalbesitzer. Diese Menschen sind mit einander zu vergleichen. Wenn man nun den Satz aufstellt, daß der Grundbesitz zu stark besteuert ist, folgt daraus nothwendigerweise die Capitalrentensteuer. Ebenso könnte man folgern, daß die Besteuerung von Grund und Boden herabgesetzt werden muß. Also die Conclusion des Antrages ist nicht durchaus nothwendig. Ich will dabei dahingestellt sein lassen, ob man den Ausgleich, wie früher einmal vorgeschlagen wurde, nicht durch Einführung einer Capitalrentensteuer herbeiführen kann, oder durch eine höhere Besteuerung des fundirenden Einkommens, bei einer besseren Ausbildung der Einkommensteuer. Für mich persönlich ist der letztere der allein richtige Weg, aber ich will diese Frage ganz offen lassen. In jedem Falle aber ist, wenn die königliche Staatsregierung von uns eine Directive erhalten soll, doch etwas mehr nöthig, als die Worte einzufügen: „Im Anschluß an die bereits im Jahre 1883/84 gemachten Vorarbeiten." Ich denke, es wird auch kaum möglich sein, darin bestimmte Anhaltspunkte zu finden, wie mit Aussicht auf die

Zustimmung des Abgeordnetenhauses die königliche Staatsregierung Vorschläge machen könnte. (Sehr wahr!) Was die Gewerbesteuer endlich betrifft, so stimme ich dem Satze des Antrages Althaus vollkommen zu. Auch wir erkennen ein dringendes Reformbedürfniß an. Aber auch hier ist doch nichts gesagt, als Allgemeinheiten. Es ist gar kein Anhalt gegeben. In einer so ernsten Sache angesichts einer so ernsten Aufgabe, an der unsere tüchtigsten Männer gearbeitet haben, über die wir selbst schon eingehende Debatten gehabt haben, darf das Abgeordnetenhaus nur sprechen, wenn es wirklich sachlich etwas Ernstes und Bedeutendes zu sagen hat, woran sich praktische Folgen knüpfen können. Das ist hier nicht der Fall. (Sehr wahr.) Was der Antrag wirklich will, ist schwer zu fassen, wie das mobile Capital selbst. Daher glaube ich, daß in der Begründung, welche Herr v. Huene in seinem Antrage gegeben hat, in der den berechtigten Theilen des Antrages Althaus vollkommen Rechnung getragen wird, alles gesagt ist, was für die Regierung bestimmt ist, mit einer Vorlage hervorzutreten. Auf die anderen Punkte will ich nicht mehr eingehen, die hier seitens des Herrn Finanzministers berührt worden sind. Ich bin der Meinung, daß es, wie schon Herr von Huene ausgeführt hat, nicht klug ist, von vornherein eine Reihe von Unmöglichkeiten hinzustellen, wenn man den ernsten Willen hat, mit einer Reform zu Stande zu kommen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Generaldirector **Burghart**: Ich sehe kein Bedürfniß von Seiten der Regierung, Stellung zu nehmen zwischen den beiderseitigen Anträgen. Ich glaube, die Regierung hat keine Ursache, das eine oder das andere ihrerseits Ihnen besonders zu empfehlen. Für die Regierung ist das allein Entscheidende die Thatsache, daß das hohe Haus auf dem einen oder dem anderen Wege seine Bereitwilligkeit erklärt, auf die Reformbestrebungen in Betreff der directen Steuern einzugehen, bezw. diese Bestrebungen der Regierung seinerseits mit noch stärkerem Nachdruck zu unterstützen. Das, glaube ich, ist der Sinn der aus dieser Debatte zu entnehmen ist. Ich kann nur mit verstärktem Nachdruck an diese Bemerkungen auch die Mahnung anknüpfen, welche der Finanzminister ausgesprochen hat, und ich glaube ihn in dieser Beziehung gegen den Vorwurf von jener Seite, als habe er die Sache ironisch beseitigen wollen, auf das Entschiedenste in Schutz nehmen zu müssen. (Beifall.) Wenn ich die Sache ironisch beseitigen will, dann werde ich es mir doch nicht angelegen sein lassen, denjenigen, die den Antrag gestellt haben, genau die Bedingungen zu bezeichnen, unter denen allein ihr Streben Erfolg hat. Das hat der Finanzminister gethan, indem er Sie einmal zunächst auf die allgemeine Bedingung eines festen und entschiedenen Willens aufmerksam gemacht hat, die das Haus unter allen Umständen an diese Sache heransetzen müsse, wenn es zum Erfolg kommen soll. Es ist ja bekannt, daß nichts schwieriger durchzuführen ist, nichts in der Regel jedesmal mehr mißlingt, als die Reform der directen Steuern. Es gehört also ein nachhaltiger, durch gegründete Ueberzeugung gestützter Wille dazu, um unter allen Umständen diese Frage zu lösen. Es handelt sich bei dieser Steuerreform um eine große Sache, wenn sie auch lange nicht an den großen Gedanken der Reichseinkommensteuer heranreicht (große Heiterkeit rechts), nämlich eine jährliche Last von 80 Millionen in gerechter Weise anderweit zu vertheilen, und man muß doch ein außerordentlich geringes Verständniß von unseren volkswirthschaftlichen Zuständen haben, wenn man sich nicht überzeugt hält, daß eine Last von 80 Millionen falsch placirt, den Marsch unseres Volkskörpers aufs entschiedenste benachtheiligt und hemmt (sehr richtig), und daß sie richtig placirt, leicht getragen wird. Also diese Insinuation gegen den Finanzminister muß ich entschieden zurückweisen. (Beifall.)

Abg. **von Zedlitz-Neukirch**: Der wesentliche Grund, weshalb wir, obwohl mit dem Antrage Althaus einverstanden, demselben nicht zustimmen können, liegt in der unbestimmten Fassung desselben. Theils geben die Worte zu weit, theils genügen sie nicht, um sich eine richtige Vorstellung von der Absicht der Antragsteller zu machen. z. B. hinsichtlich der Directive. Ich kann hinsichtlich der Motivirung unseres Antrages nur auf die ausführlichen Darlegungen der Mitantragsteller verweisen. Ich für meinen Theil protestire ausdrücklich gegen den im Schlußsatz enthaltenen Hinweis auf die Beschlüsse von 1883/84. Diese letzteren sind doch etwas durchaus Unvollkommenes; sie enthalten viel Gutes, aber doch nicht eine Directive, welche wir der Staatsregierung geben könnten. Das Resultat der Verhandlungen von 1883/84 war ein wesentlich negatives. Wer die Steuerreform will, darf der Regierung durch Annahme des Antrages Althaus nicht die Wege verschränken. Ich bitte Sie daher, unsere motivirte Tagesordnung anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Meyer-Breslau** (deutschfr.): Ich habe in den Ausführungen des Herrn v. Rauchhaupt zwei Sätze hauptsächlich herausgehört: 1) daß man bei solchen wichtigen Dingen wie Steuerreformen mit allgemeinen Sätzen nicht weit komme, und 2) daß seine Resolution so allgemein gehalten sei, daß keiner vor demselben zurückzuschrecken brauche. (Heiterkeit.) Man müßte denn auf einem so verhärteten Standpunkt, wie der meinige ist, stehen. (Heiterkeit.) Redner geht sodann auf die Arbeiten der Commission von 1883/84, beziehungsweise auf die Vorgänge und Berathungen näher ein, um sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, als habe er das Interesse des Capitals so nachhaltig vertreten, daß die ganzen Arbeiten der Commission resultatlos verliefen. Was das Beiseitelassen von Nebenpunkten betreffe, so müsse er das Eine hervorheben, daß eine Steuerreform, eine Reform der directen Steuer unmöglich sei, ohne das Wahlrecht zu berühren und mit zu regeln. Wenn Herr Wolff sich seiner socialistischen Sympathien rühme, so wolle er dem nicht entgegentreten, aber er solle doch diese Sympathien mit den ärmeren Volksklassen namentlich damit bethätigen, daß er die Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel verhüte. (Oho! rechts.) Es lasse sich doch nicht wegleugnen, daß ausländisches Getreide noch billiger sei, als das Unserige gekauft werde. Man braucht nur den ersten besten Courszettel in die Hand zu nehmen, um zu bemerken, daß in Danzig Transit-Getreide fast genau um den Zoll billiger gehandelt werde, als inländisches. (Unruhe rechts.) Gegen den Antrag Althaus müsse sich die Partei schon um deswillen erklären, weil der Inhalt der Reform nicht angegeben sei. Mit gebundenen Händen könne sich keine Partei der Zukunft in solchen Fragen überliefern. Wenn Graf Kanitz gesagt habe, daß die Landwirthschaft von der Getreidehausse keinen Schaden gehabt habe, sondern daß sich nur die Speculanten die Finger verbrannt hätten, so wage er dies zu bezweifeln. Denn in dem Augenblicke, als der Landwirthschaftsminister die Zollerhöhung in Möglichkeit gestellt habe, seien an der Börse so starke Einkäufe von denen erfolgt, welche das Getreide zu ihrem Gewerbe bedürfen. Daß man dem Gerüchte von einem Sperrgesetz einigen Glauben geschenkt habe, liege eben daran, daß dasselbe von einem Manne verbreitet worden sei, welcher anerkanntermaßen mit dem Finanzminister Fühlung unterhalte und, weil er ein so gutes Verständniß für finanzielle Fragen habe, vertrauter Mittheilungen gewürdigt werde. Wenn es in der That bei der Steuerreform auf nichts anderes als eine gerechte Vertheilung der Lasten abgesehen sei, so lasse sich sehr wohl darüber reden, denn dann sei man doch ganz in der Nähe der von ihm und seinen politischen Freunden begehrten Contingentirung. Ein guter Kern stecke unstreitig in dem Antrage Althaus, und damit dieser herausgeschält werden könne, beantrage er die Verweisung des Antrages an eine Commission (Große Heiterkeit); und damit alle Standpunkte zur Vertretung kommen an eine solche von 28 Mitgliedern. (Heiterkeit.)

Generalsteuerdirector **Burghart** erinnert daran, daß die von der Staatsregierung im Jahre 1883/84 gemachte Vorlage den Zweck verfolgt habe, die nächste beiden noch bestehenden untersten Stufen der Klassensteuer zu beseitigen und das Steuerminimum von 900 auf 1200 Mark zu erhöhen, um demnächst die Befreiung und Erleichterung der Steuer auf die in ihren Verhältnissen weniger gut situirten Steuerpflichtigen weiter auszudehnen, und daß das Gesammtresultat, welches seitens der Staatsregierung in Aussicht genommen, keineswegs eine Erhöhung der Steuer gewesen sei, sondern daß durch eine schärfere Veranlagung der größeren Einkommen andererseits Erleichterungen ermöglicht werden.

Die Discussion wird geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Graf **Kanitz**, v. **Rauchhaupt**, **Windthorst**, **Rickert**, **Wolff** und einem Schlußworte des Abg. Freih. v. **Minnigerode**, welches wiederum eine Reihe von persönlichen Bemerkungen hervorruft, zieht Abg. **Meyer-Breslau** seinen Vorschlag auf Verweisung des Antrages Althaus an eine Commission zurück, weil es ihm zweifelhaft erscheine, ob in diesem Augenblicke eine Commission noch zusammenzubringen sei. (Große Heiterkeit.)

Die von den Abgeordneten **Hobrecht**, v. **Huene** und v. **Zedlitz** vorgeschlagene motivirte Tagesordnung wird hierauf angenommen; damit ist der Principalantrag beseitigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Berichte der Unterrichts-, Petitions- und Budgetcommission.

Schluß 4½ Uhr.

Herrenhaus. 15. Sitzung vom 12. Mai.

2 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. **Scholz**, v. **Friedberg** u. A.

Präsident Herzog von **Ratibor** macht dem Hause Mittheilung von dem am 30. April erfolgten Tode des Mitgliedes Dr. **Weigel** (Cassel).

Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Sodann begrüßt der Präsident den neu in das Haus eingetretenen Bürgermeister **Tamms** (Stralsund).

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Vertrag, betreffend die **Fortführung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen**, welchem das Haus ohne Debatte seine Zustimmung ertheilt.

Für die **Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr 1885/86**, soweit dieselben sich auf die preußische Verwaltung beziehen, ertheilt das Haus die Decharge.

Eine Reihe von **Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben für den Etat 1883/84** werden nachträglich genehmigt, sowie die Entlastung der Regierung in Beziehung auf die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1883/84, sowie die Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Fonds des ehemaligen Staatsschatzes für das Etatsjahr 1883/84 ausgesprochen.

Bezüglich der **Uebersicht über die Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1885/86** beantragt die Commission, die vorgekommenen Etatsüberschreitungen in einer Gesammthöhe von 27683106 Mark 86 Pf., sowie die noch nicht genehmigten außeretatsmäßigen Ausgaben von zusammen 8100319 M. 27 Pf. nachträglich zu genehmigen, sowie gut zu heißen, daß die Ersparnisse von 100000 M., welche sich bei den zur Bestreitung der Kosten des Ankaufs und der Vollendung der pommerschen Centralbahn und der Berliner Nordeisenbahn flüssig gemachten Geldmitteln ergeben hat, auf das Conto des Credits für die Ausgaben zur Erweiterung, Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes übernommen worden ist.

Das Haus schließt sich dem Antrage der Commission ohne Debatte an.

Der **Nachtragsetat** zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1887/88 wird ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Vorlage, betr. die Cantongefängnisse in der Rheinprovinz; Petitionen; Bericht der Geschäftsordnungscommission, betr. die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Herren Frhr. von Schorlemer und Frhr. v. Solemacher.

Schluß 3 Uhr.

Reichstag.

* **Berlin**, 12. Mai. Der Reichstag gönnt sich keine Ruhe. Kaum hat er die Branntweinsteuervorlage durchberathen, so geht er heute bereits wieder an die Erledigung eines anderen wichtigen Gesetzes. Zunächst allerdings stand auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtragsetats. Es handelte sich um einen Umbau auf dem Grundstück der Kaiserlichen Botschaft in Paris. Debattelos wurde der Vorlage dem Commissionsbeschluß gemäß die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt. Hierauf nun folgte die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. Einer der Hauptanhänger des Innungswesens, der dem Centrum Angehörige Abg. Metzner, nahm zuerst das Wort. Er fand die Vorschläge der Regierung bei Weitem nicht für ausreichend. Er nannte sie kleine Palliativmittel, mit denen man dem Handwerkerstande nicht helfen könne, dennoch beantragte er die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission, um vielleicht auf diesem Wege manche Verbesserungen anzubringen. Diesem Vorschlage schloß sich auch die freisinnige Partei durch den Mund des Abgeordneten Baumbach an. Allerdings führte den Redner ein anderer Grund zur Empfehlung der Commissionsberathung. Er wollte in der Commission hauptsächlich die gegen die Vorlage eingegangenen Petitionen geprüft wissen. Unter diesen Petitionen befindet sich auch eine solche der Berliner Commune. Im Uebrigen aber erklärte er die Grundprinzipien dieses Gesetzes für verkehrt. Es sei besser, das Handwerk durch Hebung der künstlerischen Handarbeit zu fördern, als ihm die alten Formen des Innungszwanges auferlegen zu wollen. Auch der Regierungscommissarius Geh. Rath Lohmann hielt die Forderungen des Herrn Metzner für zu weitgehend. Die Regierung wolle die Innungen unterstützen, aber sie dürfe nicht über das hinausgehen, was die allgemeinen Interessen gestatten. Diese Richtschnur habe sich die Regierung immer vorzuhalten. Der Abg. v. Kleist-Retzow erblickte in der Vorlage seine Wünsche wenigstens zum Theil befriedigt und glaubte dieselbe vor allem als ein Bollwerk gegen die Socialdemokratie bezeichnen zu dürfen. Aus der weiteren Debatte, an der sich noch Geh. Rath Lohmann, der baierische Regierungsrath Landmann, sowie die Abg. Kräcker, Nobbe, Miquél und Biehl betheiligten, ist noch hervorzuheben, daß der Abg. Kräcker scharf gegen die Vorlage polemisirte. Er betrachtete es als eine Ungerechtigkeit, daß auch Nichtinnungsmitglieder Abgaben zahlen müßten. Auf diese Weise würde die Unzufriedenheit gefördert und die Arbeiter der Socialdemokratie zugeführt, was ihm, dem Redner, gewiß recht sein könne. Schließlich wurde die Vorlage an die Gewerbeordnungs-Commission verwiesen. Morgen steht das Militärrelictengesetz auf der Tagesordnung.

28. Sitzung vom 12. Mai.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. **Bötticher**, v. **Puttkamer**, Geh. Ober-Regierungsrath **Lohmann** u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die **zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat.**

In demselben werden für den Umbau des Gebäudes der kaiserlichen Botschaft in Paris 111300 M. gefordert.

Die Budgetcommission beantragt durch ihren Berichterstatter Abg. Dr. **Hammacher** unveränderte Bewilligung der Vorlage.

Das Haus beschließt demgemäß und wendet sich darauf zur ersten Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend **Abänderung der Gewerbeordnung.**

Es wird darin bestimmt, daß die Verwaltungsbehörden für den Bezirk einer Innung auf Antrag der letzteren auch Nichtinnungsmitglieder (Meister und Gesellen) zu den Kosten der von den Innungen errichteten Herbergen, Fachschulen und Schiedsgerichte heranziehen können, wogegen die Betroffenen das Recht erhalten, die Innungseinrichtungen zu benutzen.

Abg. **Metzner** (Centr.) beklagt die Dürftigkeit der Vorlage. Diese zeige zwar, daß die Regierung die Bedeutung des Handwerks zu erkennen anfange, aber zugleich daß dies noch immer nicht genügend geschehe. Die Vorlage sei daher ein todtgeborenes Kind und werde den Verfall der Innungen noch befördern. Was den Innungen noth thut, wird ihnen auch hier nicht gewährt. Die Innungen sind vielfach nicht im Stande, die Mittel für die von ihnen zu unterhaltenden Einrichtungen aufzubringen. Dagegen hilft aber die Vorlage nicht. Es wird nicht bestimmt, daß die Handwerker verpflichtet sein sollen, diese Einrichtungen ohne Weiteres mit zu unterhalten, sondern erst müssen die Innungen ihre Fachschulen, Herbergen 2c. in Gang haben. Sie müssen erst die Kosten für die Einrichtungen sich aufgebracht haben und erst wenn diese Einrichtungen sich als zweckmäßig erweisen, kann die Verwaltungsbehörde die Rechte der Innungen erweitern. Das ist ja überhaupt der kautschukartige Charakter unserer neueren Gesetze. Sie sind zu unbestimmt gefaßt und sie legen alles in die discretionäre Gewalt der Behörden. Mit solchen homöopathischen Mittelchen hilft man dem Handwerk nicht, man muß eine Radicalcur anwenden, man muß sich eben entscheiden, ob man einen Mittelstand haben will oder nicht. Trotz meiner Ausführungen weise ich die Vorlage nicht von der Hand, sondern ich hoffe, daß sie in der Commission in richtiger Weise verbessert werden wird. Unser Ziel aber bleibt: „Die Gewerbefreiheit muß fallen!" Ich beantrage Verweisung der Vorlage an diejenige Commission, welche sich mit den Innungsanträgen aus der Mitte des Hauses beschäftigt. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. **Baumbach** (dfr.): Der Vorredner hat ebenso, wie viele Handwerkerkreise, die Vorlage nur als eine Abschlagszahlung gelten lassen wollen. Wenn ich nun der Commissionsberathung nicht widerspreche, so geschieht es dagegen in der Hoffnung, daß in der Commission sich Concessionen in unserem Sinne erzielen lassen werden. Vor allem werden wir für weitere Ausdehnung des Instituts der Gewerbegerichte eintreten müssen. Daß in dem Handwerkerstande keine allzu große Neigung für die Innungen herrscht, zeigt am besten die Thatsache, daß nur der geringste Theil der Handwerker bisher den Innungen beigetreten ist. Auch die Motive der Vorlage geben zu, daß die Mehrzahl der Handwerker den Innungen nicht geneigt ist, und der Vorredner hat also nicht das Recht, im Namen der Handwerker zu sprechen. Nun meint er, man müsse die Innungen erstrebenswerther machen. Zu diesem Zwecke hat man zunächst den Innungen das Recht des Lehrlingshaltens gegeben. Das hat nicht viel geholfen und nun versucht man es mit einem Druck auf den Geldbeutel der außerhalb der Innungen stehenden Handwerker. Ich vermisse nun in der Begründung der Vorlage statistische Nachweise darüber, was die Innungen bis jetzt auf dem Gebiete der in Rede stehenden Einrichtungen geleistet haben und wieviel sie dafür aufgewendet haben. Nach den mir zu Gebote stehenden Zahlen ist es nicht sehr viel. Hier in Berlin werden die Großindustriellen stark zu den Kosten herangezogen. Die Schulen der Innungen werden aber fast nur von den bei Innungsmeistern in Arbeit stehenden jungen Leuten besucht. Will man aber wirklich den engherzig zünftlerischen Standpunkt einnehmen, daß die jungen Leute die Schulen nicht sollen besuchen dürfen, wenn sie einmal bei einem Nicht-Innungsmeister arbeiten? Die Vorlage macht nun, wie das immer bei zünftlerischen Vorlagen der Fall ist, einen scharfen Unterschied zwischen Industrie und Handwerk. Der Abg. Metzner hat aber in der Commission schon verrathen, daß man später auch den Fabriken zu Leibe rücken will. Wie man das anzufangen gedenkt, ist mir freilich nicht klar, wenn ich auch nicht bestreiten will, daß die Industrie das Handwerk vielfach geschädigt hat. Mit Gesetzen läßt sich aber dagegen nichts thun. Dagegen hat der Director des hiesigen Kunstgewerbemuseums Professor Lessing in einer Vorlage nachgewiesen, daß die schlimmste Zeit für das Handwerk vorbei ist. Gerade die hohe Entwickelung der Industrie trage das Heilmittel für das Handwerk in sich. Es werde immer mehr möglich, daß der einzelne Handwerker maschinelle Einrichtungen benutze, und dabei habe dann das Handwerk durch die dem Einzelnen innewohnende Geschicklichkeit und Intelligenz einen Vorsprung vor der Industrie. Trotz des Aufschwungs der Maschinenindustrie habe sich das Handwerk in Deutschland in den letzten Jahrzehnten stetig gehoben. Zugleich habe die Industrie durch ihre Massenproduction die Bedürfnisse gesteigert, jetzt breche beim Publikum wiederum das Verlangen nach individueller schöner Ausführung hervor, und so gehe jetzt das Handwerk durch Benutzung maschineller Einrichtungen, welche von der kunstverständigen Intelligenz des Einzelnen geleitet werden, einem neuen Aufschwunge entgegen. Das ist das Resultat, zu welchem Herr Professor Lessing kommt. Solche Bestrebungen auf Dienstbarmachung der Maschinen für die Handwerker sollte man lieber unterstützen, namentlich von Seiten der Vereine und Corporationen, anstatt sich zünftlerischen mittelalterlichen Bestrebungen hinzugeben. Diese Vorlage aber ist die Zwangsinnung, sie ist wenigstens ein Schritt zur Zwangsinnung, und darum müssen wir uns gegen die Vorlage erklären. (Beifall links.)

Geh. Ober-Regierungsrath **Lohmann**: Nach den bisherigen Verhandlungen des Hauses über das Innungswesen war zu erwarten, daß die Vorlage lebhaften Widerspruch finden würde. Wenn aber der erste Herr Redner in einer so scharfen Weise sich gegen dieselbe ausgesprochen hat, so kann dies alle diejenigen, welche mit den Strömungen in den Handwerkerkreisen nicht näher bekannt sind, nur im höchsten Maße befremden. Wenn das wahr wäre, was der Herr gesagt hat, als Vertreter des Handwerkerstandes, und wenn die Regierung sich in ihren Erwägungen leiten ließe von der Aussicht auf Dank, so könnte sie durch diese Rede veranlaßt werden, ihre Bestrebungen für das Innungswesen überhaupt aufzugeben. (Sehr richtig! rechts.) Auf diesem Standpunkt stehen aber die verbündeten Regierungen nicht, sie haben nur die allgemeinen Interessen im Auge, und nur, insofern die Interessen des Handwerkerstandes allgemeine Interessen sind, erfahren sie die Förderung der Regierung. Hauptsächlich hat der Abg. Metzner seinen Widerspruch gegen die Bestimmung geltend gemacht, daß die nicht der Innung angehörenden Handwerker zu den Kosten der Innungseinrichtungen nur dann herangezogen werden sollen, wenn diese letzteren zu dem Zwecke, zu dem sie bestimmt sind, als geeignet befunden werden. Will denn der Abg. Metzner wirklich so weit gehen, daß jene Handwerker auch Beiträge leisten sollen für solche Einrichtungen, die nicht geeignet sind? Die Einwendungen nach dieser Seite sind also durchaus hinfällig. Im Uebrigen habe ich für die ablehnende Haltung des Abg. Metzner so wenig Unterlagen in seinem Vortrage gefunden, daß ich nicht im Stande bin, auf eine nähere Widerlegung mich einzulassen. Ich muß das den Verhandlungen in der Commission überlassen, falls der Herr auch da noch seine Behauptungen aufrecht erhält.

Abg. **von Kleist-Retzow** (conf.): Der Abg. Metzner sollte sich doch freuen, daß mit dieser Vorlage ein Theil unserer Wünsche Erfüllung finden soll. Wir wünschen auch noch den Befähigungsnachweis 2c., und darüber werden wir mit den Commissarien der verbündeten Regierungen noch verhandeln. Jedenfalls sollten wir der letzteren für diese Vorlage dankbar sein. Der Abg. Baumbach meint, die Innungen hätten bisher nichts geleistet. Ja, wie sollten sie denn viel leisten? Sind sie nicht stets dem entgegengetreten, und haben wir es bisher denn erreichen können, daß die Gesetzgebung es den Innungen überhaupt möglich machte, etwas zu leisten? Wir verlangen jetzt nicht die Zwangsinnung, wir verlangen die freiwillige Innung. Aber sie muß in den Stand gesetzt werden, zu bestehen. Ob der gegenwärtige Entwurf das schon erreichen wird, ist allerdings die Frage. Der Entwurf legt die ganze Entscheidung in die Hände der oberen Verwaltungsbehörden. Diese haben zu prüfen, ob die Einrichtungen der Innungen zweckmäßig sind, und auch bejahendenfalls müssen sie nicht, sondern können nur die Heranziehung der Nichtinnungsmitglieder beschließen. Was das heißen will, zeigt am besten folgender Umstand. Wir haben etwa 3000 Innungen — das ist gar nicht wenig, Herr Baumbach — und doch haben nur 144 das Alleinrecht, Lehrlinge zu halten. Wenn wir dem Handwerk wirklich helfen wollen, werden wir zur Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Handwerks kommen müssen. Dann wird die Majorität der Handwerker selbst über ihre Interessen entscheiden. (Beifall.)

Geh. Ober-Regierungs-Rath **Lohmann**: Die Einzelheiten der Vorlage können wir im Plenum nicht erledigen. Ich will nur erwidern auf die Bedenken des Vorredners bezüglich der discretionären Vollmachten der Verwaltungsbehörden, vor denen er ganz im Gegensatz zu seiner politischen Vergangenheit so große Angst hat. Er meint, das Handwerk könne besser über diese Dinge entscheiden, als die Behörden. Wer ist denn das Handwerk? Doch immer die Handwerker und zwar immer die jeweilige Majorität der betreffenden Innungshandwerker. Man strebt also einfach nach der Majoritätsherrschaft. Nun verweist der Vorredner darauf, daß bisher erst 144 Innungen das Recht, allein Lehrlinge zu halten, gewährt worden ist. Von diesen 144 Innungen sind aber 137 preußische und nach den weiteren Gewährungen des letzten Jahres sind es schon 323. Wenn es nicht mehr sind, so liegt das einfach daran, daß der betreffende Gesetzesparagraph bestimmt, daß jenes Recht nur Innungen gewährt werden darf, welche sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bewährt haben. Daß die Verwaltungsbehörden richtig verfahren sind und keinen allzu strengen Maßstab angelegt haben, dafür ist der beste Beweis die Thatsache, daß bisher kaum eine Beschwerde gegen ihre Entscheidungen an den Minister für Handel und Gewerbe erfolgt ist. Die Befürchtungen des Vorredners sind also unbegründet.

Abg. **Kräcker** (Soc.): Ich muß mich gegen die Vorlage erklären, weil ich ihre Folgen für schädlich halte, und ich thue dies, obgleich ich überzeugt bin, daß sie den Socialdemokraten zu gute kommen wird. Die Vorlage belegt die Handwerker mit einer Innungssteuer. Die Innungen werden niemals etwas Gutes auf dem Gebiete der Fachschulen leisten. Die Communal-Fachschulen leisten überall Treffliches. Die Communen haben auch viel mehr Mittel sie zu erhalten, als die Innungen. Nun sollen dieselben Handwerker, die schon die Communal-Fachschulen durch ihre Steuern miterhalten helfen, noch zu den Innungsschulen beitragen. Dagegen protestiren wir. Und dann, wie kommen die Gesellen dazu, für die Lehrlinge und Meister, die sie nichts angehen, mit zu bezahlen. Wenn sie aber solche Einrichtungen treffen, so ist doch vor allem nöthig, daß sie dem Handwerker auch die Zeit verschaffen, die Innungsschule zu besuchen. Dazu die Hand zu bieten, haben sie aber stets verweigert. Was die Schiedsgerichte betrifft, so kann ich behaupten, daß sämmtliche Arbeiter weit mehr Vertrauen zu den Schiedsgerichten der Communen haben, als zu denen der Innungen, und die letzteren werden den ersteren nur im Wege stehen. Am wichtigsten sind aber die Bestimmungen über die Fabriken. Durch den Ausschluß dieser von der Beitragspflicht drängen sie die Handwerker in die Fabriken. Die Meister werden keine Gesellen bekommen, sie werden nur mit Lehrlingen arbeiten und die Lasten werden so von immer Wenigeren getragen werden müssen. Die Hoffnungen des Abg. Baumbach auf

eine Hebung des Handwerks betreffen nur einen augenblicklichen Zustand in manchen Gegenden. Im Lande starrt uns eine schreckliche Noth des Handwerks entgegen, und die Hoffnungen des Abg. Baumbach sind ganz unberechtigt. Wenn der Abg. von Kleist-Retzow durch die Zwangsinnung dem Handwerk glaubt helfen zu können, so ist das eine große Täuschung. Es werden nur die Großmeister gewinnen, sie werden die Innungen beherrschen und die kleinen Meister werden weiter zurückgehen. Könnten die Innungen etwas helfen, so hätte es längst geschehen müssen. Sie müßten sich zusammenthun zu gemeinsamer Beschaffung des Materials und zu gemeinsamer Production; aber das haben sie nirgends vermocht. Eine wirkliche Hebung des Handwerks kann nur dadurch bewirkt werden, daß der Staat die Regelung der Production in die Hand nimmt. Die Vorlage wird die socialdemokratischen Bestrebungen fördern, aber wir stimmen gegen sie, weil sie eine einseitige Belastung eines Standes ist.

Abg. Robbe (Reichsp.): Ich freue mich, daß diese Vorlage eingebracht ist, die eine alte Forderung unserer Partei erfüllt. Auch ich meine, daß wir das Handwerk nur heben können durch Stärkung der corporativen Verbände und dadurch, daß wir den Eintritt in die Innungen erstrebenswerther machen. Die Angriffe, die Abg. Baumbach gegen die Vorlage gerichtet hat, sind ganz verfehlt. Sie richten sich gegen die veranstalteten Zwangsinnungen, während die Vorlage auf dem Boden der freiwilligen Innungen steht und nicht Zwangsinnungen, sondern neue, lebenskräftige Bildungen hervorrufen will.

Abg. Dr. Miquel (natlib.): Meine politischen Freunde werden wohl überwiegend für die Vorlage im Großen und Ganzen eintreten, aber müssen sich dabei eine wesentliche Reserve erlauben. Ich bemerke zuvor, daß wenn die von verschiedenen Seiten angekündigten Anträge, welche viel weiter gehen, als die Regierungsvorlage, angenommen werden sollten, die Stellung meiner politischen Freunde zu der Vorlage zu meinem großen Bedauern wahrscheinlich eine andere werden wird. (Unruhe links.) Es ist ja richtig, daß in den letzten Jahren die verbündeten Regierungen in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstags Schritt für Schritt systematisch die Idee verfolgt haben, durch Gewährung besonderer Rechte und Vorrechte den Innungen die Möglichkeit zu gewähren, sich als öffentliche rechtliche Corporationen auf socialem und wirthschaftlichem Gebiet zu bewähren. Ich für meinen Theil widerspreche diesem Standpunkt durchaus nicht. Ich kann auch in dieser Beziehung den berechtigten Bestrebungen der Handwerker nicht entgegentreten, weil ich schon viel früher, als diese Politik von der kaiserlichen Regierung eingeschlagen wurde, und zwar durch freie Vereinigungen, durch Initiative des Handwerkerstandes in der Stadt, in der ich damals lebte, im Wesentlichen alles thatsächlich erreicht habe, was in den meisten Städten trotz dieser jetzt gewährten Vorzugsrechte in Folge der mangelhaften Initiative und Opferfreudigkeit — ich muß das offen aussprechen — der Handwerksmeister bis zum heutigen Tage noch nicht erreicht ist, also wenn ich in dieser Beziehung mich ganz offen äußere, so soll das nicht die Meinung erzeugen, als wenn mir der corporative Zusammenschluß des Handwerkes gleichgiltig wäre. Sehr bedeutende derartige Vorzugsrechte gewährt der § 100 e denjenigen Innungen, deren Mitgliedern das Recht gegeben wird, ausschließlich Lehrlinge zu halten. Denen wird damit ein so eminentes Benefizium gewährt, daß damit eigentlich schon eine Art Zwangsinnung construirt ist. Nun sehen wir, und der Regierungscommissar hat sich damit zufrieden erklärt, daß bis jetzt nur eine sehr geringe Anzahl von Innungen zu diesem Privilegium gelangt ist. Ich kann dem Regierungscommissar aus meiner Praxis bezeugen, daß es irrig ist, wenn man glaubt, daß die verhältnißmäßig geringe Zahl von Innungen, die Privilegien erhalten, auf eine zu harte Praxis der Oberverwaltungsbehörden zurückzuführen ist. Im Gegentheil, die Oberverwaltungsbehörden haben systematisch die Gewährung dieser Privilegien befördert und sind in dieser Beziehung häufig weiter gegangen als solche Magistrate von Städten, die dieser ganzen Entwickelung durchaus nicht ungünstig waren. In dieser Beziehung also ist das Mißtrauen gegen die oberen Verwaltungsbehörden durchaus unbegründet. Ich wünschte, daß die kaiserliche Regierung klarer und deutlicher als bisher sich darüber ausspreche, welches das letzte Ziel der Sache ist. (Sehr richtig! links.) Als Anfang für eine Zwangsinnung, für die Wiederherstellung des Zunftwesens würden wir die Vorlage ablehnen, als Ende, als Schluß von dem Standpunkte aus, daß man die Freiheit des Gewerbes und der Innungsbildung aufrecht erhalten will, können wir die Vorlage acceptiren. (Sehr richtig! links.) Die Regierung thäte nicht allein uns gegenüber wohl, sich klar auszusprechen, die wir berufen sind, die Gesetze zu machen, sondern eine solche Klarstellung, wenn sie auch vielen Aspirationen im Handwerkerstande zur Zeit unangenehm wäre. würde doch dem Handwerkerstande zu Nutz und Frommen gereichen. Denn nach meinen Erfahrungen ist nichts gefährlicher gewesen bis heute, als daß die Handwerker von einer gesetzlichen Einräumung nach der anderen jagen und von Stufe zu Stufe weiter gehen, immer mit dem dunklen illusorischen Hintergedanken: „Wir werden doch noch einmal die ganze Gewerbefreiheit los werden und zum vollen Zunftwesen zurückkehren." Solche Illusionen muß man nicht im Handwerkerstand bestehen lassen. Die Regierung ist verpflichtet, in dieser Beziehung deutlich zu sprechen zu Nutz und Frommen der Handwerker selbst. Denn diejenigen Handwerker, die am thätigsten sind, den meisten Eifer zeigen, den besten Willen haben, beschäftigen sich nicht mit der Gegenwart, wollen sich nicht selber helfen mit den Mitteln, die die Innungen schon haben, sondern sie wollen immer neue Rechte haben und jagen Phantomen nach, die sie nie erreichen werden. Ich weiß, daß das, was ich sage, vielen im Handwerkerstande nicht angenehm sein wird, aber ich halte mich dazu verpflichtet, ich will den Leuten nichts Angenehmes sagen, sondern ich will ihnen etwas Nützliches sagen. Das ist meine Pflicht und Schuldigkeit. Dann aber auch im Einzelnen, und da muß ich sagen, ich halte in manchen Beziehungen manche Bemerkungen des Abg. Kräcker für sehr werthvoll und beweisend, daß der Redner die praktischen Verhältnisse vielfach richtig beurtheilt. Zuerst die Schiedsgerichte. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß die Zunftschiedsgerichte schwer dahin gelangen werden, das gleichmäßige Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeiter zu gewinnen. Der Geselle steht in dieser Beziehung dem Meister viel zu nahe; vielfach ist die Abhängigkeit von ihm viel zu groß. Die Freiheit der Stellung, wie die Gewerbeordnung in dieser Beziehung die Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeiter einräumt, ist in diesen Gerichten gefährdet. Zweitens aber sind die Gerichte insofern bedenklich, weil die zünftigen Schiedsgerichte nicht im Ausschluß des Rechtswegs entscheiden können. Ich komme nun auf die Fachschulen. Auch in dieser Beziehung muß ich sagen, ist Vieles von dem, was Herr Kräcker uns gesagt hat, zutreffend. Das ist aber ein sehr weitläufiges Capitel, von dem Viele nichts verstehen, weil man es aus der Theorie nicht lernen kann, sondern nur aus der Praxis. Ich will nur kurz das Resultat meiner Beobachtungen mittheilen. Ich habe die Erfahrung, wie allerdings früherhin unsere gewerblichen Schulen viel zu weit gegangen sind nach der Seite der Förderung der sogenannten allgemeinen Bildung. (Sehr richtig!) Die fachliche Seite trat fast völlig in den Hintergrund und selbst da, wo die Ansätze zur fachlichen Ausbildung waren, hatten sie mehr einen theoretischen Charakter. Man sollte im Allgemeinen schön zeichnen und bossiren, aber man stellte sich nicht den Zweck, für ein bestimmtes Handwerk vorzugsweise diese Kunstfertigkeiten auszubilden. Dieses System hat man jetzt nach und nach verlassen, die Förderung der allgemeinen Ausbildung kann nicht entbehrt werden, weil leider Gottes die Lehrlinge des Handwerkerstandes immer mehr aus Klassen kommen, die schwach vorgebildet sind, und leider der Handwerkerstand selbst sich entwöhnt hat, seine eigenen Söhne wieder Handwerkslehrlinge werden zu lassen. Die brauchen wir also. Eine Abtheilung ist dafür in den gewerblichen Schulen absolut nothwendig, so wie wir nun aber in die gewerbliche Abtheilung kommen, so ist ein System nothwendig von aufrückenden Klassen, die nach einem bestimmten Plan Schritt für Schritt die Ausbildung fördern, bis man endlich auf diejenigen Klassen kommt, die die specielle Ausbildung geben für das Zeichnen, was der Schlosser braucht, der Decorationsmaler u. s. w., also auf Grund einer systematischen und organischen Vorbildung, welche die fachliche Vorbildung des betreffenden Handwerkers abschließt. Wenn nun die Innungsgewerbeschulen dies ganze nicht leisten können, wenn sie daher, wollen sie überhaupt nützlich mitwirken, sich auf einzelnes zu beschränken genöthigt sind, wenn sie verständig sind, wenn sie nicht an Stelle der Ausbildung in den communalen Fortbildungsschulen ihre kleine fachliche Innungsschule setzen wollen, wenn sie gewissermaßen den letzten Rest dieser Vorbildung in der fachlichen Schule der Innung herstellen wollen und sich in dieser Beziehung organisch an das ganze Schulsystem der Gemeinde anschließen, dann können sie allerdings sehr nützlich wirken. Ob aber die Innungen diesen Rathschlägen folgen werden, die leider vielfach der Meinung sind, daß man nichts weiter brauche als den Unterricht in den rein mechanischen Hantirungen und daher für diese Ausbildung in den gewerblichen Schulen sehr wenig Respect haben, das ist mir zweifelhaft. Ich habe dies nur deswegen so ausführlich erörtert, weil ich verlange, daß wenn Anträge auf Gewährung der hier fraglichen Privilegien an die oberen Verwaltungsbehörden kommen, sie sich auch die Frage vorlegen, wie sich die fachliche Schule der Innung zu dem gewerblichen Schulsystem in der betreffenden Gemeinde überhaupt verhält. Aber aus dem Grunde allein schon, das wird mir Herr v. Kleist-Retzow zugeben, ist es völlig unmöglich, daß wir die Entscheidung über die Gewährung solcher Rechte und Privilegien der Mehrheit der Innungsmitglieder überlassen. Da sind doch ganz andere Rücksichten höherer Art entscheidend. Das würde zu meinem lebhaften Bedauern das ganze Gesetz geradezu unmöglich machen. Wenn das Gesetz verständig gehandhabt wird, wenn endlich Klarheit in die Verhältnisse kommt, wenn die Handwerker selbst sich sagen: „Nun haben wir solche Rechte, wie keine Corporation wirthschaftlicher und socialer Art sie überhaupt je in Deutschland besessen hat, jetzt ist es unsere Sache, vorwärts zu gehen, um in dem Strome moderner Entwickelung befähigt weiter zu schwimmen", dann glaube ich allerdings, daß dieses Gesetz nützlich wirken kann. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann ich und können meine Freunde es acceptiren, und ich möchte die dringende Bitte aussprechen an die Mitglieder der Commission, ja vorsichtig in der Amendirung zu sein, damit man die Vortheile, die ja gerade nach der Meinung der Herren der Bewegung durch dieses Gesetz erwachsen, nicht verliere durch Uebertreibung und in Folge dessen durch Gefährdung des Kerns der Sache, den diese Vorlage vertritt. (Beifall.)

Geh. Oberregierungsrath Lohmann: Der Herr Vorredner hat die Annahme des Gesetzentwurfs einigermaßen davon abhängig gemacht, daß von Seiten der verbündeten Regierungen für die Zukunft bestimmte Erklärungen abgegeben werden. Was die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit demnächst beschließen werden, ist heute zu sagen Niemand im Stande. Das aber kann ich dem Vorredner erwidern, daß diese gegenwärtige Vorlage auf der Tendenz beruht, die ganze Gesetzgebung auf dem bisherigen grundsätzlichen Standpunkt zu erhalten. Es heißt nämlich in den Motiven: „Die Gewerbeordnung und in deren Weiterbildung die Novelle vom 18. Juli 1881 gehen davon aus, daß die Bildung und Wirksamkeit der Innungen mit der gesunden freien Bewegung auf dem Gebiete der gewerblichen Thätigkeit nicht in grundsätzlichen Widerspruch treten dürfe. Sie haben daher die Bildung von Innungen der freien Initiative der Betheiligten überlassen, die Innungen selbst aber in gerechter Würdigung der Bedeutung des Handwerks für das wirthschaftliche und sociale Leben mit öffentlichen Rechten und Pflichten ausgestattet, um sie dadurch als öffentlich rechtliche Corporationen zu Trägern der gewerblichen Selbstverwaltung zu erheben." Daß die Innungen wirklich in dieser Weise die Träger der gewerblichen Selbstverwaltung werden, ist der hauptsächlichste Wunsch, welcher die Regierung veranlaßt hat, diesen Gesetzentwurf einzubringen.

Abg. Biehl (Centr.): Die Verwaltungsbehörden befolgen bei der Vertheilung der Vorrechte nicht immer gleichmäßige Grundsätze. (Zum Beweise verliest Redner einige Verfügungen bairischer Behörden.) Der Zweck des Gesetzes wird theilweise durch die Bestimmung illusorisch, daß solche Handwerker nicht zu den Kosten der Innungseinrichtungen beitragen sollen, welche fabrikmäßig ihr Geschäft betreiben, denn viele Handwerker wollen sich nicht mehr als solche bezeichnen, sondern nennen sich Fabrikanten. Ich lege auf den Befähigungsnachweis einen viel größeren Werth als auf diese Vorlage. Von der Kommission hoffe ich, daß sie eine glücklichere Fassung für das Gesetz finden wird, als sie jetzt hat.

Baierischer Bevollmächtigter Landmann tritt der Behauptung entgegen, daß die baierischen Behörden den Interessen der Handwerker nicht genügende Beachtung entgegenbrächten.

Das Gesetz wird darauf an die Innungs-Commission verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Militär-Relictengesetz; Wahlprüfungen. Schluß 5 Uhr.

---

* **Berlin,** 12. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Branntweinsteuervorlage hat zu einer Zeitungscontroverse über die Quellen jener Publicationen geführt, in welche einzutreten die „Nordd. Allg. Ztg." keine Veranlassung hatte. Jedenfalls sind die Quellen für Zeitungsberichte über Bundesrathsvorlagen durch diese Erörterung nicht verstopft worden, da neuerdings verschiedene auswärtige Blätter in der Lage zu sein behaupteten, über die Zuckersteuer-Vorlage Inhaltsangaben zu bringen, zu derselben Zeit, wo nach diesen Blättern sich diese Vorlage im Cabinet Sr. Majestät des Kaisers befinden sollte".

* **Berlin,** 12. Mai. Zu der auf den 9. Juni d. J. anberaumten Feier der Eröffnung der Arbeiten zum Nordostsee-Canal werden die Stände der Provinz Schleswig-Holstein dem Kaiser ein Fest geben, zu dessen Kosten ein unbeschränkter Credit von ihnen bewilligt wurde. Der Grund, weshalb die Feier der Eröffnung der Arbeiten für den Nordostsee-Canal vom 6. auf den 9. Juni verschoben worden ist, liegt in dem Wunsche des Kaisers, am 7. Juni nach Liegnitz zu reisen, um die 60jährige Feier als Chef seines Königs-Grenadier-Regiments (2. Westpreußisches) Nr. 7 dort zu begehen.

* **Berlin,** 12. Mai. Die Nachricht, Canonicus Sockel soll Fürstbischof von Breslau werden, stammt aus derselben Quelle, welche neulich von den Verhandlungen mit Stumpf meldete. Uebrigens bemerkt die Kreuzzeitung zu der Reise des Bischofs Kopp nach Berlin: „Wir lassen dahingestellt, ob die Ordensfrage den Hauptgegenstand der Besprechung gebildet hat. Es liegt die Vermuthung nahe, daß auch die Frage der Besetzung des bischöflichen Stuhles zu Breslau in den Bereich der gepflogenen Erörterungen gezogen sein dürfte."

* **Berlin,** 12. Mai. Generalfeldmarschall Graf v. Moltke hat sich heute früh zum Sommeraufenthalt nach seiner Besitzung Kreisau bei Schweidnitz i. Schl. begeben.

Wittenberg, 12. Mai. Heute Mittag um 12 Uhr gerieth die im Umbau begriffene Elbbrücke in Brand, wodurch bei dem heftigen Westwind die parallel laufende Eisenbahnbrücke aufs äußerste gefährdet wurde. Der Bahnverkehr erlitt in Folge dessen eine Unterbrechung. Gegen 3 Uhr Nachmittags wurde das Feuer gelöscht. Ein Bahngeleise ist wieder fahrbar, so daß der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

* **Wien,** 12. Mai. Gestern Nachts brachten mehrere Hundert Studenten eine Katzenmusik vor Maaßens Wohnhaus. Die Wache schritt ein, trieb die Studenten auseinander und verhaftete fünf, die sich der Wache widersetzt hatten. Die juridischen Vorlesungen wurden heute sistirt. Wiederholen sich morgen die Unruhen, so wird unter Aufhebung des Universitätsprivilegiums die Polizei im Gebäude einschreiten; heute fand keine Ruhestörung statt. Rector Zimmermann sagte heute zu den Studenten: „Noch ein Pereat würde das Pereat für die juridische Facultät bedeuten."

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

* **Paris,** 12. Mai. Der „Figaro" meldet angeblich aus authentischer Quelle, Giers trete, der ewigen Angriffe gegen ihn müde, zurück und werde durch den russischen Botschafter in Berlin, Grafen Schuwalow, ersetzt.

Der „Matin" will wissen, daß keine einzige europäische Macht sich officiell an der Weltausstellung betheilige.

Goblet's Erklärungen im Budgetausschuß, welche eine Wiederholung seines Briefes darstellten, wirkten äußerst ungünstig. Der Ausschuß beschloß denn auch, der Kammer vorzuschlagen, daß sie das Ministerium zu einer völligen Umarbeitung des Voranschlages auffordere. Zum Berichterstatter wurde Pelletan gewählt, der hartnäckigste Gegner der Finanzpläne der Regierung. Der Finanzminister Dauphin wollte zurücktreten, Goblet lehnte dies jedoch ab, da das Cabinet solidarisch bleiben müsse. Der unvermeidliche Zwist dürfte Anfang nächster Woche ausbrechen. Giebt die Kammer dem Ministerium Recht, so muß der Budgetausschuß abdanken; andernfalls erfolgt der Rücktritt des Cabinets. Der Streitpunkt ist, daß das Ministerium erklärt, die Möglichkeit weiterer Ersparungen nicht zu sehen, dieselben jedoch ausführen zu wollen, wenn der Budgetauschuß sie bezeichne, während der Budgetausschuß behauptet, dies sei nicht seines Amtes. (Siehe Wolffs telegraphische Meldung aus Paris in vorliegender Nummer. — Red.)

In Clermont veranstaltete die Bevölkerung eine feindselige Kundgebung gegen den Menageriebesitzer Pezon, weil er deutsche Musiker beschäftigte. Die Ruhe trat erst ein, als Pezon die Entlassung der Deutschen ankündigte.

Warschau, 12. Mai. Die zwei größten Städte des Gouvernements Minsk: Sluzk und Bobruisk (an der Beresina) sind von großen Feuersbrünsten theilweise vernichtet worden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 12. Mai. Der Kaiser begab sich Mittags zur Besichtigung des 1. Garde-Regiments z. F. nach Potsdam. Zu der heute Abend bei dem Kaiserpaare stattfindenden Soiree sind 120 Einladungen ergangen.

Berlin, 12. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde der Entwurf des Gesetzes über die Zuckersteuer den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

Berlin, 12. Mai. Die „Norddeutsche Allg. Ztg." bezeichnet die Blätterangabe, die Abberufung des Generalconsuls Arendt (Zanzibar) hänge mit einer Klage des Sultans über Arendt bei dem auswärtigen Amte zusammen, als Erfindung. Arendt ist schon länger an einem hartnäckigen Fieber erkrankt, und lediglich abberufen worden, weil er das Klima in Zanzibar auf die Dauer nicht vertragen konnte.

Wien, 12. Mai. Eine Studentendeputation begab sich heute zum Rector und theilte demselben mit, daß die Studentenschaft fest entschlossen sei, die Ordnung in der Universität selbst aufrecht zu erhalten und alle Demonstrationen zu vermeiden.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

Paris, 12. Mai. Der Ministerrath lehnte die Tagesordnung der Budgetcommission ab und beschloß, den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten, welche am Montag oder Dinstag in der Kammer stattfinden.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 12. Mai. **Neueste Handels-Nachrichten.** Für die Actien von O. Titels Kunsttöpferei, Actiengesellschaft, deren Einführung an der heutigen Börse erfolgte, machte sich Interesse geltend. Die Kaufaufträge, die vorlagen, waren so zahlreich, dass dieselben wegen des geringen Materials, welches den Maklern zu Gebote stand, wesentlich reducirt werden mussten. Der Cassacours stellte sich auf 125 pCt. — Aus Brüssel telegraphirt man der „Vossischen Zeitung": Die Congo-Gesellschaft hat die Erhöhung des Actiencapitals von einer auf zwei Millionen Francs beschlossen. — Wie weiterhin aus Brüssel geschrieben wird, hat sich Baron Sadoine, der frühere Director der Cockerill'schen Werke, jetzt nach San Franzisco begeben, nachdem er angeblich gute Erfolge im Interesse der belgischen Grossindustrie in China und Japan erzielte. — Aus Wien meldet der Telegraph: Die Verhandlungen Joubert's mit der Orientbahn-Gesellschaft stossen mit Rücksicht auf die Vollendung der Anschlussbahnen auf Schwierigkeiten, da die bulgarische Regierung erklärte, im Falle des Nichtzustandekommens der Anleihe die Arbeiten auf ihrer Theilstrecke einstellen zu müssen. — Die Eidgenossenschaft unterhandelt mit Italien wegen Zusammenberufung einer Conferenz, um über den Anschluss der Simplonbahn auf italienischem Gebiete zu berathen. — In Italien gelangen demnächst 19 000 Tonnen Stahlschienen für italienische Eisenbahnen zur Submission. — Die Emission der vierten Serie der Römischen Stadt-Anleihe wird im Laufe der nächsten Woche hierselbst durch die Deutsche Bank erfolgen.

Berlin, 12. Mai. **Fondsbörse.** Nach fester Eröffnung verflaute die Börse etwas auf die französische Ministerkrisis und allerlei, zum Theil ganz unsinnige Pläne einer Capitalrentensteuer, um sich zum Schluss auf bessere Pariser Course wieder zu erholen. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Creditactien zu etwas schwächerer Notiz mässig lebhaft, und auch Franzosen und andere österreichische Bahnen waren schwächer. Lombarden fest; Gotthardbahn abgeschwächt. Von den fremden Fonds waren russische Werthe fester, Ungarische Goldrente und Italiener unverändert. Deutsche und preussische Staatsfonds und inländische Eisenbahnprioritäten fest und ruhig. Bankactien wenig verändert und ruhig. Die speculativen Devisen etwas abgeschwächt und lebhafter. Inländische Eisenbahnactien schwächer, Mecklenburgische etwas besser. Am Montanmarkt herrschte Geschäftsunlust. Die anfänglich höheren Course konnten sich nicht voll behaupten. Bochumer wurden zu $116^3/_4$—$116^5/_8$ ca. $^1/_2$ pCt., Dortmunder zu $52^1/_4$—$51^7/_8$ ca. $^5/_8$ pCt. und Laurahütte zu $68^7/_8$—$68^3/_4$ ca. $^1/_2$ pCt. niedriger umgesetzt; jedoch machte sich eine Steigerung zum Schluss um $^3/_4$ pCt. bemerkbar. Am Cassamarkt gewannen Dortmunder Union-Stammprioritäten 0,85, Marienhütte 1, Pluto 1 pCt. Niedriger waren Anneuer Gussstahl 1, Bonifacius 1,10, Phoenix 1 50, Westf. Union-Stamm-Prioritäten 1,15 pCt. Industriepapiere waren ziemlich fest. Höher stellten sich Lagerhof 2, Görlitz Lüders conv. 1, Harburg-Wien 1, Nordhaus. Tap. 1, Rathenow Opt. 1,50 pCt. Dagegen verloren Frankfurter Brauerei 2, Hallesche Masch. 3, Lindener Brauerei 3, Löwe 3,75, Nienburger Eisen 1, Nolte 1,50, Bresl. Brauerei 1,50, Schering 2, 75, Spinn. 1,50 pCt.

Berlin, 12. Mai. **Productenbörse.** Das Dementi gegen das Sperrgesetz und die Vertagung der Zollprojecte wirkte verstimmend. — Weizen loco matt. Termine bei lebhaftem Handel $^3/_4$—$1^1/_2$ M. niedriger. — Roggen loco schwach behauptet. Termine wie bei Weizen. — Hafer ist wieder sehr vernachlässigt und haben Preise sowohl für Loco- als Terminwaare $^3/_4$—1 M. eingebüsst. — Mais matter, Mai-Juni 108, September-October 109 M. nominell. — Mehl für nahe Sichten behauptet, spätere flau und niedriger. — Rüböl gut behauptet. — Petroleum geschäftslos. — Spiritus eröffnete mit höheren Preisen, ermattete alsdann und schloss gegen gestern wenig verändert.

Magdeburg, 12. Mai. **Zuckerbörse.** Termine per Mai 11,85 bis 11,90—$11,92^1/_2$ M. bez. u. Gd., 11,95 M. Br., per Juni 12,00 bis $12,02^1/_2$ M. bez. u. Br., per Juni-Juli 12,05—12,10—$12,07^1/_2$ M. Br., 12,05 M. Gd., per Juli-August 12,15 M. Br., per August 12,15 M., per October-December 11,65 M. bez. — Tendenz: Fest.

Havre. 12. Mai, Vorm. 10 Uhr 30 Min. **Kaffee.** Good average Santos per Juli 102, 25, per Januar 103, 75. Ruhig.

Paris, 12. Mai. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88 pCt. ruhig, loco 28,50, weisser Zucker behauptet, Nr. 3 per Mai 32,75, per Juni 32,80 per Juli-August 33,25, per October-Januar 33,00.

London, 12. Mai. **Zuckerbörse.** 96proc. Javazucker $13^5/_8$, ruhig. Rübenrohzucker $11^7/_8$. Fest.

Glasgow, 12 Mai. **Roheisen.** (Schlussbericht.) Mixed numbres warrants	11.	12.
	41 Sh. 1 P.	41 Sh. 1 P.

Berlin, 12. Mai, 3 Uhr 15 Min. [Dringl. Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Fest.

Cours vom	11.	12.	Cours vom	11.	12.
Oesterr. Credit ult.	452 50	451 —	Mecklenburger ult.	136 —	136 87
Disc.-Command. ult.	194 50	194 37	Ungar. Goldrente ult.	80 75	80 87
Franzosen ...... ult.	365 —	364 —	Mainz-Ludwigshaf. .	97 75	97 75
Lombarden. . ult.	139 50	141 —	Russ. 1880er Anl. ult.	82 62	82 87
Conv. Türk. Anleihe	13 62	13 75	Italiener .... ult.	97 —	97 12
Lübeck-Büchen ult.	157 12	157 —	Russ. II. Orient-A. ult	55 25	55 87
Egypter..........	75 75	75 62	Laurahütte..... ult.	68 62	69 12
Marienb.-Mlawka ult	47 12	46 75	Galizier .... ult.	83 —	83 —
Ostpr. Südb.-St.-Act.	62 25	61 75	Russ. Banknoten ult.	180 50	180 75
Dortm. Union St.-Pr.	51 62	52 50	Neueste Russ. Anl.	96 12	96 50

Wien, 12. Mai. [Schluss-Course.] Schwankend.

Cours vom	11	12.	Cours vom	11.	12.
Credit-Actien ..	280 90	280 60	Marknoten	62 27	62 30
St.-Eis.-A.-Cert.	226 50	226 10	4% Ungar. Goldrente	100 90	101 12
Lomb. Eisenb..	75 75	76 —	Silberrente	82 55	82 55
Galizier	206 —	206 —	London	126 95	127 —
Napoleonsd'or .	$10\ 01^1/_2$	10 05	Ungar. Papierrente.	87 55	87 80

Berlin, 12. Mai. [Amtliche Schluss-Course.] Ruhig.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Cours vom	11.	12.
Mainz-Ludwigshaf. .	97 80	97 90
Galiz. Carl-Ludw.-B.	83 —	82 30
Gotthardt-Bahn	106 80	106 60
Warschau-Wien	278 50	278 40
Lübeck-Büchen ...	157 20	156 60

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Cours vom	11.	12.
Breslau-Warschau . .	61 70	61 10
Ostpreuss. Südbahn.	106 —	105 —

Bank-Actien.

Cours vom	11.	12.
Bresl. Discontobank	90 80	90 60
do. Wechslerbank	100 20	100 20
Deutsche Bank	158 80	158 90
Disc.-Command. ult.	194 40	194 30
Oest. Credit-Anstalt	451 50	450 —
Schles. Bankverein.	107 —	106 20

Industrie-Gesellschaften.

Cours vom	11.	12.
Brsl. Bierbr. Wiesner	59 50	58 —
do. Eisenb. Wagenb.	93 —	93 10
do. verein. Oelfabr.	63 50	63 50
Hofm. Waggonfabrik	77 70	77 70
Oppeln. Portl.-Cemt.	63 —	63 —
Schlesischer Cement	100 —	99 90
Bresl. Pferdebahn .	133 —	133 —
Erdmannsdrf. Spinn.	55 50	54 20
Kramsta Leinen-Ind.	124 —	123 20
Schles. Feuerversich.	— —	1800 —
Bismarckhütte	102 —	102 25
Donnersmarckhütte	37 50	37 10
Dortm. Union St.-Pr.	51 20	52 10
Laurahütte	— —	68 60
do. $4\frac{1}{2}$% Oblig.	101 20	101 20
GörlEis.-Bd.(Lüders)	101 —	101 50
Oberschl. Eisb.-Bed.	43 10	43 —
Schl. Zinkh. St.-Act.	128 70	128 70
do. St.-Pr.-A.	129 20	128 90
Bochumer Gussstahl	115 70	116 50

Inländische Fonds.

Cours vom	11.	12.
D. Reichs-Anl. 4%	106 10	106 10
Preuss.Pr.-Anl. de 55	154 —	154 20
Pr. $3\frac{1}{2}$% St.-Schldsch	99 90	99 90
Preuss. 4% cons. Anl.	106 —	106 —
Prss. $3\frac{1}{2}$% cons. Anl.	98 70	99 —
Schl. $3\frac{1}{2}$% Pfdbr. L.A	97 20	97 20

Cours vom	11.	12.
Schles. Rentenbriefe	103 50	103 50
Posener Pfandbriefe	101 20	101 40
do. do. $3\frac{1}{2}$%	97 20	97 20
Goth. Prm.-Pfdbr. S. I	106 40	106 —
do. do. S. II	103 70	103 50

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Cours vom	11.	12.
Brsl.-Freib. Pr. Ltr. H.	102 50	— —
Obersch. $3\frac{1}{2}$% Lit. E.	98 50	— —
do. 4%	102 50	— —
do. $4\frac{1}{2}$% 1879	105 40	105 20
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	— —	— —
Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	50 50	50 70

Ausländische Fonds.

Cours vom	11.	12.
Italienische Rente .	97 20	97 20
Oest. 4% Goldrente	90 —	90 —
do. $4\frac{1}{5}$% Papierr.	65 —	65 20
do. $4\frac{1}{5}$% Silberr.	65 90	65 90
do. 1860er Loose.	113 90	114 10
Poln. 5% Pfandbr. .	56 60	56 70
do. Liqu.-Pfandbr.	51 90	52 50
Rum. 5% Staats-Obl.	94 50	94 50
do. 6% do. do.	106 —	105 80
Russ. 1880er Anleihe	82 60	82 90
do. 1884er do.	96 —	96 30
do. Orient-Anl. II.	55 20	55 50
do. Bod.-Cr.-Pfbr.	94 20	94 50
do. 1883er Goldr.	108 80	109 —
Türk. Consols conv.	13 70	13 70
do. Tabaks-Actien	74 —	74 —
do. Loose .	28 80	28 90
Ung. 4% Goldrente	80 80	81 —
do. Papierrente . .	70 10	70 20
Serb. Rente amort.	79 20	79 50

Banknoten.

Cours vom	11.	12.
Oest. Bankn. 100 Fl.	160 50	160 40
Russ. Bankn. 100 SR.	179 65	180 30
do. per ult.	— —	— —

Wechsel.

Cours vom	11.	12.
Amsterdam 8 T. .	— —	168 95
London 1 Lstrl. 8 T.	— —	20 38
do. 1 „ 3 M.	— —	20 $32\frac{1}{2}$
Paris 100 Frcs. 8 T.	— —	80 75
Wien 100 Fl. 8 T.	160 40	160 30
do. 100 Fl. 2 M.	159 70	159 55
Warschau 100 SR 8 T.	179 50	180 10

Privat-Discont $1\frac{7}{8}$%.

Berlin, 12. Mai. [Schlussbericht.]

Cours vom	11.	12.
Weizen. Flauer.		
Mai	184 —	183 50
Septbr.-Octbr. ...	172 50	171 25
Roggen. Flau.		
Mai-Juni	128 —	127 25
Juni-Juli	128 50	127 50
Septbr.-Octbr. ...	133 —	131 25
Hafer.		
Mai-Juni	99 50	98 50
Septbr.-Octbr.	106 —	104 50

Cours vom	11.	12.
Rüböl. Ruhig.		
Mai-Juni	44 60	44 70
Septbr.-Octbr.	45 —	44 80
Spiritus. Ermattend.		
loco	41 —	41 40
Mai-Juni	41 30	41 20
Juli-August	42 20	42 —
August-September	43 —	42 80

Stettin, 12. Mai. — Uhr — Min.

Cours vom	11.	12.
Weizen. Ruhig.		
Mai	176 —	178 —
Juni-Juli	176 50	178 —
Roggen. Unveränd.		
Mai	123 50	124 —
Juni-Juli	125 50	125 50
Petroleum.		
loco	10 35	10 35

Cours vom	11.	12.
Rüböl. Unverändert.		
Mai	44 50	44 50
Septbr.-Octbr.	45 —	45 —
Spiritus.		
loco	40 40	40 60
Mai	40 40	40 60
Juni-Juli	40 70	41 —
August-September	42 10	42 40

Paris, 12. Mai. 3% Rente 80, 30. Neueste Anleihe 1872 108, 12. Italiener 97, 85. Staatsbahn 457, 60. Lombarden —, —. Neue Anleihe von 1886 —, —. Egypter 376. Träge.

Paris, 12. Mai, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Ruhig.

Cours vom	11.	12.
3proc. Rente	80 50	80 32
Neue Anl. v. 1886 .	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872	108 25	108 15
Ital. 5proc. Rente . .	98 05	98 —
Oesterr. St.-E.-A. . .	457 50	457 50
Lomb. Eisb.-Act. . .	172 50	175 —

Cours vom	11.	12.
Türken neue cons.	13 72	13 72
Türkische Loose ...	— —	— —
Goldrente, österr. . .	$89\frac{1}{4}$	$89\frac{1}{2}$
do. ungar. 4pCt.	81 56	82 56
1877er Russen	— —	— —
Egypter	376 —	376 —

London, 12. Mai. Consols 103, —. 1873er Russen 96, 87 Egypter 74, 37. Regnerisch.

London, 12. Mai, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont 1 pCt. Bankauszahlung — Pfd. Sterl., Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. Fest.

Cours vom	11.	12.
Consols	103 01	103 —
Preussische Consols	105 —	$105\frac{1}{2}$
Ital. 5proc. Rente . .	$97\frac{1}{8}$	$97\frac{1}{8}$
Lombarden	6 13	$6\frac{7}{8}$
5proc. Russen de 1871	95 —	$95\frac{1}{2}$
5proc. Russen de 1873	$96\frac{7}{8}$	$97\frac{3}{8}$
Silber.	— —	— —
Türk. Anl., convert.	$13\frac{1}{2}$	$13\frac{1}{2}$
Unificirte Egypter . .	$74\frac{3}{8}$	$74\frac{3}{8}$

Cours vom	11.	12.
Silberrente	66 —	66 —
Ungar. Goldr. 4proc.	$80\frac{5}{8}$	$80\frac{7}{8}$
Oesterr. Goldrente .	— —	— —
Berlin	— —	20 52
Hamburg 3 Monat .	— —	20 52
Frankfurt a. M.	— —	20 52
Wien	— —	12 86
Paris	— —	25 $42\frac{1}{2}$
Petersburg	— —	$20\frac{15}{16}$

Frankfurt a. M., 12. Mai. Mittags. Credit-Actien 225, 37. Staatsbahn 181, 25. Lombarden —, —. Galizier 164, 62. Ungarn 80, 80. Egypter 75, 70. Laura —, —. Credit —, —. Zieml. fest.

Köln, 12. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Mai 18, 50, per Juli 18, 70. Roggen loco —, per Mai —, —, per Juli 13, 20. Rüböl loco 23, 80, per Mai 23, 60. Hafer loco 11, 75.

Hamburg, 12. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 172-176. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 130—136, russischer loco ruhig, 98—101. Rüböl still, loco 41, —. Spiritus matter, per Mai $24\frac{3}{4}$, per Juli-August 26, per September-October $27\frac{1}{4}$, per November-December $27\frac{1}{4}$. Wetter: Schön.

Amsterdam, 12. Mai. [Schlussbericht.] Weizen loco per Mai —, per Nov. 226. Roggen loco per Mai 121, per October 122.

Paris, 12. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Mai 26, 75, per Juni 27, 10, per Juli-August 27, 25, per September-Decbr. 25, 60. Mehl ruhig, per Mai 56, 30, per Juni 56, 90, per Juli-August 57,60, per September-Decbr. 55, 75. Rüböl behauptet, per Mai 48, 75, per Juni 49, 20, per Juli-August 50, —, per September-December 51, 75. Spiritus behauptet, per Mai 42, 25, per Juni 42, 25, per Juli-August 42, 25, per Septbr.-December 40, 75, Rohzucker loco 28,50. — Wetter: Bedeckt.

London, 12. Mai, 12 Uhr 59 Min. Russen 97.

Liverpool, 12. Mai. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Abendbörsen.

Wien, 12. Mai, 5 Uhr 15 Min. Oesterr. Credit-Actien 280, 40. Ungarische Credit —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten —, —. Oesterr. Goldrente —, —. 4proc. Ungarische Goldrente 101, 05. do. Papierrente —, —. Elbthalbahn —, —. Fest.

Frankfurt a. M., 12. Mai, 7 Uhr 40 Min. Creditactien 224, 62. Staatsbahn 181, 37. Lombarden $60\frac{3}{8}$. Galizier 164, 75. Ungar. Goldrente 80, 85. Egypter 75, 65. Laura —, —. Mainzer —, —. Portugiesen —, —. Tendenz: Still.

Marktberichte.

§ **Frankenstein,** 11. Mai. [Vom Productenmarkt.] Auf dem heute stattgehabten Wochenmarkte wurden nach den amtlichen Preisaufzeichnungen gezahlt per 100 Klgr. Weizen 15,80—17,00 bis 17,90 M., Roggen 12,30—12,60—13,30 M., Gerste 10,40—11,00—12,20 Mark, Hafer 9,10—9,30—10,10 M., Erbsen 14,90 Mark, Kartoffeln 2,90 Mark, Heu 6,00 M., Stroh 5,00 M., Butter per Klgr. 2,00 M. und Eier das Schock 2,00 M.

Ratibor, 12. Mai. [Marktbericht von E. Lustig.] Auf dem heutigen Wochenmarkte war die Zufuhr der guten Frage entsprechend und wurden für Getreide wieder theilweise erhöhte Preise bewilligt, wozu wohl hauptsächlich die auswärtigen Preissteigerungen Anlass gaben und zwar ist zu notiren: Weizen 15,80 bis 17,10 Mark, Roggen 12,80—13,30 M., Gerste 10,00 bis 12,00 Mark, Hafer 9,00 bis 9,60 Mark per 100 Klgr. Netto.

Wir haben den Wechseldiscont auf 3 und den Zinssatz für Lombarddarlehne auf 4, resp. für Consols auf $3\frac{1}{2}$ pCt. herabgesetzt. [5797]

Städtische Bank zu Breslau.

Sämmtliche Interessenten der Spiritusbranche,

insbesondere Liqueur-Fabrikanten, Spiritus-Händler, Sprit-Fabrikanten und andere werden zu der

Dinstag, den 17. Mai cr., Nachmittag 3 Uhr, zu Breslau, im Café restaurant, Carlsstraße 37,

stattfindenden allgemeinen Versammlung eingeladen.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Branntweinsteuervorlage.

J. A.: [5820]

D. Jaffa's Enkel in Bernstadt. **F. Mikeska,** Beuthen OS. **Seidel & Co.,** Breslau.

Allen lieben Freunden und Bekannten zeigt den heute Nacht 3 Uhr erfolgten Tod ihrer Schwägerin, [5825]

Frau Majorin Stein, geb. Werner,

im Alter von 73 Jahren statt jeder besonderen Meldung hierdurch an

Im Namen der Hinterbliebenen:
verw. Frau **Dr. Werner,** geb. **Selle.**

Oels, den 12. Mai 1887.

Mein heissgeliebtes, theures Weib, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte,

Frau Fanny Boehm, geb. Ledermann,

wurde uns gestern Abend $10\frac{3}{4}$ Uhr durch den Tod entrissen.

Bernstadt i. Schles., den 12. Mai 1887. [2776]

Im Namen der Hinterbliebenen:
Alexander Boehm.

Beerdigung: Sonntag, den 15ten, Nachmittags 3 Uhr.

Mittwoch, den 11. d. M., Abends $10\frac{3}{4}$ Uhr, entschlief sanft nach achttägigem schweren Leiden unsere hochverehrte Principalin, [5822]

Frau Fanny Boehm, geb. Ledermann.

Der Verlust ist für uns um so schmerzlicher, da wir in ihr die liebevollste Herrin verloren. Ihr Andenken wird uns stets heilig sein.

Das Geschäftspersonal der Firma Alexander Boehm,
Bernstadt i. Schles.

Heute Mittag 12 Uhr verschied sanft nach längeren Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, [5796]

die verwittwete Frau Gerbereibesitzer

Emilie Jander, geb. Reimann,

im Alter von 55 Jahren.

Schmerzerfüllt zeigen dies mit der Bitte um stille Theilnahme an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Brieg, den 11. Mai 1887.

Die Beerdigung findet Freitag, den 13. d. M., Nachmittag 4 Uhr, statt.

Todes-Anzeige.

Heut Mittag verschied plötzlich, betrauert von seinen Angehörigen und seinen vielen Freunden, der Kaufmann und Vorschussvereins-Rendant

Carl Matzdorff

hier, was hierdurch, um stille Theilnahme bittend, anzeigen

Die Hinterbliebenen.

Brieg, den 11. Mai 1887. [5806]

Die Beerdigung findet Sonnabend, Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, Ring 41, statt.

Heut früh 3 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager unser theurer Sohn, Gatte, Bruder und Schwager, der Maschinenmeister

Herrmann Hartmann,

im Alter von 43 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Bobrek, den 11. Mai 1887.

Beerdigung: Freitag, Nachmittag $3\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauerhause in Bobrek aus. [5821]

Am 11. d. M., Abends $6\frac{1}{2}$ Uhr, entschlief sanft nach schweren Leiden unser innigstgeliebter ältester Sohn und Bruder [7125]

Georg Müller

im Alter von $8\frac{1}{2}$ Jahren.

Um stille Theilnahme bitten
Die tiefbetrübten Eltern
Otto Müller,
Friseur u. Perrückenmacher,
nebst Frau und Geschwister.

Beerdigung: Sonnabend Nachmittag 5 Uhr, vom Hospital Allerheiligen nach Gräbschen.

Gestern Abend entschlummerte sanft nach langen Leiden unsere innig geliebte jüngste Tochter und Schwester

Martha Lorenz

im Alter von 27 Jahren.

Schweidnitz, Brieg, Giersdorf, Breslau, Paschkerwitz, Militsch, Bielawe, den 12. Mai 1887.

Die [5827]
trauernden Hinterbliebenen.

Dreihundert Mark Belohnung

erhält Derjenige, welcher mir den Urheber der im Jahre 1885 meiner Schwester zugestellten anonymen Briefe zuverlässig nachweist. Die bis jetzt angestellten Untersuchungen werden von diesem Versprechen nicht betroffen. Zur Ertheilung von Auskunft über den Sachverhalt, sowie zur Mittheilung der vorhandenen Anhaltspunkte bin ich gern bereit. **Berthold Goldberger,** Gartenstr. 47, III.

Stadt-Theater.

Freitag. „Der Schwabenstreich." Lustspiel in 4 Acten von F. v. Schönthan.
Sonnabend. (Kleine Preise.) Auf wiederholtes Verlangen und zum letzten Male in dieser Saison: „Othello, der Mohr von Venedig." Trauerspiel in 5 Acten von W. Shakespeare.

Lobe-Theater. 5816

Freitag. Z. 6. Male: „Eheglück." (Kleine Preise.)
Sonnabend. Vorletztes Gastspiel der Fr. Clara Ziegler. „Der Vicomte von Letorières." (Vicomte von Létorières, Fr. Clara Ziegler.)
Sonntag. Letztes Gastspiel und Abschieds-Vorstellung der Frau Clara Ziegler. Zum 3. Male: „Klytaemnestra." (Klytaemnestra, Fr. Clara Ziegler. Aegisth, Herr Sprotte. Orest, Hr. Leyrer. Kassandra, Frl. Peroni.)

Zeltgarten.

Heute: Großes
Militär-Concert
von der gesammten Capelle des 2. Schles. Gren.-Regts. Nr. 11.
Capellmeister [5814]
Herr **Reindel.**
Anfang 7½ Uhr.
Entree im Garten 10 Pf., im Saale 20 Pf.

Natives, Grosse Krebse, Pfirsich-Bowle, Erdbeer-Bowle. 5805

Alfr. Raymond's Weinhdlg., Carlsstr. 10.
Einen Posten schön entwickelten **84er Moselwein** verkaufe ich:
25 Flaschen für 20 Mark.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß wir mit Genehmigung des kgl. ungar. Handels-Ministeriums

Herrn SALO SCHINDLER in Breslau

die Generalvertretung und Leitung unseres umfangreichen Geschäftsbetriebes für das Deutsche Reich übertragen haben.

Unsere bisherige Vertretung zu Berlin, sowie sämmtliche von derselben abgezweigten Depots haben ihr Ende erreicht.

Wegen Uebernahme amtlicher Verkaufsstellen unserer mit Schutzmarke versehenen Flaschenweine wollen sich Reflectanten nur an den

Königl. ung. Landes-Central-Musterkeller
Salo Schindler
in Breslau wenden.

Budapest, den 1. April 1887. [2772]

Königl. ungar. Landes-Central-Musterkeller.
Karl von Kerkápoly m. p., Präsident.

Station d. Eisenb. Giessen-Fulda. **Bad Salzschlirf.** Saison-Beginn 15. Mai.

Kohlensäurereiche jod-, brom- und **lithionhaltige Kochsalzquellen,** von denen der **Bonifaciusbrunnen** den **höchsten Lithiongehalt** aller existirenden Quellen besitzt, ferner **Schwefel-, Eisen-** u. **Bitterwasserquelle, Sool-** u. **Moorbäder. Vortreffliches Klima. Ozonreiche Luft, Trink-** u **Badekuren,** ärztlich empfohlen und **überraschendste Erfolge** gegen **Gicht-, Nieren-** und **Blasenleiden, Harngries, Nieren-, Blasen-** und **Gallensteine, Leberkrankheiten, chronische Magen-, Darm-** und **Bronchialkatarrhe, habituelle Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettsucht, Scrophulose, Rheumatismus, Nervenleiden** und **Frauenkrankheiten.** [2741]

Billige Preise (Logis von 8 M. an pr. Woche; Pension excl. Wohnung 3 M.).
Niederlagen des **Bonifaciusbrunnens** in **Breslau** bei Herren **Oscar Giesser, Herm. Straka** und **H. Fengler.**
Prospecte gratis und franco. — Anfragen, Zimmerbestellungen etc. erledigt die
Brunnen- und Badeverwaltung zu Salzschlirf.

Festgedichte. 5778

Anfertigung schönster Gelegenheitsgedichte u. Toaste n. schriftl. Angab. verm. **Gärtners Buchhdl.** Taschenstr.

Ein jung. Mann, ev., in g. Stellung sucht beh. spät. **Verheirathung** die Bekanntsch. einer jung. Dame. Off. nebst Phot. erb. hauptpostl. A. Z. 4. Anonym nicht berücks. Discr. Ehrens.



Winter- und Sommerkur für [2774]
Lungenkranke
Dr. Römpler's Heilanstalt
Goerbersdorf, Schlesien.
Prospecte gratis und franco.
Ausführliches siehe „Deutsche Illustrirte Zeitung" III. Jahrgang Nr. 23.

Für die Reise-Saison!

Im Verlage von **Eduard Trewendt** in **Breslau** erschienen:

Liebenow, W., Vorsteher des kartographischen Bureaus im Minist. f. öff. Arb., **Neue Specialkarte der Grafschaft Glatz** nebst angrenzenden Theilen von Schlesien, Böhmen und Mähren, im Maassstabe von 1 : 150,000. 2. Aufl. 2 M.
Dieselbe aufgezogen und in englisch Leinen gebunden. 3 M.
Derselbe, **Specialkarte vom Riesen-Gebirge,** im Maassstabe von 1 : 150.000. 9. revidirte Auflage. 1,50 M.
Derselbe, **Specialkarte der Schlesischen Sudeten.** 2 Blatt. Maassstab 1 : 150,000. Aufgezogen in elegantem Pappcarton. 6 M.
Derselbe, **Generalkarte von Schlesien,** im Maassstabe von 1 : 400,000 in 2 Blatt, nebst Specialkarte vom Riesengebirge im Maassstabe von 1 : 150,000 und vom oberschlesischen Bergwerks- und Hütten-Revier im Maassstabe von 1 : 100,000, sowie einem Plane der Umgegend von Breslau im Maassstabe von 1 : 50,000. Imperial-Format. 8 Auflage. Mit colorirten Grenzen 5,40 M.
Dieselbe auf Leinwand gezogen und in engl. Leinencart. 7,60 M.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verlobungsanzeigen

werden bei mir elegant und schnell in eigener Druckerei angefertigt.
N. Raschkow jr., Ohlauerstrasse 4,
Hoflieferant, Papierhandlung und Druckerei. [4654]

Morgen Ziehung.

Weimar-Lotterie 1887
in 2 Serien.
= Nächste Ziehung =
vom 14.—17. Mai d. J.
Das Loos kostet für jede Serie 1 M.

Hauptgewinn 1ter Serie 50,000 M.
im Werthe von 300,000 Mark.
In zwei Serien 10,000 Gewinne
50,000 M. Hauptgewinn 2ter Serie

Uebersendung der Gewinne gänzlich kostenlos und portofrei.
Bekannte pünktlichste Einhaltung der Ziehungstermine.

Loose à 1 Mark für die erste Serie, à 2 Mark für beide Serien, versendet und gewährt Wiederverkäufern höchsten Rabatt
Der Vorstand der Ständigen Ausstellung in Weimar.
Verkaufsstellen allerorts, kenntlich durch Plakate.

Martin Blaschke, Carlsstrasse 36.
Credit-Erkundigungs-Bureau.

Specielle Auskunft (nicht Vermittelung) in Heirathsangelegenheiten.
Anonyme Aufträge werden postlagernd erledigt. [5439]

Großer Möbel-Ausverkauf.

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich sämmtliche Vorräthe meines großen Lagers, bestehend aus **Möbeln in allen Holz- und Stylarten** in nur guter Ausführung, zum und unter dem Kostenpreise.

Adolf Sturm, [7037]
Breslau, Schloßohle 10, vis-à-vis Riegner's Hotel.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Organische Farbstoffe.

Von
Dr. R. Nietzki,
Privat-Docent an der Universität Basel.
In biegsamen Leinwandband gebunden 3 Mark 60 Pf.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Breslauer Disconto-Bank Hugo Heimann & Co.

Nachdem in der Generalversammlung vom 30. April c. über den 3ten, unten wörtlich wiederholten Gegenstand der Tagesordnung Mangels genügender Vertretung des Actiencapitals ein Beschluß nicht hat gefaßt werden können, laden wir hierdurch die Herren Commanditisten zu einer zweiten, [5765]

außerordentlichen Generalversammlung
auf Dinstag, den 28. Juni cr., 4 Uhr Nachmittag,
in den **kleinen Saal der Neuen Börse** hierselbst ein.

Tagesordnung:

Antrag eines Actionärs:
Umwandlung der Commanditgesellschaft auf Actien **Breslauer Disconto-Bank Hugo Heimann & Co.** in eine Actiengesellschaft unter der Firma **Breslauer Disconto-Bank,** Genehmigung des in Betreff dieser Umwandlung zwischen dem Aufsichtsrath und den persönlich haftenden Gesellschaftern zu treffenden Abkommens, sowie Aenderung der Statuten, speciell der §§ 1—8, 10—24, 26—47, 51.

Bemerkt wird, unter Bezugnahme auf § 45 der Statuten und den Artikel 206a D. H.-G.-B., daß der vorstehende Antrag dann als angenommen gilt, wenn wenigstens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, welche wenigstens ein Viertheil des gesammten Capitales darstellen müssen, sich dafür erklären sollte.

Die Legitimation zur Stimmberechtigung in der Generalversammlung kann nur in der in den §§ 40—42 des Statuts vorgeschriebenen Weise geführt werden.

Die Actien sind im Geschäftslocale der Gesellschaft, **Junkernstraße 2 hierselbst,** spätestens vierzehn Tage vor der Versammlung zu deponiren, und wird die Hinterlegung der Depotscheine der Reichsbank-Hauptstellen als genügender Beweis des Actien-Besitzes angesehen.

Breslau, den 3. Mai 1887.

Der Aufsichtsrath.

Schlesische Eisen- und Stahl-Berufs-Genossenschaft Section II (Beuthen O./S.).

Am Sonnabend, den 28. Mai c., Nachmittag 3½ Uhr, findet zu Beuthen OS. (Krüger's Hôtel) eine

Sectionsversammlung

statt, zu welcher hiermit ergebenst eingeladen wird.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1) Prüfung und Abnahme des Rechenschaftsberichts über die Sections-Ausgaben pro 1885/6.
2) Verstärkung einiger Etatspositionen pro 1887.
3) Feststellung des Etats pro 1888.
4) Wahl von Delegirten (§ 6 Abs. 3 des Statuts).
5) Wahl von Mitgliedern des Sectionsvorstandes und ihrer Ersatzmänner nach § 14 Abs. 2 des Statuts, sowie von Beisitzern zum Schiedsgericht und ihrer Stellvertreter nach § 47 Abs. 6 des Gesetzes. [5811]

Der Vorstand.
Junghann.

Breslauer Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Am 15. Mai cr. tritt der **Sommerfahrplan** in Kraft. — Derselbe ist gedruckt zum Preise von 10 Pf. im Bureau der Gesellschaft, **Karuthstraße 5, I.,** zu haben. [5819]
Breslau, den 13. Mai 1887. **Die Direction.**

Verlag von **Eduard Trewendt** in Breslau.

Handwörterbuch der Mineralogie, Geologie u. Paläontologie. [1351]

Unter Mitwirkung von
Prof. Dr. **R Hoernes,** Prof. Dr. **A. v. Lasaulx** und Dr. **Fr. Rolle,**
herausgegeben von
Prof. Dr. A. Kenngott.

Mit Holzschnitten, lith. Tafeln und einem ausführlichen Namen- und Sach-Register. Vollst. in 3 Bdn. Brosch. 48 M., Halbfranz geb. 55 M. 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register sind heut nachstehende Eintragungen erfolgt:
Nr. 627, die Firma
J. Plischke
zu **Freiburg** und als deren Inhaber der Bildhauer und Steinmetzmeister **Julius Plischke** zu Freiburg, [5803]
ferner bei der unter Nr. 480 eingetragenen Firma
Carl Jlchmann
zu Freiburg:
„Die Firma ist erloschen."
Schweidnitz, den 5. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht. Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 656 die Firma
Dampfsägewerk „Annahütte" bei Wüstegiersdorf,
als Ort der Niederlassung **Donnerau** und als deren Inhaber der Dampfbrettschneidemühlenbesitzer [2777]
Paul Menzel
zu **Nieder-Hermsdorf** heut eingetragen worden.
Waldenburg, den 6. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub Nr. 318 die Firma [5799]
Herrmann Danziger
in Lauban und als deren Inhaber der Kaufmann **Herrmann Danziger** zu Lauban heut eingetragen worden.
Lauban, den 10. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister ist heut Folgendes eingetragen worden:
I. Bei der unter Nr. 425 des Firmenregisters eingetragenen Firma
L. Müller
hierselbst: der Kaufmann **Max Müller** zu Neisse ist in das Handelsgeschäft des Kaufmanns **Louis Müller** zu Neisse als Handelsgesellschafter eingetreten und die unter der Firma
L. Müller
bestehende Handels-Gesellschaft unter Nr. 96 des Gesellschaftsregisters eingetragen.
II. Unter Nr. 96 des Gesellschaftsregisters die zu Neisse unter der Firma [5801]
L. Müller
bestehende Handelsgesellschaft mit dem Beifügen:
1) Daß dieselbe am 1. Januar 1887 begonnen,
2) daß die Gesellschafter sind:
a. der Kaufmann **Louis Müller** zu Neisse,
b. der Kaufmann **Max Müller** zu Neisse,
3) daß zur Vertretung der Gesellschaft jeder Gesellschafter befugt ist.
Neisse, den 5. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Genossenschaftsregister ist bei der unter Nr. $\frac{21}{2}$ eingetragenen Genossenschaft
Konsumverein Rosdzin-Schoppinitz
heut Spalte 4 eingetragen worden:
Für die nächstfolgenden drei Jahre sind als Vorstandsmitglieder
1) Oberschichtmeister **Richard Menzel** in Burowietz, als Vorsitzender,
2) Kassen-Controleur **Carl Wilkens** in Rosdzin und
3) Rechnungsführer **Richard Heintze** in Rosdzin, zu 2 und 3 als dessen Stellvertreter,
4) Schichtmeister **Johann Brachatzek** in Wilhelminehütte,
5) Materialien-Verwalter **Josef Pietzka** in Rosdzin,
6) Schichtmeister **Ferdinand Göpfert** in Rosdzin, zu 4 bis 6 als Beisitzer [5802]
gewählt. Eingetragen zufolge Verfügung vom 3. Mai 1887 am 6. Mai 1887 — Acten über das Gesellschaftsregister, Band I, Seite 173.
Myslowitz, den 6. Mai 1887.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist das Erlöschen 1) der unter Nr. 856 eingetragenen Firma [5812]
H. Grätzer
zu **Rokittnitz** (Inhaber der Kaufmann **Heimann Grätzer** zu Rokittnitz), 2) der unter Nr. 1905 eingetragenen Firma
Louis Altmann
zu **Miechowitz** (Inhaber der Kaufmann **Louis Altmann** zu Miechowitz, heut eingetragen worden.
Beuthen OS., den 7. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Die Handlung
Stalling und Ziem
zu **Barge,** Kreis Sagan, mit Zweigniederlassung zu **Breslau,** hat dem Kaufmann [5800]
Ewald Vercruysse
zu Breslau Procura ertheilt. Dies ist heut in unser Procuren-Register unter Nr. 58 eingetragen worden.
Sagan, den 3. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 289 die Firma [5808]
Adolph Stiller
zu Kattowitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Adolph Stiller** daselbst heut eingetragen worden.
Kattowitz, den 3. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Ritterguts-Versteigerung.

Das im hiesigen Kreise belegene, einen selbstständigen Gutsbezirk bildende, dem Hauptmann a. D. **Carl Richter** gehörige **Rittergut Strychowo** mit einem Flächeninhalt von 519,06,82 ha sowie einem Reinertrag von 4748,67 M. und einem Nutzungswerth von 1260 Mark wird im Wege der Zwangsvollstreckung
am 5. Juli 1887,
Vormittags 9½ Uhr,
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. [5807]
Gnesen, den 9. Mai 1887.
Königliches Amts-Gericht.

Verdingung.

Die zum Posthaus-Neubau auf dem Postgrundstücke zu Gumbinnen erforderlichen
1) **Granitarbeiten** einschließlich Materiallieferung, veranschlagt zu rund 9353 Mark,
2) **Sandstein- und Bildhauerarbeiten,** veranschlagt zu rund 58 243 Mark,
sollen im Wege des **öffentlichen Angebotes** vergeben werden.

Die Anbietungs- und Ausführungsbedingungen, sowie die Preisverzeichnisse können gegen Erstattung der Abschreibegebühren (für Granitarbeiten 4 M. 50 Pf., für Sandstein- und Bildhauerarbeiten 9 M.) von dem Baumeister Herrn **Bettcher** in **Königsberg (Pr.),** Poststr. 14/15, bezogen werden.

Angebote und Steinproben sind verschlossen und mit einer den Inhalt kennzeichnenden Aufschrift versehen
bis zum 28. Mai 1887,
Mittags 12 Uhr,
an den obengenannten Baumeister Herrn **Bettcher** einzusenden, in dessen Amtszimmer zur bezeichneten Stunde die Eröffnung der eingegangenen Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter erfolgen wird.
Gumbinnen, 3. Mai 1887.
Der Kaiserl. Ober-Postdirector.
Adrian. [5545]

Hautkrankheiten ec. 7127

jeder Art, auch in ganz acuten Fällen, heilt sicher und rationell ohne nachtheilige Folgen in kürzester Zeit sub Garantie, auch **Frauenleiden**
Dehnel sr., Bischofstr. 16, 2. Et. Sprechst. von 8 bis 5 Uhr.

Privat-Entbindungs-Anstalt bei ein. Wittwe. Liebevollste Pflege. Off. P. T. 31 hauptpostl. Magdeburg.

Damen f. frdl. Aufn., Rath u. Hilfe in Frauenleid. u. str. Discr. bei

Herrschaftliche Besitzung im Hirschberger Thal.

Die den Fr. Lehmann'schen Erben gehörende schöne herrschaftliche Besitzung in

Cunnersdorf bei Warmbrunn

kommt erbtheilungshalber [2782]

am 20. Mai cr., Vormittag 10 Uhr,

in Hirschberg i. Schl., Wilhelmstraße 23, Amtsgericht I meistbietend zum Verkauf.

Ausverkauf des Isidor Guttmann'schen Concurs-Waaren-Lagers.

Von heute an werde ich in dem bisherigen Geschäftslokal **Reuschestr. Nr. 55 1. Et. Vorm. v. 9–12, Nachm. v. 2–6 Uhr** die Bestände des obigen **Concurs-Lagers,** bestehend in:

fertigen Mützen, Mützen-Schirmen, Riemen, Atlasstoffen, Futtersachen, Fournituren, sowie sämmtl. Artikeln für Kürschner u. Mützenmacher, als auch die gesammte Ladeneinrichtung 2c.

ausverkaufen. [7126]

B. Jarecki, Auctionator.

Concursverfahren.

Im Kaufmann **Robert Pätzold**schen Concurse von hier soll mit Genehmigung des Gerichts die Vertheilung der aus **M. 2683,07** bestehenden Masse erfolgen. [2775]

Nach dem auf der Gerichtsschreiberei IV des hiesigen Königl. Amtsgerichts niedergelegten Verzeichnisse sind da **M. 7154,96 nicht bevorrechtigte Forderungen** zu berücksichtigen, was gemäß Bestimmung § 129 u. f. d. R. C. O. bekannt gemacht wird.

Schweidnitz, den 12. Mai 1887.

Der Concursverwalter.
F. A. Schmidt.

Ein routinirter junger Kaufmann wünscht sich mit 15–20000 Mk. an einem nachweisl. rentablen Geschäft **thätig zu betheiligen** od. ein solches **käuflich zu übernehmen.** [7113]
Gefl. Offerten unter G. E. 36 Exped. der Breslauer Zeitung.

Gegen übliche Zinsen u. gute Sicherheit **1000 M.** zu leihen gesucht.
Offerten unter **P. H. 33** an die Exped. der Bresl. Ztg. erb. [7083]

Suche auf mein schönes Grundstück mit gr. Garten in feiner Wohnlage von Breslau eine **erste Hypothek** von **92- bis 100,000** Mk. zu $4\frac{1}{2}$% auf mehrere Jahre fest. Amtl. Taxe ca. 185000 M. Off. sub **V. 711** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Villa

5813

in bester Lage **Kleinburgs** zu verkaufen. Bauzustand vorzüglich. 8 Zimmer mit vielem Nebengelaß und allem Comfort (Wasserleitung, Haustelegraph 2c.). Kleines Stallgebäude vorhanden. Garten bestens gepflegt. Aeußerster Preis 36000 Mark. Anzahlung je nach Wunsch, event. nur in geringer Höhe erforderlich.
Gefl. Offerten unter K. L. 37 an die Exped. der Bresl. Ztg. erbeten.

In Oels i./Schl.
ist ein gut verzinsbares **Wohnhaus** in der Hauptstraße mit ca. 2 Morgen großem Blumen-, Obst- und Gemüsegarten sofort unter günstigen Bedingungen **zu verkaufen.** Tausch auf ein gut gelegenes Grundstück in Breslau nicht ausgeschlossen. Reflect. unter R. R. 39. Exp. d. Bresl. Ztg.

In einer größeren Provinzial- und Garnisonstadt Schlesiens ist ein **Speditions-, Kohlen- und Kalk-Geschäft** eingetretener Verhältnisse wegen sofort billig **zu verkaufen** oder **zu verpachten.** Gefl. Off. unter W. K. 40. Exp. d. Bresl. Ztg.

Für Herrenkleider-Geschäfte offerirt eine Tuchfabrik ca. 30 Stück rein wollene gezwirnte

Buckskins

wegen Aufgabe dies. Artikels zu **sehr billigen Preisen.** Gef. Anfr. unt. H. 22403 an **Haasenstein & Vogler, Breslau.** [2786]

In der **Schloßgärtnerei Grembanin** bei Kempen (Posen) ist ein großer Vorrath von verschiedenen Pflanzen: [5785]

300	Schock	Verbenen,
800	"	Astern,
400	"	Levkoyen,
200	"	Hedwignelken,
30	"	Zinnien,
800	"	Viola Tricolor,
600	"	Oberrüben,
400	"	Boré,
400	"	Kräuter, W. B. r.,
50	"	Scabiosen,
50	"	Teppichbeetpflanzen,
800	"	Selleriepflanzen u. s. w.

bis Juni zu versenden. Gefl. Offerten erbittet **F. Pohl,** gräfl. Kunstgärtner in Grembanin bei Kempen.

Frische Rehböcke,

Rehrücken, Keulen und Blätter empfiehlt sehr billig [7129]
Derb, Wildhandlung, Kupferschmiedestraße Nr. 55/56.

Frisches Rehwild,

Rücken und Keulen, empfiehlt und versendet billigst [7128]
L. Adler, Oderstr. 36, im Laden.

Saat-Kartoffeln.

300 Centner Flourball-, 300 Centner Gleason-Kartoffeln verkauft das **Dom. Hünern,** Kreis Ohlau.

Ein sehr hübscher Goldfuchs, Wallach, ohne Abzeichnung, $4\frac{1}{2}$ Jahr, 9 Zoll, fromm, ein- und zweispännig gefahren, steht zum Verkauf für 900 Mark im **Hôtel Kornobis,** Ostrowo, Pr. P.





140 Stück hochelegante, egale Wagenpferde, sowie auch complett gerittene, für **Commandeure** passende **Reitpferde, militärfromm,** habe auf meinem Besitz zu **Bahnhof Neustadt Dosse** zum Verkauf. [2780]
Adolph Behrend.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

1 **gepr. Erzieherin** w. n. Minsk (Rußl.) f. e. feine jüd. Familie zu engagiren gesucht. Hauptbed.: Franz. u. Musik. Meldung zw. 2–3 Uhr bei **Goldscheider,** N. Graupenstr. 14.

1 j. geb. Mädch. w. Kindern bis zu 8 Jahr. Nachhilfe z. erth. od. solche z. Schule vorzuber. à Stunde 25 Pfg. Gef. Off. A. 5 Postamt Tauentzienpl.

1 gepr. sehr tüchtige musik. **Kindergärtn.** z. bald. Antr. empf. Frau **A. Kammler,** Alte Kirchstraße 12a, 1. Etage. [5817]

Eine ält. jüd. **Wirthschafterin,** i. Bes. gut. Zeugn., **empfiehlt** Frl. **Marcus,** Nicolaistraße 79. [7130]

Ein anständiges Mädchen, 18 Jahre, evangelisch, welches in einer Conditorei als Verkäuferin thätig ist, sucht per 1. Juli ähnliche Stellung. [5744]
Gefl. Off. erbeten unter R. B. 1. postlagernd Schweidnitz.

Ein anst. Mädch. empf. s. d. geehrt. Herrsch. z. Aush. in häusl. Arbeit. Kupferschmiedestr. 64, 3. Et. b. **Gabsoh.**

1 Buchhalter,

in der doppelten Buchführung und Correspondenz firm, wird gesucht.
Offerten unter R. 45 a. d. Exped. der Bresl. Ztg. [5824]

2 Reisende

werden für ein Herren-Conf.-Engr.-Geschäft zum sofortigen Antritt ev. 1. Juli gesucht. [5823]
Offerten unter K. 44 a. d. Exped. der Breslauer Zeitung.

Ein Reisender,

mit Kenntniß der Kundschaft in Posen u. Preußen, wird für Woll- u. Weißwaaren unter vortheilhaften Bedingungen gesucht.
Meldung. erb. Brfk. d. Bresl. Ztg. sub B. E. 43. [7141]

Gesucht wird ein solider und gewandter

Reisender

für eine **Dresdener Cigarettenfabrik.** Derselbe muß schon in gleicher Branche mit Erfolg gereist haben. Nur solche wollen ausführliche Offerten und Gehaltsansprüche sub **O. H. 3023** bei **Rudolf Mosse, Dresden,** abgeben. [2778]

Aus der **Eisenw.-Branche wird sof. od. später 1 gewandter Correspond.,** wenn möglich Stenograph, ferner **2 tücht. Verkäufer** ges. durch **E. Richter, Münzstr. 2a.**

Ein gewandter, der französischen Sprache mächtiger

Correspondent,

möglichst mit Kenntniß der **Eisen- und Maschinenbranche,** wird zum baldigen Antritt **gesucht.** Offerten mit Angabe der bisherigen Thätigkeit und der Gehaltsansprüche sind unter **S. 659** an **Rudolf Mosse, Breslau,** zu richten. Photographie erwünscht. [2784]

Bei hohem Gehalt

suche für mein **Modewaaren-, Herren- u. Damen-Confections-Geschäft einen tüchtigen Verkäufer und gewandten Decorateur per 1. Juli.**
Marken verbeten. [5810]
C. Trier. S. Mosler.
Sprottau.

Per sofort suche **einen tüchtigen Verkäufer f. Herrengarderobe.**
S. Wolff, [2725]
Löbau in Sachsen.

Für mein Putz-, Weiß- u. Wollwaarengeschäft en gros & en détail suche einen mit der Branche vertrauten

tüchtigen Verkäufer.

Lazarus Wolff Moses,
Glogau. [5809]

Ein tücht. **Verkäufer u. Decorat.** f. **Herrengarderobe** sucht per sof. Stellung. Off. H. E. hauptpostlag.

Gesucht per 1. Juli cr. ein gesetzter, tüchtiger und umsichtiger junger **Kaufmann,** nicht unter 24 Jahren, für ein flottes, feines Detailgeschäft als **erster Expedient resp. Ladenchef.** Derselbe muß den Chef zeitweise selbstständig vertreten können, in der Colonial-Waaren-Branche erfahren und feinste Umgangsmanieren besitzen. Die Stellung ist dauernd u. gut salarirt. Es wollen sich nur Kräfte mit vorstehenden Eigenschaften und Prima-Referenzen melden unter H. 22413 an **Haasenstein und Vogler, Breslau.** [2787]

Ein durchaus zuverlässiger

Specerist

7112

mit schöner Handschrift findet zum 1. Juli cr. dauernde Stellung. Abschrift der Zeugnisse ohne Beifügung von Briefmarken erbeten unt. S.A. 87 hauptpostlag.

Ein prakt. Destillateur (selbstst. Arb.) ev. f. **kleine Touren,** sucht pr. **sofort** oder später Stellung.
Gefl. Off. unt. F. G. 30 Exped. der Bresl. Ztg. [7074]

Einen tüchtigen [7135]

jungen Mann (Lagerist)

sucht **Hofl. Albert Fuchs.**

Ein junger Mann,

Specerist, sucht per sofort Stellung unter A. B. 100 postlagernd Rat.-Hammer. [7110]

Ein junger Mann aus achtbarem Hause, mos. Conf., wird für mein Manufactur- u. Modewaaren-Geschäft als Lehrling bei freier Station gesucht. Antritt kann ev. bald erfolgen.
Meldungen direct an

M. Bredig,

[5826] **Görlitz.**

Für mein Manufactur-Waaren-Engros-Geschäft suche ich per 1. Juli **einen jungen Mann,** der m. d. Buchführung vollst. vertraut ist.
Jacob Dombrowsky,
Beuthen O.-S. [7039]

Ein junger Mann,

beider Landessprachen mächtig, wird für die Commandite eines Colonialwaaren-Geschäfts per 1. Juni c. gesucht.

Caution erforderlich.

Offerten sub **J. H. 38** bef. die Exped. der Bresl. Ztg. [7136]

Ein junger Mann, der die Kurzwaaren-Branche genau kennt, polnisch spricht u. auch mit Erfolg für diese Branche gereist ist, findet unter günstigen Bedingungen p. ersten Juli cr. Stellung. [2783]
D. B. Cohn, Posen.

Für meinen Neffen, welcher v. 1 Jahre seine Lehrzeit beendet, suche zur weiteren Ausbildung unt. bescheidenen Ansprüchen per sofort od. per Juli cr. **Stellung** in der Kurz-, Weiß-, Woll- und Strumpfwaaren-Branche.
Offerten erbeten unter C. W. 41 an die Exped. der Bresl. Ztg. [7139]

Feuerversicherung.

Geeignete, schneidige Persönlichkeiten, welche sich im **Organisations-** und **Acquisitionswesen ausbilden wollen, finden Anstellung ev. mit Gehalt.** Offerten sub **H. 22396** an **Haasenstein & Vogler, Breslau.** [2788]

Zuschneider welcher die Berl. Schneider-Akademie besuchte, seit Jahren in feinsten Maaßgeschäften (auch Berlin) mit gut. Erfolg geschnitten, sucht Stellung. Gefl. Offerten unter **F. W. 371** an **Rudolf Mosse, Berlin W.** [2779]

Einen Lehrling

aus gutem Hause sucht [7134]
Hofl. Albert Fuchs.

Als Lehrling

für ein größeres Delicat.-Geschäft wird ein junger Mann mit guter Schulbildung gesucht. Schriftliche Bewerbungen sind bei Herrn Spediteur **Eberle,** Breslau, Altbüßerstraße, abzugeben. [5818]

Ein Lehrling

mit guter Schulbildung wird für ein hiesiges **größ. Fabrik-Geschäft** ges.
Offerten unter **G. 791** an **Rudolf Mosse, Breslau.** [2773]

Wir suchen **einen Lehrling** mit guter Schulbildung. [7124]
Rosenstock & Co., Schweidnitzerstr. 2.

Einen Lehrling für die Zahntechnik sucht bei monatl. Vergütigung Zahn-Arzt **Kretschmer,** Gartenstr.

Für mein Destillations-Geschäft suche ich per sofort einen polnisch sprechenden **Lehrling.** [5763]
Otto Kozlowski,
Ratibor.

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine Wohnung gesucht p. ersten October, 4 Zimmer, Cabinet 2c., 2. Etage, in der Nähe des Nicolai-Stadtgrabens, Wallstraße 2c.
Offerten mit Preisangabe erbeten sub W. L. 42 an die Exped. der Breslauer Zeitung. [7140]

Carlsplatz 6

ist der dritte Stock sofort oder später zu vermiethen. [5583]

Friedrich-Wilhelmstr. 3a halber 1. Stock, 5 Zimmer, 1000 Mark, halber 2. Stock, eleg. renov., 850 Mk., bald zu vermiethen. [2752]

Königstraße 3

ist die neu renovirte 3. Etage, 3 Zimmer, Mädchenstube 2c., umständehalber sofort oder per 1. Juli ev. 1. Octbr. preiswerth zu vermiethen. [5578]
Näheres daselbst.

Grünstr. 25

7120

herrsch. Wohn. mit Gartenben. p. bald od. später zu verm. Näh. b. Portier.

Freiburgerstraße 30

2. Stock, bestehend in 6 Zimm., Badezimmer, Küche 2c. 2c., per 1. October für 650 Thlr. zu vermiethen. [7115]

Ohlauufer 12, Ecke Lessingstr., reiz. schöne Lage und herrl. Aussicht, gradüber neuem Regg., d. größ. Thl. d. **comfortabl. hochf. renov.** dritten Et., **Treppen leicht steigbar** (Saal mit offnem Balcon, 3 zweif., 1 einf. Zimmer, Mittelcab., s. groß. Entree, Küche m. Mädchengel., Speisegew. 2c. u. Beigel.) p. bald o. sp. f. preisw. z. vm.

Ring Nr. 4

ist die erste Etage (5 Zimmer, Cabinet und viel Beigelaß) **für jedes größere Geschäft, für Rechtsanwälte oder auch als Wohnung zu vermiethen. Näh. beim Hausmeister u. beim Hausverwalter Emil Kabath, Carlsstraße Nr. 28.** [2771]

2 Läden, Carlsstr. 8
Ecke Schloßohle 1. October z. verm.

Ein Laden

7046

zu vermiethen **Alte Taschenstr. 20.**

In Arnsdorf im Riesengebirge sind 1 auch 2 freundl. gut möbl. Zimmer die Sommermonate über zu vermiethen. [5767]
Auskunft ertheilt verw. Frau **Emil Scholtz** daselbst.

Telegraphische Witterungsberichte vom 12. Mai.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temper. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullagmohre	770	10	WNW 4	bedeckt.	
Aberdeen	766	9	NW 4	wolkig.	
Christiansund	762	2	W 6	bedeckt.	
Kopenhagen	747	10	NW 2	heiter.	
Stockholm	757	7	N 4	wolkig.	
Haparanda	757	7	still	wolkig.	
Petersburg	—	—	—	—	
Moskau	755	12	S 1	bedeckt.	
Cork, Queenst.	769	12	NNW 5	wolkig.	
Brest	760	11	NW 3	bedeckt.	
Helder	764	8	NNW 2	wolkig.	
Sylt	759	8	NNW 4	bedeckt.	
Hamburg	760	9	NW 3	wolkig.	
Swinemünde	758	9	W 3	bedeckt.	
Neufahrwasser	756	9	W 1	wolkig.	
Memel	755	8	NW 2	bedeckt.	Starker Nebel.
Paris	756	7	NW 1	bedeckt.	
Münster	762	7	NW 1	bedeckt.	
Karlsruhe	764	10	W 2	bedeckt.	
Wiesbaden	763	10	NW 3	wolkig.	Gest. Mitt. u. Ab. Reg.
München	763	6	NW 4	bedeckt.	
Leipzig	762	6	NW 3	bedeckt.	
Berlin	760	8	WNW 4	wolkig.	
Wien	759	7	WSW 2	bedeckt.	
Breslau	760	8	W 2	Regen.	
Isle d'Aix	768	12	N 4	h. bedeckt.	
Nizza	759	13	still	bedeckt.	
Triest	761	15	SO 3	bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = leichter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Während das barometrische Maximum im Westen sich wenig verändert hat, ist die Depression im Osten nordwärts nach dem Finnischen Busen fortgeschritten. Bei leichter bis frischer westlicher bis nordwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Deutschland kühl und vorwiegend trübe, an der Küste haben stellenweise im Binnenlande allenthalben Regenfälle stattgefunden. In Nord- und Mitteldeutschland liegt die Temperatur 1 bis 5, in Süddeutschland 3 bis 7 Grad unter der normalen, indessen wird Nachtfrost oder Reifbildung von keiner deutschen Station gemeldet.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.